

Nr. 1/2005

Januar - März 2005

CUBA LIBRE

€ 3,10



Thema: **Cuba:**

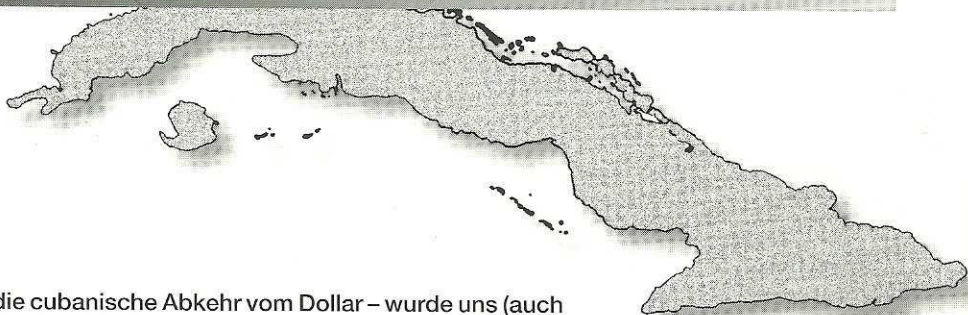
Abkehr vom Dollar

außerdem:

Europäisches Sozialforum in London

aktuell: Cuba - EU

Liebe Cuba- freundInnen,



unser diesmaliges Schwerpunktthema – die cubanische Abkehr vom Dollar – wurde uns (auch für uns überraschend) von den aktuellen Entwicklungen auf Cuba vorgegeben. Hintergründe dazu, die immer stärkere Bedrohung und wirtschaftliche Beeinträchtigung durch die USA, Infos auch zu der immer noch kritischen Situation im Energiesektor, haben wir in einigen Artikeln zusammenstellen können.

Voraussichtlich wird das nächste Heft Venezuela zum Thema haben. Die vielfältigen Informationen, die uns zur Zeit aus diesem Land erreichen, sollen darin zusammengefasst werden.

Vor allem die im Juni gefallene Entscheidung, dass Venezuela vom 5. - 13. August des nächsten Jahres Gastgeber der Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen werden wird, rückt das Land noch stärker in das Blickfeld auch der Jugend. Ein bundesweites Vorbereitungskomitee wurde in der Bundesrepublik bereits gegründet. Dazu berichten wir im vorliegenden Heft.

Wenn in den nächsten Wochen und Monaten dann auch auf regionaler Ebene die Vorbereitungen anlaufen, Initiativen vor Ort entstehen um TeilnehmerInnen für Venezuela zu gewinnen, gemeinsame Reise- und Aktions-Vorbereitungen zu treffen, um z.B. Spenden für TeilnehmerInnen aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern zu sammeln, Beiträge aus unserem Land und unserer Wirklichkeit vorzubereiten, etc. dann gibt es jede Menge Bedarf an aktuellen wie historischen Informationen zu Venezuela.

Beiträge dazu - auch zum Thema Weltfestspiele - sind willkommen und können bis zum 1. März 05 eingesandt werden.

Die Redaktion der Cuba Libre wünscht Euch ein erfolgreiches, kämpferisches und glückliches Jahr 2005!

Aktuelle Information zu dem Film: Mission gegen den Terror (Cuba/Irland)

Die Dokumentation ist eine Geschichte des fortgesetzten US-Terrors gegen Cuba. Er stellt jene fünf Cubaner in den Mittelpunkt, die zur Zeit in den USA gefangen gehalten werden, weil sie versuchten, solche Anschläge zu verhindern. Siehe dazu Informationen im Heft auf Seite 17.

Um eine Rundreise der beiden FilmemacherInnen für das Frühjahr 2005 vorbereiten zu können, sind noch Angaben zu Programmkinos, die den Film evtl. zeigen würden, erwünscht. Wir bitten alle interessierten Regionalgruppen, die Infos an cubita@gmx.de oder per Post an die Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba zu schicken.

Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig - Wichtig

Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Zülpicher Straße 7, 50674 Köln
Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221/606 00 80, E-MAIL: info@fgbrdkuba.de - www.fgbrdkuba.de
Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 50, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507
Redaktion: Uli Fausten, Oliver Hübner, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill. **V.i.S.d.P.:** Marianne Schweinesbein
Titelfoto: Oliver Stoll - Europ. Sozialforum, London
Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg.
MacPublishing: Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg.
CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: Inland: 10,50 €; Ausland: 16,00 €;
Einzelheft: 3,10 € + Porto, Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 1.3.05.
ISBN: 0178-2460

inhalt

thema: cuba – abkehr vom us-dollar

Der Dollar ist tot, es lebe der Peso CUC	3
Währungswechsel als „Zeit“-Dokument	4
Kraftwerkshavarie verursacht Energiekrise	5
Bush, die zweite	6
Ersatz des US-Dollar durch konvert. Peso	7
UN-Resolution 58/7 Blockade-Verurteilung	10

aktuell: cuba - eu

Offener Brief an die Bundesregierung	10
EU verurteilt Cuba wegen Guantánamo	11
Ergänzung zur Entschließung der EU	11
Kuba weist EU-Politiker aus	11
Luxemburger Kongress	12
Aktion: Briefentwurf an Bundestagsabgeordnete	15
FG Tschechien-Cuba, Erklärung	16

neues von den miami five

Aktuelles	17
Die fünf Gefangenen... ..	18

solidarität

70.000 in London gegen Krieg und Rassismus	19
Aufruf des europäischen Sozialforums	19
Stellungnahme von ESF-Teilnehm. aus Deutschland ..	25
FG Berlin - Kuba: „Cuba no está sola“	25
La Barrigona, Solidaritätsprojekt	26
Weltfestspiele der Jugend, Aufruf	28
Weltfestspiele der Jugend, Vorbereitungskomitee ..	29
Du musst verstehen, die Schlacht der Ideen... ..	30
Nachruf Hermann Mädler	32

Solidaritätsadresse an die Bochumer Opel-Kumpel	32
--	----

o-ton

Fidel an junge Kunstausbilder	21
-------------------------------------	----

aus der fg

Der kleine Barmixer	27
Einladung zur BDK der FG BRD-Kuba in Velbert	34
Veranstaltung in Velbert zu Venezuela	34
Lieferbare Materialien zu Cuba	35
Spendenbarometer	35
Solidarität der Esslinger Gruppen DKP und FG	36
Geburtstagsgruß H.W. Hammer	36

trikont afrika

Südafrika: Bayer verseucht Grundwasser	36
--	----

trikont lateinamerika

Argentinien: Folter im Gefängnis Caleta Olivia	37
Argentinien: Bewegung ohne Führer... ..	37
Mexico: Folter gegen Globalisierungskritiker	38
Mexico: Höchste Zahl an ermordeten Journalisten ..	39
Uruguay: Später Sieg über die Militärs	39
Uruguay: Tabaré Vázquez, Interview	40
Kampf und Exil, Rezension	40
Ein halbes Jahrhundert Straffreiheit der USA, Rez.	41

100 fragen + antworten

Was Sie schon immer über Cuba wissen wollten	42
---	----

cuba kurz	43
-----------------	----



thema: cuba – abkehr vom us-dollar

Der Dollar ist tot, es lebe der Peso CUC

Völlig überraschend verkündete die cubanische Regierung am 28. Oktober, dass ab dem 8. November geschäftliche Transaktionen auf der Insel nur noch mit dem sogenannten Peso Convertible (CUC) getätigt werden könnten. Zwar hätte man bei genauerem Hinhören einige frühere Äußerungen Fidel Castros dahingehend deuten können, dass etwas Spektakuläres geplant war. Aber da dies offensichtlich keiner getan hatte, wurde die Aktion ein großer Coup.

Bereits 1995 hat die Zentralbank Cubas den Peso Convertible herausgebracht und jeder Cubareisende hat sicher ab und an eines dieser bunten Scheinchen zwischen seinen Dollars gefunden. Dieser Peso CUC steht seitdem 1:1 zum Dollar und wird zu 100% durch die internationalen Reserven der cubanischen Zentralbank gestützt.

Prinzipiell ist dieser Schritt sicherlich positiv zu werten, denn der schädliche Dollarisierungsprozess der cubanischen Wirtschaft wird zurückgenommen. Diejenigen, die über die cubanische Maßnahme lamentiert haben, weil sie glauben, dass die Bindung der Wirtschaft eines Landes an eine starke Währung (in diesem Fall den Dollar) zur Stabilisierung beitrage, stammen alle aus der neoliberalen Ecke. Länder wie El Salvador und Ecuador, die offiziell ihre nationale Währung durch den Dollar ersetzt haben, zeigen deutlich, welch fatale soziale Folgen es hat, wenn der Staat alle Möglichkeiten aus der Hand gibt, auf die soziale Verelendung reagieren zu können.

Im Falle Cubas lief die Legalisierung des Dollar allerdings nach anderen Regeln. Nach dem Ende des sozialistischen Blocks waren 85% der Handels- und Finanzbeziehungen plötzlich gekappt. Die Produktion fiel in ein tiefes Loch (mehr als 35% in 4 Jahren). Das hatte zur Folge, dass in einer Mangelwirtschaft ein Übermaß an Geld in Umlauf war und der Staat weiterhin Pesos herausgab, um weiterhin Schulen, Krankenhäuser usw. garantieren zu können. Die Folge war, dass der cubanische Peso sehr stark an Wert verlor. Der Wertverlust der nationalen Währung zusammen mit dem massiven Eindringen von Dollars in das Land und eine aus der Not geborene Politik, die Cuba wieder in die internationale Wirtschaft eingliedern sollte, führten zu einer fortschreitenden Dollarisierung der Wirtschaft. Als die Wirtschaft und die soziale Lage des Landes schließlich an einem Punkt angelangt waren, der nicht mehr zu tolerieren war, beschloss die cubanische Regierung, den Besitz und den Umlauf des Dollar zu legalisieren. Es ging

darum, etwas, das keinem gefiel, in den Dienst der politischen und sozialen Ziele des Landes zu stellen. Gleichzeitig wurden Maßnahmen ergriffen, die es dem Staat ermöglichen, Devisen einzunehmen und sie strategisch zu nutzen: einmal zur Reaktivierung der Wirtschaft des Landes und zum anderen zur Aufrechterhaltung des sozial Erreichten.

Es handelte sich im Falle Cubas also um eine Art Dollarwirtschaft, die mit einem starken Staat kompatibel war, der immer die absolute Kontrolle über seine Wirtschaftspolitik behielt und der etwas Negatives in für seine Ziele Nützliches verwandelte.

Die Reformen funktionierten: Ab 1995 begann die Wirtschaft zu wachsen und der soziale Abwärtstrend wurde gebremst. Trotzdem muss man natürlich feststellen, dass die wirtschaftliche Erholung noch nicht vollständig und die Ungleichheit in der Verteilung nicht behoben ist.

In diesem Zusammenhang ist die Maßnahme, die am 25. Oktober angekündigt wurde, nur logisch. Sie dient dazu, die Dollar aus

dem Umlauf zu nehmen, sie dem Staat zu übergeben, damit dieser den Verpflichtungen im Ausland nachkommen kann. Gleichzeitig gibt sie der Bevölkerung die Möglichkeit, ihre Dollar in eine gleichwertige nationale Währung zu tauschen und so die Kaufkraft der Cubaner zu erhalten. Damit wird gleichzeitig der Dollarisierungsprozess rückgängig gemacht.



Mehr noch: Man kann diese Maßnahme als eine Etappe auf dem Weg zur endgültigen Konsolidierung einer nationalen konvertiblen Währung interpretieren. Fidel Castro lässt so etwas anklingen, wenn er sagt: "Mit dieser Währung haben wir noch viele Möglichkeiten." Möglicherweise wird die gegenwärtige Dollarisierung durch eine gewisse Euroisierung ersetzt werden. Man braucht eine starke Währung im Land und dies soll nicht mehr der Dollar sondern möglicherweise der Euro sein. Dafür spricht, dass vom Dollar ab 15. November 10% Gebühr einbehalten werden, vom Euro und den anderen Währungen nicht.

Trotzdem muss man im Auge behalten, dass dieser Schritt auch seine Risiken birgt, denn der Zeitpunkt für diese Maßnahme wurde von außen diktiert.

Wenn Schweizer Banken von der US Federal Reserve Bank mit 100 Millionen Dollar Strafe belegt werden, weil sie eine ganz normale Transaktion mit Dollars aus Cuba durchgeführt haben, dann wird es kritisch. Wenn dann das US-Außenministerium verkündet, dass die "Gruppe zur Verfolgung Cubanischen Aktivvermögens" jeden Dollar, der aus Cuba kommt, genau verfolgt, muss

man handeln, wenn man nicht irgendwann auf Bergen von US-Dollar sitzen will, die sich in wertloses Papier verwandelt haben, wie der Präsident der cubanischen Zentralbank es ausgedrückt hat.

Um endgültig den Dollar durch den Peso CUC zu ersetzen, bedarf es aber eines Wirtschaftswachstums, das genug hergibt, um die nationale Währung mit Wert zu füllen und die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten. Ob dies der Fall ist, muss sich erst noch herausstellen.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist das Vertrauen, das die Cubaner zu ihrem Peso CUC entwickeln.

Francisco Soberón, der Präsident der Zentralbank Cubas, bezeichnete den 8. November, als der Dollar aufhörte in Cuba zu zirkulieren, als einen glücklichen Tag.

Und es war sicher beeindruckend zu sehen, wie eine solch gigantische Umtauschaktion im Stillen vorbereitet und schließlich ohne nennenswerte Zwischenfälle organisiert wurde. Man hatte das Datum für das Inkrafttreten des 10% Abzugs auf den US-Dollar wegen großen Andrangs noch um eine Woche auf den 15. November aufgeschoben. Schließlich sollte keiner Nachteile haben, weil die Schlangen vor den Umtauschstellen zu groß waren. 2,5 Millionen Cubaner haben in diesen 18 Tagen ihre Dollar getauscht. Jetzt ist der Peso CUC die harte Währung, mit der man in den "tiendas" alles kaufen kann. Selbst die Flugtickets können die Cubaner jetzt in Pesos kaufen, nachdem sich 22 von 23 Fluglinien, die Cuba anlaufen, damit einverstanden erklärt haben. Die 23. hat dies noch nicht bestätigt, hat aber

auch nichts dagegen einzuwenden, ihre Tickets in Peso CUC zu verkaufen.

Aber nicht nur die Cubaner, auch die Touristen müssen jetzt ihre jeweilige Landeswährungen in Peso CUC umtauschen. Letzte Woche hat in Havanna die größte "CADECA" (Umtauschstelle) eröffnet, in einem historischen Gebäude in Habana Vieja, in der zentralen Calle Obispo. Hier gibt es außerdem 10 Geldautomaten und die Möglichkeit, den japanischen Yen, den venezolanischen Bolivar und den mexikanischen Peso umzutauschen.

Die normalen Umtauschstellen wechseln nur Euro, Schweizer Franken, kanadische Dollar und britische Pfund zum Tageskurs.

In sechs touristischen Zentren zirkuliert weiterhin der Euro.

In der Mesa Redonda erklärte der cubanische Staatschef am 16. November, dass die Währung bereits von ausländischen Investoren akzeptiert sei. Er verriet nicht, wie viele Dollar der Staat bei dieser Umtauschaktion eingenommen hat, aber er sagte, es sei mehr als genug, um den Peso CUC zu stützen. "Ich möchte Ihnen versichern, dass alle, die ihr Geld in cubanischen Pesos angelegt oder cubanische Pesos oder Pesos CUC gekauft haben, ein gutes Geschäft gemacht haben. Jetzt haben Sie einen Peso Convertible, dessen Wert wir mit all unseren Ressourcen verteidigen werden. Das ist abgesichert. Es kann höchstens passieren, dass der Peso CUC eines Tages mehr wert ist als der Dollar."

Der Dollar ist tot, es lebe der Peso CUC!

R. Fausten

Währungswechsel als "Zeit" Dokument

Nun wissen wir also endlich, warum Cuba den US-Dollar als "moneda dura" durch den Peso Convertible ersetzt hat, warum Notenpressen rund um die Uhr liefen und sich Millionen von Menschen wochenlang vor den 1663 Wechselstuben des Landes ihre Beine in den Bauch gestanden haben. Weil Fidel Castro sich das Knie gebrochen hat und der Welt "habe zeigen müssen, dass er die Dinge im Griff habe".

Urheber dieser verblüffenden Erkenntnis ist ein gewisser Manuel Cuesta, "provisorischer Sprecher von Arco Progresista, einem Bündnis sozialdemokratischer Dissidenten", der dem Verfasser des Artikels "Fidels Geldwäsche" Thomas Schmid im renommierten Wochenblatt "Die Zeit" vom 11. November seine Wahrheiten kundtat.

Nun müssen "Dissidenten" bekanntlich nonstop krauses Zeug über die cubanische Regierung erzählen. Dafür werden sie ja bezahlt. Da es aber ein Ding platter Unmöglichkeit ist, dass ein "Zeit" Redakteur diesen Schwachsinn allen Ernstes glaubt, dürfen wir wohl davon ausgehen, dass er ihn verbreiten will, ohne ihn zu glauben. Preisfrage: Warum will er das?

Weil ihm das Thema Währungswechsel nur ein willkommener Aufhänger ist, einen scheiß Cuba-Artikel zu schreiben. Ein schulmäßiger scheiß Cuba-Artikel unterscheidet sich vom bloß kritischen Cuba-Artikel in einigen Punkten, u.a. darin, dass er sich beim Überbringen der politischen Message gezinkter Karten, sprich journalistisch unseriöser Mittel, bedient.

Das Riesenfoto allein redet Bände! Im Bilduntertext heißt es, es sei "vor seinem Sturz, bei dem er sich das Knie und den Arm brach" entstanden. Das ist, streng genommen, nicht mal gelogen. Es ist ebenso wenig zu bestreiten wie z.B. die Tatsache, dass irgendwann vor Fidels

Sturz Dinosaurier die Erde bevölkerten. Will sagen: Das Foto ist fünf Jahre alt. Es entstand 1999 am Rande des Iberoamerikanischen Gipfels in Havanna, als Cubas Staatschef sich aus einer Laune heraus für ein paar Augenblicke eine coole Sonnenbrille aufsetzte. So wie er auch schon einmal in der Bronx neben einer UNO-Vollversammlung mit Boxhandschuhen vor der Reporterschar posierte. Solche Faxen zu machen, darauf lässt er sich halt manchmal ein, wenn man ihn nett bitet und er gut drauf ist.

Was das Zusammenwirken von Bild und Wort hier suggerieren soll, ist klar: Fidel Castro blickt nicht mehr durch. Deshalb ist er auch auf die Schnauze geflogen. Er ist blind für die Realitäten in seinem Land.

Und um dieses billigen Lachers willen reißt der Autor eine Momentaufnahme von Anno Tobak aus ihrem Zusammenhang und setzt sie - mit aller Chuzpe auch noch schriftlich - in einen künstlich hergestellten Kontext.

Ist es nicht zuletzt auch Ihr Blatt, Herr Schmid, das uns zuweilen vor Leuten wie Ihnen warnt?

Ganz wichtig ist das Herauspicken von Einzeltypen aus der anonymen sozialistischen Masse, in diesem Fall also 1. die fotogene Zahnlückenna (einverstanden), 2. der melancholische Posaunist (meinetwegen) und 3. der Viagra-Verkäufer (den ich persönlich sehr

bizarri finde, aber wer weiß, was man sich für "Zeit" Autoren nicht alles einfallen lässt, um sie bei Laune zu halten). Der "informelle Sektor" eben. Nicht zu vergessen Ihr arbeitsloser Roberto, "der wegen seines losen Maulwerks schon zweimal seinen Job verloren hat". Interpretieren wir Sie richtig, dass ihn das schon fast zum Oppositionellen adelt, weil ein "loses Maulwerk" unter einem Regime Courage erfordert? Sei's drum. Jedenfalls zieht Ihr Mann aus dem Volk ganz ordentlich vom Leder: dass die Leute in Cuba ja überhaupt nur noch arbeiten, um an ihrem Arbeitsplatz etwas mitgehen zu lassen, dass sich der Lehrermangel dadurch erklärt, dass es in Schulen "wenig zu holen gibt" (Das würde ich nicht sagen. Computer Equipment gibt es da, außerdem Fernseher und Videorecorder in jedem Klassenraum. Vielleicht sollte Roberto hin und wieder den Bildungskanal gucken.), dass man an besser bezahlte Jobs nur kommt, wenn man vorher Funktionäre schmiert etc.

Aber auch das gehört ja zur Phänomenologie des klassischen schieß Cuba-Artikels: dass man einige wenige handverlesene Protagonisten in den Status von Kronzeugen gegen das System erhebt und sie zum angeblichen Sprachrohr einer angeblichen schweigenden Mehrheit macht. Sie, Herr Schmid, setzen dann noch eins drauf mit ihrer uferlosen Behauptung, es gebe ein "Heer von Polizisten, Spitzeln und Aufpassern" und - schwuppdiewupp - steht es in seiner schönsten Ausformung vor uns: das Klischee vom korrupten, repressiven Polizeistaat, darin das Volk apathisch vegetiert und sich jeder selbst der Nächste ist.

Es geht nicht darum, dass der Artikel Missstände aufzeigt. Die gibt es dort in mannigfacher Form. Es geht vielmehr darum, dass er mit seiner selektiven Wahrnehmung Cuba zu einem EINZIGEN riesen-großen Missstand macht. Und dieses Cuba, mit Verlaub, ist eine Chimäre. Kein Pilot würde dieses Land nach irgendwelchen Koordinaten finden. Dieses Land findet man nur in deutschen Zeitungen.

Wenn man dem Autor Glauben schenkt, wird auf der Insel übrigens auch viel gerätselt:

"Cuba verbietet den US-Dollar und führt eine neue Zweitwährung ein. Das Volk steht vor einem Rätsel: Was soll das?" Fidel Castro knickte um und stürzte. Und was tat man? Genau: "Man rätselte über seine Gesundheit."

Lieber Thomas Schmid, nun bleiben Sie mal auf dem Teppich. Das cubanische Volk rätselt eigentlich eher wenig. Ganz gewiss rätselt es nicht über die Geldumstellung oder über Fidels Gesundheitszustand. Beide Themen wurden dem Volk nämlich in abend- und Seitenfüllender Detailfreude erschöpfend dargelegt und werden es immer noch.

Rätsel geben Sie selber auf: Seit wann beispielsweise trinkt man in der Bodeguita del Medio den Mojito mit "zerquetschtem Eis"? Tun SIE das? Was für ein abstruser Einfall!

Über den Arschdetektor unter den Fahrgastsitzen im Touristentaxi habe ich herzlich gelacht. Von dieser sinnreichen Apparatur hatte ich noch nie gehört. Der Artikel beklagt das Gerät als weiteren Beleg für die Bespitzelungsmanie des Staates. Dass dieser jedoch allen Grund hat, misstrauisch zu sein, dafür wird der Autor selbst zum lebenden Beweis, als er in konspirativer Gemeinschaft mit dem "taxista" den elektronischen Gesäßsensor austrickst und dadurch den cubanischen Staat um 12 Dollar bescheißt.

Vollends an Realsatire grenzt es, wenn er seine Schilderung dieser Aktion mit dem Hinweis verbindet, staatliche Taxichauffeure verdienen 150 Pesos im Monat. Als ob ausgerechnet Cubas Taxifahrer, die jeden Tag über Trinkgelder Zugang zu Devisen haben, an der untersten Sprosse der Einkünfteleiter stünden! Und als ob der Staat, der diesen Leuten ein so geringes Fixum zahlt, das nicht genau wüsste!

Immerhin haben Sie mit diesem kleinen subversiven Intermezzo die Diktatur geschwächt und gleichzeitig der Zivilgesellschaft unter die Arme gegriffen. Und das, Herr Schmid, ist schon ein hübscher persönlicher Erfolg. Wer weiß, vielleicht lernen sie ja beim nächsten Mal sogar, wie man einen Mojito von einem Daiquiri unterscheidet.

Ulli Fausten

Fidel Castro: Keine Ausreden!

Kraftwerkshavarie verursacht anhaltende Energiekrise in Kuba

Von Leo Burghardt, Havanna

Seit Anfang Oktober laufen in Kuba die ersten Maßnahmen zur koordinierten, auf höchstens sechs Monate befristeten Milderung der Energiekrise. Zunächst bringen sie allerdings kräftezehrende Belastungen mit sich.

Am Anfang stand eine komplizierte Havarie im Kraftwerk »Antonio Guiteras«. In dem Werk bei Matanzas geht seit dem 5. Mai gar nichts mehr. Dabei handelt es sich um eine der modernsten Anlagen des Landes, die normalerweise 15 Prozent des gesamten Stroms erzeugt. Ursache war die folgenschwere Unachtsamkeit dreier Kontrolltechniker, die den relativ neuen, von einer französischen Firma gelieferten und montierten Rotor derart deformierte, dass sich die Reparatur trotz Hilfe eingeflogener französischer Ingenieure weit über die vorgesehene Zeit hinauszieht.

Die Havarie setzte in »schwachen kubanischen Energienetz, dessen Verletzbarkeit mir in diesem Maße nicht gewärtig war« (Fidel Castro), eine Kettenreaktion in Gang. Durch die plötzliche Überbelastung fielen ganze Komplexe anderer Kraftwerke aus. Andere mussten ohnehin pausieren, da ihre Umstellung auf das schwere schwefelreiche, zähflüssige kubanische Erdöl häufiger Wartungen erfordert. In der Voraussicht, dass die

Preise auf dem freien Erdölmarkt für Kuba ins nahezu Unbezahlbare steigen könnten, hatte die Regierung schon vor drei Jahren die allmähliche Umstellung verfügt. Inzwischen erzeugt Kuba 90 Prozent seiner Elektrizität unter Verwendung des eigenen Rohstoffs. Der deckt etwa ein Drittel des Gesamtverbrauchs, ein Drittel kommt aus Venezuela zu Präferenzbedingungen, ein Drittel muss auf dem freien Markt dazugekauft werden.

Nicht erst jetzt sind sich die Experten einig, dass bedeutend mehr in die Modernisierung und Erweiterung der Energieproduktion gesteckt werden müsste, aber die Finanzierung ist wegen der Blockade nur häppchenweise möglich.

Jedenfalls setzten ab 5. Mai wieder die gefürchteten Stromabschaltungen über mehrere Stunden ein. Am meisten nervte die Kubaner ihre Unberechenbarkeit. Sie kritisierten, dass sie offiziell nicht exakt über die Gründe und die Aussichten informiert wurden. Das geschah Anfang Oktober an drei Abenden während der politischen Sendung

»Mesa Redonda«, an der Fidel Castro, Vizepräsident Carlos Lage und die Hauptingenieure der Stromversorgung teilnahmen. »Um die Wahrheit zu sagen, nicht um Ausreden zu erfinden, das ist nicht unser Stil«, sagte Castro. Die Wahrheit sei hart und bitter. Die Maßnahmen würden das angepeilte Wirtschaftswachstum beeinträchtigen, aber die Regierung sei bemüht, so wenig wie möglich auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Seit Oktober also: Fünf Mal die Woche rotierende Stromsperrungen von fünf bis sechs Stunden. 118 Fabriken, darunter das größte Stahlwerk, die Zement-, Papier- und Zitrusderivate-Produktion, werden wahrscheinlich bis Mitte November geschlossen. Ihre Arbeiter und Angestellten müssen unterdessen Urlaub machen oder Weiterbildungskurse besuchen. Von vorübergehenden Schließungen sind auch einige Hotels betroffen. Die Touristen werden in anderen gleichwertigen untergebracht.

Kuba hat bis zum Oktober 2005 die Sommerzeit beibehalten. Die Arbeitszeit wurde

um eine halbe Stunde verkürzt. Die Schulen beginnen den Unterricht eine halbe Stunde später. Die Reparatur von 27 Zuckerfabriken wurde auf November verschoben. Die künstliche Bewässerung in der Landwirt-

schaft verlegt man in die Morgenstunden.

Ab sofort müssten neue Optionen gesucht und gefunden und die Mechanismen des elektroenergetischen Systems überprüft werden. Denn es sei offensichtlich, dass seine Struktur Schwachstellen hat, wenn der

Ausfall nur eines seiner wichtigsten Kraftwerke solche Probleme hervorruft, sagte Castro. Aber: Bisher habe Kuba alle Kraftproben gestärkt überstanden.

(ND 11.10.04)

★ Bush, die zweite

„Ops - they did it again“, titelte die TAZ verspielt auf ihrem Deckblatt am Tage nach der Wahl, wohl wissend, dass Bush vor vier Jahren „ja nicht gewählt, sondern ernannt“ wurde. Diesmal haben sie ihn gewählt. Sehenden Auges. Trotz Kriegslüge. Trotz Folterskandal im Irak. Trotz Guantánamo. Trotz Patriot Act.

WAZ-Korrespondent Markus Günther schreibt am selben Tag, viele Menschen hätten gesagt: „Ich mag seine Politik nicht, aber ich mag ihn.“ Das erinnert mich an die Filmkomödie „Groundhog Day“, die Stelle, wo Bill Murray zu Andie McDowell sagt: „Menschen mögen auch so was wie Blutwurst. Menschen sind Schwachköpfe.“

Günther fährt fort: „Sie haben sich nicht mit Begeisterung, sondern schweren Herzens noch einmal für Bush entschieden.“ Lassen Sie uns doch hier nichts durcheinander bringen, Herr Günther: Nicht den Bush-Wählern und Wählerinnen sind die Herzen schwer, sondern vielmehr den andern. In Artikeln vom 11. und vom 15. November berichtet die TAZ über Internet-Aktivitäten von Leuten, die unter „Widerruf der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft“ nach Kanada emigrieren wollen, weil sie das Gefühl haben, „von den Mitbürgern im Stich gelassen und betrogen worden zu sein“ und „ohne ein Land“, das sie ihr „eigenes nennen könnten“. Es sind nicht nur ein paar, sondern „offenbar tausende“, die die Website der kanadischen Einwanderungsbehörde belagern.

Das nenne ich ein schweres Herz!

Nein, es gab keinen dem gesunden Menschenverstand nachvollziehbaren Grund, George W. Bush „schweren Herzens“ eine zweite Amtszeit zu geben. Seine Wähler-

klientel bestand aus Überzeugungstätern.

Gewiss hat sich Kerry hier und da blamiert, etwa, als er sich auf Anraten seiner Strategie-Fuzzis beim Nominierungsparteitag der Demokraten mit militärischem Gruß vorstellte: „Ich heiße John Kerry und melde mich zum Dienst.“ Oder als er (bestimmt auch nicht aus freien Stücken) den unverzeihlichen Fehler beging, Bushs religiösen Diskurs anzunehmen und sich u. a. hinreißen ließ, inbrünstig in Gospel-Chören mitzusingen. Dass jemand schlechte Karten hat, der sich vom Gegner dessen Spiel aufzwingen lässt, liegt auf der Hand.

Wenn 25% der Wahlberechtigten (!) „Widergeborene Christen“ sind, die statt ihres Gehirns die Bibel konsultieren, dann hat ein pragmatischer Kandidat sicher ein Problem. Aber das löst er nicht, indem er sich bemüht, eine Kopie des Originals zu mimen.

Aus taktischen Erwägungen vor den Augen der Nation den Hanswurst zu geben und dennoch zu verlieren, das ist bitter. Kerry hätte mit mehr Würde verlieren können. Die Frage, ob er mit mehr Würde auch hätte gewinnen können, ist interessant, aber spekulativ.

George McGovern hat damit einmal gegen Richard Nixon fürchterlichen Schiffbruch erlitten. Vermutlich ist das heute noch ein Trauma der Demokraten. Auch damals

waren die USA im Kriegszustand. (Heute sind sie es zwar offiziell nicht mehr, aber da sprechen die Bilder aus Bagdad und Falludscha eine völlig andere Sprache.) Trotzdem drängt sich die Frage auf, ob nicht eine kompromisslosere Polarisierung des Wahlkampfes für John Kerry aussichtsreicher gewesen wäre. Wenn ich ehrlich bin, muss ich hinzufügen: Wahrscheinlich nicht.

Der Glaube an ein unfehlbares „Amerika“ ist bei vielen so internalisiert, dass Kritik von innen her an jedem kriegerischen Engagement des Landes tendenziell als schiere Nestbeschmutzung ange-

sehen wird.

Und im Falle George W. Bushs kommt noch ein Weiteres hinzu: Er ist ein Prototyp der in den Vereinigten Staaten zunehmenden Neigung, in ihrem Präsidenten sich selber wieder erkennen zu wollen. Das heißt, dass jeder Tankwart in Colorado Springs sich sagen sollte: „Was der da macht, könnte ich auch, wenn ich ein bisschen mehr Glück gehabt hätte.“ Und wenn man sich diesen Präsidenten einmal anschaut: Wer wollte das bestreiten?

Er verkörpert nicht etwa trotz, sondern gerade WEGEN seiner intellektuellen Reduziertheit (mit der er offen kokettiert) die verlogene Essenz des „American Dream“, wonach angeblich jeder alles schaffen kann.

Bush konnte auf seine Legionen zählen: die Graswurzelbewegung der christlichen Rechten.

Laut Andrea Böhm (in der TAZ vom 13. November) hat er „daraus hunderttausende von Aktivisten rekrutiert, die mit der Effizienz eines Wirtschaftskonzerns und der begeisterten Loyalität einer Pfadfindertruppe die >Botschaft< unters Wahlvolk getragen haben. Die lautete 2004: Krieg dem Feind von außen, den Terroristen in aller Welt! Krieg dem Feind von innen, allen voran der >Homosexuellen< und der >Abtreibungslobby<!“

Während Bush selber bei letzterem Thema vor unpräsidial deftigen Willensbekundungen zurückschreckte, gingen republikanische Kandidaten für neu zu besetzende Kongress- und Senatposten erfolgreich damit hausieren. Z.B. Tom Coburn aus Oklahoma, der Abtreibung unter Todesstrafe stellen will oder John Thume aus South Dakota, der mit dem Spruch Furore machte, jede Stimme für seinen Gegner sei „eine Stimme für Sodomie“.

Anders gesagt, Senator Thume, weil die Sodomiten unter der Wählerschaft Ihres Landes mit 48% leider knapp in der Minderheit blieben, muss nun die irakische Zivilbevölkerung weiter Angst vor Bombenterror haben. Was für eine konfuse Welt ist das!

Es stellt sich die Frage, was von der „seltsamen Kamarilla aus Obskurantismus, Fanatismus und Aberwitz, die sich in Washington um den Präsidenten gruppiert“ (Robert Misik in der TAZ vom 4. November) künftig zu erwarten ist.

TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT

UMBBAU

BAYER macht sich fit für mehr Profit.

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

"Wir sind Akteure der Geschichte, und allen anderen bleibt nur die Rolle des Zuschauers", meinte kürzlich in unüberbietbarer Arroganz einer aus Bushs Beraterteam bei einem Interview mit der "New York Times".

Und was macht die Cuba-Solidarität jetzt? Zunächst wohl ein dummes Gesicht. Ich gestehe frank und frei dass ich z.B. den "Commission Report" nie wirklich ernst genommen hatte, weil ich mir sagte: In wenigen Monaten ist er sowieso Makulatur! Damals geisterte das Konterfei der fröhlichen Foltermagd Lynndie Endland durch die Medien. Damals wand sich Rumsfeld wie unter den Peitschenhieben einer Liebedienerin der Sadomaso-Abteilung, als er auf Pressekonferenzen Fragen einer zutiefst schockierten Öffentlichkeit beantworten musste. Das Ding ist gegessen, dachte ich mir. Davon erholt sich Bush nicht mehr. Das lassen sie ihm nicht durchgehen. Sie werden ihm einen Fußtritt verpassen im November.

Nun stehen wir da mit "FOUR MORE YEARS" und können es nicht fassen. "Man soll mit großen Worten sparsam umgehen, wir wissen das ja alle", konstatiert Robert Misik, "aber es lässt sich in diesem Fall nicht anders sagen: Es ist eine Katastrophe."

Die Wiederwahl dieses Menschen ist eine solche Katastrophe, dass ich die Ablösung Colin Powells durch Condoleezza Rice, aus der die Medien ein unheimliches Gewese machten, nur noch mit einem Achselzucken zur Kenntnis nahm. Als ob in den vergangenen vier Jahren Colin Powell die Außenpolitik der USA bestimmt hätte! Unter "Condi" Rice wird sich der Ton verschärfen. Aber dann soll er das eben. Hat ja vielleicht auch sein Gutes. Wenn das herrische und großkotzige Machtgehabe der Vereinigten Staaten in Person dieser Frau die unsichtbare Linie des Zumutbaren überschreitet, könnte vielleicht bei den europäischen Regierungen ein Selbstachtungsexplosion ausgelöst werden, der zu mehr Kälte und Distanz führt.

Vielleicht sogar zu einer eigenen Positio-

nierung.

Und Cuba? Ja, Cuba IST bedroht. Davon kriegt man hierzulande nur nicht so viel mit, weil man auf die falschen Schauplätze fixiert ist. Erst kürzlich las ich in einem Leitartikel, Bush werde es sich gut überlegen, bevor er den Iran oder Nordkorea angreife. Der Iran habe ein Atomprogramm. Wie weit fortgeschritten, wisse man nicht genau, aber im Gegensatz zum Irak habe er wirklich eins. Und Nordkorea habe die Bombe.

Schön, hätte ich den Mann gern gefragt, und was weiter? Was macht Bush, wenn er, vor diesem ärgerlichen Hindernis stehend, merkt, dass ihm ein Krieg mal wieder gut täte?

Würde er sich den Gedanken aus dem Kopf schlagen? Er ist jemand, der es von Jugendbeinen an gewohnt ist, Launen zu folgen, ohne dass dies zu Konsequenzen führt. Der Übergang vom Alkohol zur Religion hat daran nichts geändert.

Und was würde ihm ein lieber Gott, der auf seiner Seite steht, ins Ohr flüstern? Er würde flüstern: "Schau mal, da ist ein Land ganz in deiner Nähe. Ohne Atomprogramm. Von der Bombe ganz zu schweigen. Dort leidet die Bevölkerung unter einem schrecklichen Diktator. Befreie diese armen Menschen und lasse sie teilhaben am gelobten Land!"

Über die Wirtschaftssanktionen der vorigen und künftigen US-Administration gegen Cuba mache ich mir nicht soviel Gedanken. Für den Umfang des Handelsabkommens mit China, das erst im November in Havanna festgeklopft wurde, müssten sämtliche Großmütter der exilcubanischen Gemeinde lange stricken.

Aber apropos exilcubanische Gemeinde. Der Kongressabgeordnete Lincoln Díaz Balart sagte wenige Tage nach Bushs Triumph: "Die Wahrheit ist, dass diese Wahlen Castro alle Wege versperren." Ninoska Pérez, eine prominente Radio-Agitorin, wurde da schon wesentlich konkreter: "Ich glaube, dass Bush während der nächsten vier Jahre im Weißen Haus sein Versprechen

erfüllen wird, endlich das Ende der Diktatur des cubanischen Präsidenten Fidel Castro zu beschleunigen und dem cubanischen Volk als dessen Verbündeter zu helfen, seine Freiheit zu erlangen." Da ist schon ein gewisser Druck dahinter: Du bist bei uns im Wort und hast nur noch vier Jahre Zeit, also tu endlich was!

Schließlich noch Camila Ruiz von der FNCA: "Wir sind sehr zufrieden, mit der Regierung des Präsidenten Bush weiterarbeiten zu können, um einen demokratischen Wandel in Cuba herbeizuführen."

"Demokratischer Wandel"! Das ist was für die Europäer! Ein solches Geschwalle lieben sie! "Freiheit" ist die Worthülse der USA. "Demokratischer Wandel" ist der Jargon der "Reporter ohne Grenzen", der Joschka Fischers und der Vaclav Havel. Es wird jeder bedient. So schlau sind sie schon, die Antikommunisten in Miami.

Blöd ist nur, dass die Cubaner und Cubanerinnen ein Volk sind, das verdammt gut informiert ist (wenn auch nicht vom Ausland). Es weiß genau um die Vergleichsdaten seiner karibischen Nachbarländer in punkto Lebensqualität und ist sich im Klaren darüber, dass es gegenüber denen ungleich besser abschneidet. (UNO-Organisationen wie z.B. die WHO bestätigen das.) Es hat auch detaillierte Kenntnisse über das Helms-Burton-Gesetz und weiß, was es bedeuten würde, wenn man die USA einlode, es zur Anwendung zu bringen. Zumindest gilt das für die überwältigende Mehrheit.

Darum wird ein "demokratischer Wandel" in Cuba niemals auf freiwilliger Basis zu erreichen sein. Man könnte ihn nur von außen her erzwingen, was den Begriff "Demokratie" wiederum völlig ad absurdum führen würde.

Ich fürchte nur, dass der US-Präsident sich solche Gedanken nicht macht bzw. dass sie, wenn sie ihm denn in einem lichten Moment kämen, vollkommen egal wären.

Ulli Fausten

Ersatz des US-Dollar durch den konvertierbaren Peso in Kuba

Einige wichtige Aspekte der Resolution Nr. 80/2004 vom 23.10.04

– Der Besitz des US-Dollar oder anderer konvertierbarer Währung durch die kubanische Bevölkerung bleibt weiterhin legal.

– Ab dem 8. November 2004 werden alle Einrichtungen in Kuba, die für Leistungen Barzahlungen in US-Dollar annehmen, nur noch den konvertierbaren Pesos akzeptieren. Dies gilt sowohl für kubanische als auch für ausländische Bürger.

– **Umtausch von Barbeständen:** Es wurden umfassende Möglichkeiten geschaffen, um bis zum 8. November 2004 US-Dollar-Barbestände in konvertierbare Pesos umzutauschen (Kurs 1:1). Ab dem 8. November wird für den Umtausch von US-Dollar-Barbeständen in konvertierbaren Pesos oder kubanischen Pesos eine Steuer von 10% erhoben. Euro, kanadische Dollar, Pfund Sterling und Schweizer Franken (eventuell künftig auch anderer konvertierbare Währungen) können weiterhin ohne Erhebung der 10%-Steuer in den entspre-

chenden Wechselstuben, Bankfilialen u.ä. in konvertierbare oder kubanische Pesos umgetauscht werden. – Zahlungen mit in Kuba gültigen Kreditkarten können wie bisher ohne Erhebung der Steuer von 10% getätigt werden.

– **Touristen:** Der Zahlungsmodus mit Euro in bestimmten Tourismuszentren bleibt wie bisher bestehen. Touristen stehen für den Kauf des konvertierbaren Pesos zusätzlich Wechselstuben auf den internationalen Flughäfen Kubas sowie in den Hotels, in denen sie wohnen, zur Verfügung.

Bankkonten

Natürlicher Personen Kubas sowie ausländischer natürlicher Personen.

– Bestehende US-Dollar-Konten behalten alle vereinbarten Garantien. Das gilt ebenfalls für Festgeldanlagen. Barabhebungen können jederzeit ohne Einschränkungen in konvertierbaren Pesos oder US-

Dollar ohne Zahlung der Steuer von 10% vorgenommen werden. Banküberweisungen oder Bareinzahlungen mit konvertierbaren Pesos, Euro, kanadischen Dollar, Pfund Sterling oder Schweizer Franken können nach wie vor auf diese Konten vorgenommen werden. Ab 8. November 2004 werden Bareinzahlungen in US-Dollar auf diese Konten nicht mehr akzeptiert.

– Neueingerichtete US-Dollar-Konten, inkl. Festgeldanlagen ab dem 8. November 2004: Sind ausschließlich für Einlagen und Abhebungen in US-Dollar zulässig.

– Neueingerichtete Konten für konvertierbaren Pesos ab 8. November 2004: Einlagen in US-Dollar nicht mehr zulässig.

– Für Devisenkonten juristischer Personen Kubas und ausländischer juristische Personen gelten ähnliche Bestimmungen (siehe Artikel 11 und 12)

Resolution Nr. 80/2004

vom 23. Oktober 2004

(Arbeitsübersetzung aus dem Spanischen)

Unter Berücksichtigung:

Die US-Regierung hat in den letzten Monaten ihren Wirtschaftskrieg gegen das Volk Kubas verschärft. So wurden neue Maßnahmen festgelegt, die darauf abzielen, systematisch den normalen Ablauf der internationalen Finanzaktivitäten unseres Landes zu stören, wodurch schwere Schäden und ernsthafte Risiken entstanden sind.

Im Rahmen dieser Politik hat die US-Regierung ihren Druck und ihre Drohungen auf ausländische Banken verstärkt, um zu verhindern, dass Kuba im Ausland US-Dollar zur Bedienung seiner aus dem Handel entstandenen Zahlungsverpflichtungen anlegt. Diese Finanzmittel stammen aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen an die Bevölkerung und ausländische Besucher in den kubanischen Einrichtungen, in denen die Zahlung mit US-Dollar erfolgt.

Kürzlich hat der Untersekretär für die Westliche Hemisphäre des US-State Department die Schaffung einer "Gruppe zur Verfolgung von kubanischen Aktiva" bekannt gegeben. Dieser Gruppe, der Vertreter verschiedener Regierungsbehörden angehören, hat die Aufgabe, den Devisenfluss nach und von Kuba zu stören und aufzuhalten. Das ist eine weitere Aggression gegen Kuba und beispiellos in der Geschichte der internationalen Finanzbeziehungen.

Die neu entstandene Situation erfordert angesichts der schweren Schäden, die durch diese Handlungen verursacht werden, dringende Maßnahmen zum Schutz der Interessen des Landes.

Unter Berücksichtigung:

Das Gesetz Nr. 172 "Über die Zentralbank Kubas" vom 28. Mai 1997 definiert in Artikel 36, Absatz a) unter anderen die folgenden Befugnisse des Präsidenten der Zentralbank Kubas: Festlegung von Erlassen, Weisungen und anderen Bestimmungen, die für die Ausübung der Funktionen der Zentralbank Kubas erforderlich sind und verbindlichen Charakter für alle Behörden, Organe, staatlichen Betriebe und Körperschaften der Volkswirtschaft sowie Organisationen und Vereinigungen, die einer ökonomischen oder anderen Aktivität nachgehen, für Genossenschaften, den Privatsektor und der Bevölkerung haben.

Der Unterzeichnende wurde durch Beschluss des Staatsrates am 13. Juni 1997 in Funktion eines Ministers zum Präsidenten der Zentralbank Kuba ernannt.

Aus diesen Gründen:

Gebe ich in Ausübung der mir übertragenen Befugnisse und nach Beratung mit dem Vorsitzenden des Staatsrats und des Ministerrats, den folgenden Erlass bekannt:

I. "Über den Besitz von US-Dollar oder einer anderen im Land zirkulierenden konvertierbaren Währung durch die Bevölkerung"

Artikel 1:

Der Bevölkerung ist es wie bisher erlaubt, ohne jegliche Einschränkungen US-Dollar oder andere konvertierbare Währung in beliebigen Mengen besitzen.

II. "Über Barzahlungen in konvertierbarer Währung ab dem 8. November 2004"

Artikel 2:

Ab dem 8. November 2004 werden alle Einrichtungen im nationalen Territorium, die für ihre Leistungen Barzahlungen in US-Dollar annehmen, nur noch konvertierbare Pesos akzeptieren.

Diese Maßnahme gilt umfassend, sowohl für die Bevölkerung als auch für Besucher aus dem Ausland. Ihre Anwendung erfolgt in Verkaufsstellen, Hotels, Restaurants, Bars, Cafés, Taxis, Agenturen zur Kraftfahrzeugvermietung oder jegliche andere Einrichtung, die gegenwärtig Barzahlungen in US-Dollar entgegennimmt.

Wie oben erklärt, beinhaltet die Anwendung dieser Maßnahme keinerlei Einschränkung in Bezug auf den Besitz des US-Dollar oder einer anderen konvertierbaren Währung.

Artikel 3:

Der Umtauschwert des konvertierbaren Pesos zum Kurs ein konvertierbarer Pesos gegen einen US-Dollar wird beibehalten.

Artikel 4:

Ab 8. November 2004 hat derjenige, der konvertierbare Pesos mit US-Dollar in bar erwirbt, eine Gebühr (Steuer – die Übersetzerin) von 10% zu zahlen. Diese Steuer ist der Ausgleich für die Kosten und Risiken, die durch die oben genannten Maßnahmen der US-Regierung bei der Nutzung des US-Dollar für die Volkswirtschaft entstehen.

Die übrigen Devisenmittel, die gegenwärtig in Kuba umgetauscht werden: Euro, kanadischer Dollar, Pfund Sterling, Schweizer Franken, werden ohne jegliche Steuer in konvertierbare Pesos umgetauscht und zwar auf der Grundlage des jeweils auf dem Weltmarkt gültigen Kurses und ausgehend davon, dass ein konvertierbarer Peso gegen einen US-Dollar gerechnet wird. Möglicherweise können die Bankinstitute und Wechselstuben den Umtausch von weiteren Devisenmitteln in ihren Service aufnehmen.

Ab dem 8. November 2004 wird in den Wechselstuben ebenfalls beim Kauf von kubanischen Pesos mit US-Dollar in bar die Steuer von 10% erhoben. Mit Euros, kanadischen Dollar, Pfund Sterling und Schweizer Franken können kubanische Pesos weiter wie bisher gekauft werden, ohne dass die Steuer von 10% erhoben wird.

Artikel 5:

Die Zahlung mit Euro in den Tourismuszentren wird weiter so akzeptiert, wie dies gegenwärtig praktiziert wird.

III. "Über die Nutzung und Handhabung von Bankkonten sowie Kreditkarten in konvertierbarer Währung durch natürliche kubanische oder ausländische Personen"

Artikel 6:

Die gegenwärtig in kubanischen Banken bestehenden US-Dollar-Konten der Bevölkerung werden gänzlich garantiert. Von diesen Konten können jeder Zeit, ohne zeitliche Begrenzung oder irgendeine Einschränkung je nach Wahl des Kunden in US-Dollar oder konvertierbare Pesos zum gegenwärtigen Kurs von 1:1 und ohne Anwendung der Steuer von 10% abgehoben werden. Ab dem 8. November 2004 werden Bareinzahlungen von US-Dollar auf diese Konten nicht akzeptiert. Auf diese Konten können Banküberweisungen in jeder beliebigen konvertierbarer Währung sowie Bareinzahlungen mit konvertierbaren Pesos, Euros, kanadischen Dollar, Pfund Sterling und Schweizer Franken vorgenommen werden, wobei der jeweilige auf dem Weltmarkt gültige Kurs Berücksichtigung findet.

Die im vorstehenden Absatz genannten Bestimmungen werden ebenfalls für gegenwärtig bestehende US-Dollar-Konten angewandt, die natürliche ausländische Personen in kubanischen Banken inne haben.

Artikel 7:

Wer ab dem 8. November 2004 ein neues US-Dollar Bankkonto eröffnen oder eine Festgeldanlage in US-Dollar einrichten möchte, kann dieses tun. Für diese neuen Konten und Anlagen werden jedoch nur Einlagen und Barauszahlungen in US-Dollar genehmigt.

Artikel 8:

Für die Konten in konvertierbaren Pesos werden alle bisher vorhandenen Garantien und Dienstleistungen beibehalten. Ab dem 8. November 2004 sind Einlagen in US-Dollar auf diese Konten nicht mehr zulässig.

Artikel 9:

Die gegenwärtig vorhanden Festgeldanlagen in US-Dollar und konvertierbaren Pesos bleiben gänzlich garantiert, unterliegen nicht der Besteuerung von 10% und werden unter den zum Zeitpunkt des Vertragsabschluss vereinbarten Bedingungen weitergeführt.

Der per 7. November 2004 berechnete Gesamtbetrag sowie die Zinsen der US-Dollar-Festgeldanlagen können zum Zeitpunkt ihres Ablaufes je nach Wunsch des Kunden in US-Dollar oder zum Kurs von 1:1 in konvertierbaren Pesos abgehoben werden. Sie können auch zum Kurs von 1:1 in Anlagen konvertierbarer Pesos umgestellt werden, ohne dass die Steuer von 10% darauf erhoben wird. Diese Anlagen können so oft der Kunde es möchte erneuert werden, ohne dass dabei diese Vorrechte verloren gehen.

Artikel 10:

Operationen mit in Kuba gültigen Kreditkarten, sei es zur Zahlung oder zur Abhebung von Barbeträgen, können so wie bisher durchgeführt werden, ohne dass darauf 10% Steuer gezahlt werden.

IV. "Über die Nutzung von Barmitteln und Bankkonten in konvertierbarer Währung durch juristische Personen"**Artikel 11:**

Bareinzahlungen auf US-Dollar-Konten, die zur Zeit von Handel- und Unternehmen mit gemischtem oder ausländischem Kapital sowie von ausländischen Vertretungen, einschließlich diplomatischen Vertretungen, geführt werden, sind ab dem 8. November 2004 nicht zulässig. Die Inhaber können von diesen Konten US-Dollar oder konvertierbare Pesos in bar abheben. Die 10prozentige Steuer findet dabei keine Anwendung. In Ausnahmefällen kann die Zentralbank Kubas Bareinzahlungen in US-Dollar auf die Konten der oben genannten Kunden genehmigen. In diesen Fällen wird jedoch die Besteuerung von 10% angewendet.

Artikel 12:

Staatliche Betriebe, Handelsunternehmen mit 100% nationalem Kapital, Einrichtungen mit einem Devisenhaushalt oder andere juristische Personen, die Konten in konvertierbaren Pesos unterhalten, können weiterhin Zahlungsmittel in bar nach den gültigen Bestimmungen abheben. Ab dem 8. November 2004 werden keine Bareinzahlungen in US-Dollar auf diese Konten gestattet. In Ausnahmefällen kann die Zentralbank Kubas Bareinzahlungen in US-Dollar auf die Konten der oben genannten Kunden genehmigen. In diesen Fällen wird jedoch die Besteuerung von 10% angewendet.

V. "Autorisierte Stellen zum Umtausch von Zahlungsmitteln"**Artikel 13:**

Ab dem 28. Oktober 2004 können in den folgenden Einrichtungen US-Dollar in konvertierbare Pesos umgetauscht werden:

– Wechselstuben: Sie tauschen auch Euros, kanadische Dollar, Pfund Sterling, Schweizer Franken um, unter Berücksichtigung der weltmarktüblichen Kurse.

– Bankfilialen: Sie tauschen nur Beträge ab 10 US-Dollar um. In Kreisen, wo es keine Wechselstuben gibt, tauschen die Bankfilialen jeden Betrag um. Sie tauschen auch Euros, kanadische Dollar, Pfund Sterling, Schweizer Franken um, unter Berücksichtigung der weltmarktüblichen Kurse.

– Ausgewählte Devisenläden oder andere autorisierte Einrichtungen: In diesen Einrichtungen können US-Dollar in konvertierbare Pesos umgetauscht werden. Der Umtausch erfolgt nur bei Beträgen über 10 US-Dollar.

– Hotels: Sie tauschen auch Euros, kanadische Dollar, Pfund Sterling, Schweizer Franken um, unter Berücksichtigung der weltmarktüblichen Kurse. Der Umtauschservice erfolgt nur für die Hotelgäste.

Vom 28. Oktober bis 7. November können in allen oben genannten Einrichtungen US-Dollar in konvertierbare Pesos umgetauscht wer-

den, ohne dass die Steuer von 10% für den Umtausch erhoben wird.

Ab dem 8. November 2004 wird mit der Erhebung der genannten Steuer begonnen.

Artikel 14:

Der Umtausch von US-Dollar in konvertierbare Pesos kann in den Wechselstuben, Bankfilialen und Hotels vorgenommen werden. In den Hotels durch ihre Gäste.

Besuchern aus dem Ausland wird zusätzlich die Möglichkeit des Umtausches von US-Dollar oder anderer konvertierbaren Währung auf den internationalen Flughäfen gewährt.

Artikel 15:

Die Hotels, die ausgewählten Devisenläden oder andere autorisierte Einrichtungen werden für den Umtausch eine Lizenz von der Zentralbank Kubas erhalten.

VI. "Inkrafttreten"**Artikel 16:**

Der vorliegende Erlass tritt am 28. Oktober 2004 in Kraft.

Ausgenommen sind die Bestimmungen über die alleinige Gültigkeit des konvertierbaren Pesos bei Barzahlungen sowie über die Anwendung der Besteuerung mit 10% bei der Nutzung von Barmitteln in US-Dollar. Diese treten ab 8. November 2004 in Kraft.

Artikel 17:

Die durch diesen Erlass festgelegten Maßnahmen für Finanzaktionen haben nur Gültigkeit für das nationale Territorium. In keinem Fall verhindern oder behindern sie die Umsetzung von Garantien, die von kubanischen Finanzinstituten an ausländische Rechtsträger gegeben wurden, oder die Bereitstellung der erforderlichen Zahlungsmittel in konvertierbarer Währung zur Bedienung vertraglich vereinbarter Verpflichtungen zwischen kubanischen Finanzinstituten und ausländischen Rechtsträgern.

Übergangsbestimmungen

Erstens: Die Bestimmungen in Artikel 6 des vorliegenden Erlasses sind auch gültig für US-Dollar-Konten, die zwischen dem 26. Oktober und 7. November 2004 eröffnet werden.

Zweitens: Der Service für Geschäftskunden erfolgt vom 28. Oktober bis 5. November 2004 in allen Bankfilialen des Landes, ausgenommen BFI und BICSA in der Stadt Havanna, nur bis 12.00 Uhr mittags. Ab mittags wird die gesamte Kapazität dieser Bankfilialen auf den Service für die Bevölkerung konzentriert und zusätzlich auf den Umtausch der Zahlungsmittel. Zusätzlich werden alle Bankfilialen des Landes, ausgenommen BFI und BICSA in der Stadt Havanna, am Sonnabend dem 6. November sowie am Sonntag dem 7. November, jeweils von 09.00 – 15.00 Uhr für die Bevölkerung geöffnet haben.

Verkündung des Erlasses an: Minister für Finanzen und Preise, Minister für Wirtschaft und Planung, Minister für Tourismus, die Präsidenten der Banco de Crédito y Comercio, der Banco Financiero Internacional S.A., der Banco Internacional de Comercio S.A., der Banco Metropolitano S.A., der Banco Popular de Ahorro, der Grupo Nueva Banca S.A., der Cadeca S.A. sowie die Direktoren der Bereiche Staatspapiere und Währung sowie Staatskasse der Zentralbank Kubas.

Information an: das Sekretariat des Exekutivkomitees des Ministerrats, den Leiter der zentralen staatlichen Verwaltungsorgane, den Präsidenten der Nationalversammlung der Poder Popular, die Präsidenten der Räte der Provinzverwaltung der Poder Popular, den Generalstaatsanwalt, den Präsident des Obersten Gerichts, den Ersten Stellvertreter des Präsidenten, die Stellvertretenden Präsidenten, den Verantwortlichen der Bankaufsicht, den Auditor und die Direktoren der Zentralbank Kubas sowie an alle natürlichen und juristischen Personen, die den Erlass zur Kenntnis nehmen sollen.

Veröffentlichung: Gesetzesblatt der Republik Kuba

Archivierung: Original im Büro der Zentralbank Kubas

Erlass vom 23. Oktober 2004

gez. Unterschrift: Francisco Soberón Valdés; Präsident/Minister Zentralbank Kuba

UN-Resolution 58/7 zur Verurteilung der Blockade gegen Kuba

★ **A**m 28.10.2004 forderten mit ihrem Votum 179 von 191 der in der UN-Vollversammlung vertretenen Staaten eine Beendigung der Blockade gegen Kuba. In der Debatte wurden die USA von vielen fortlaufender Menschenrechtsverletzungen beschul-

Ergebnis der Abstimmung (Quelle: Granma, 29.10.04)

Übersicht der Abstimmungen über Resolutionen der UN-Vollversammlung zur Verurteilung der Blockade

Abstimmungsverhalten	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Dafür	59	88	101	117	137	143	157	155	167	167	173	179	179
Dagegen	3	4	2	3	3	3	2	2	3	3	3	3	4
Enthaltungen	71	57	48	38	25	17	12	8	4	3	4	2	1
Abwesenheit	46	35	33	27	20	22	14	23	15	16	11	7	7

Abstimmungsverhalten nach Staaten am 28.10.04

Staaten, die für die Resolution votierten (179):

Nordafrika und Mittlerer Osten (16): Argelia, Arabien Saudita, Bahrein, Egipten, Emiraten Arabes Unidos, Iran, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauritania, Oman, Qatar, Sirien, Tunesien und Yemen.

Subsahara Africa (46): Angola, Benin, Botswana, Burkina Faso, Burundi, Cabo Verde, Kamerun, Comoren, Congo, Cote d'Ivoire, Djibouti, Eritrea, Etiopien, Gabon, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea Bissau, Guinea Ecuatorial, Kenia, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauritien, Mozambique, Namibia, Niger, Nigeria, Rwanda, R. Centrafricana, R.D. del Congo, Sao Tome und Principe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Somalia, Sudafrika, Sudan, Swasiland, Tansania, Togo, Uganda, Zambien und Zimbabwe.

Lateinamerika und Karibik (31): Antigua und Barbuda, Argentinien, Bahamas, Barbados, Belize, Bolivien, Brasilien, Colombia, Costa Rica, Kuba, Chile, Dominica, Ecuador, Granada, Guatemala, Guyana, Honduras, Haiti, Jamaika, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru, Republik Dominikanische, San Kitts und Nevis, Santa Lucia, San Vicente und die Granadinas, Suriname, Trinidad und Tobago, Uruguay und Venezuela.

Asien und Ozeanien (32): Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Brunei, Kambodien, China, Fidschi, Filipinas, Inseln Salomon, Indien, Indonesien, Japan, Kiribati, Laos, Malaysia, Malediven, Mongolien, Myanmar, Nauru, Nepal, Pakistan, Papua N. Guinea, R.P.D. von Korea, Korea des Sur, Samoa, Singapur, Sri Lanka, Thailand, Timor Leste, Tonga, Tuvalu und Vietnam.

Westeuropa und andere Staaten (28): Andorra, Australien, Osterreich, Belgien, Kanada, Zypern, Dänemark, Spanien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien,

Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, Norwegen, Neuseeland, Niederlande, Portugal, Vereinigtes Königreich, Deutschland, San Marino, Schweden, Schweiz und Türkei.

Osteuropa (26): Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Republik Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Georgien, Ungarn, Kasachstan, Kirgisien, Letland, Litauen, Mazedonien, Moldau, Polen, Rumänien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Serbien und Montenegro.

Staaten, die gegen die Resolution stimmten (4)

USA, Israel, Marshallinseln, Palau

Staaten, die sich der Stimme enthielten (1)

Mikronesien

Staaten, die bei der Abstimmung abwesend waren (7)

Nikaragua, El Salvador, Vanuatu, Usbekistan, Marokko, Tschad, Irak

aktuell: cuba – eu

An das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland

Berlin, 13. November 2004

Herrn Außenminister Joseph Fischer – persönlich! –

Werderscher Markt 1

10117 Berlin

Per Fax an: ++49 / (0)30 / 5000 3402

Offener Brief an die deutsche Bundesregierung

Sehr geehrter Herr Minister Fischer,

anlässlich der am 16. November 2004 bevorstehenden Beratung der Gruppe Lateinamerika des Rates der Europäischen Union zur Überprüfung des Gemeinsamen Standpunktes der EU zu Kuba, fordern wir Sie auf, sich für die bedingungslose Umsetzung der UN-Resolution 58/7 vom 26.10.04 einzusetzen, welche die Aufhebung der ökonomischen, kommerziellen und finanziellen Blockade gegen Kuba fordert.

Wichtige Schritte zur Erfüllung der o.g. UN-Resolution, der Deutschland zugestimmt hat, sind:

- Aufhebung der Sanktionen seitens der EU gegen Kuba, die in keiner Weise einem Dialog und der Verständigung zwischen souveränen Staaten dienlich sind;
- Wiederherstellung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Kuba auf der Grundlage gegenseitiger Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten sowie der Prinzipien der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten.
- Abschluss eines Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Kuba ohne Vorbedingungen.

Hochachtungsvoll
Oliver Ingo Stoll

PS: Wir bitten Sie herzlich um eine Antwort!

Raoul Wilsterer

EU verurteilt Kuba - wegen US-Basis Guantánamo

Europaparlament in Strasbourg bekräftigt starre Isolationspolitik.
Falscher Adressat in Entschliebung benannt



Entgegen allen Spekulationen im Vorfeld beharrte das EU-Parlament am Mittwoch auf seiner starren Isolationspolitik gegenüber Kuba. Die Karibikinsel wurde in Strasbourg mit 376 gegen 281 Stimmen bei 26 Enthaltungen wegen einer vorgeblichen Beschneidung von Menschenrechten und Meinungsfreiheit verurteilt. Von Havanna wurde unter anderem die »unverzügliche Freilassung aller im Land aus politischen oder Gesinnungsgründen inhaftierten Häftlinge« gefordert. Treffen mit der »demokratischen Opposition« auf Kuba seien Vertretern der EU verweigert worden, wurde beklagt, dabei hätten die Herolde des freien Westens vor Ort doch lediglich »ihre Unterstützung und Solidarität bei der Verteidigung der demokratischen Werte deutlich« machen wollen. Schlußfolgernd gelten nunmehr laut aktueller Beschlußlage als »unverzichtbare Vorbedingungen« für eine Veränderung der EU-Haltung zu Kuba »substantielle Fortschritte bei der Förderung der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und fundamentalen Grundfreiheiten«.

Reaktionen von der Karibikinsel lagen am Donnerstag noch nicht vor. Allerdings drängte sich angesichts einer eigenartigen, als Punkt »G« verabschiedeten Textpassage, in Strasbourg massive Zweifel an der Seriosität des EU-Beschlusses auf. Immer wieder wurde die Frage aufgeworfen: Wie soll Kuba die Freilassung der auf dem US-

Militärstützpunkt Guantánamo Inhaftierten erreichen? In dem Beschluß war das US-Gefängnis als eine der Begründungen für eine Fortführung der EU-Konfrontationshaltung angeführt worden. Wörtlich war von der »Tatsache« die Rede, »daß in der Marinebasis Guantánamo noch immer Hunderte von Häftlingen gefangengehalten werden, was einen Verstoß gegen die elementarsten Grundsätze der Menschenrechte darstellt«. Allerdings wurde diese Tatsachenfeststellung nicht etwa den Verantwortlichen in Washington vorgeworfen, sondern per Textzusammenhang eindeutig Havanna.

Wie aber soll Kuba für die Freilassung der etwa 600 seit Jahren illegal inhaftierten Gefangenen aus dem Afghanistan-Krieg sorgen? Ratlosigkeit kursierte im Anschluß an die Abstimmung zu diesem Punkt, dessen beantragte Streichung ausdrücklich von 391 Parlamentariern bei 279 Gegenstimmen abgelehnt wurde: Ratlosigkeit auch darüber, wie es überhaupt zur falschen Adressierung der Forderung kommen konnte.

Dabei schien noch jene Erklärung am plausibelsten, die davon ausging, daß auf seiten der konservativen Antragssteller einfach ein gerüttelt Maß an Unwissenheit existiert. Über die Machtverhältnisse im Folterknast Guantánamo auf Kuba natürlich. Und über die Verhältnisse auf Kuba sowieso.

jw

Ergänzung zur Entschliebung des EU-Parlaments vom 17.11.04 zu Kuba

El Mundo, 18.11.04

Resolution wurde von EVP vorgelegt, von Liberalen und Rechten des EU-Parlaments unterstützt. Für die Resolution stimmten 376 Abg., dagegen 281, Enthaltungen 26.

Vorgeschichte.

Gruppe "Lateinamerika" im Rat der Europäischen Union hatte zuvor in Brüssel getagt, die Probleme in Kuba analysiert und die Schlussfolgerung gezogen, das "ein Fehlen des Dialogs nicht dazu beiträgt, die Probleme zu lösen".

Aus Diplomatischen Quellen des Rats war informiert worden, dass von Spanien aus eine Initiative ausgegangen war, den Gemeinsamen Standpunkts der EU zu Kuba von 1996 zu prüfen. Auch Deutschland und Großbritannien hätten begonnen, eine zustimmendere Haltung zu dieser Initiative Spaniens einzunehmen. Die Abstimmung des EU-Parla-

ments zur Resolution vom 17.11.04 hat diese Initiative ad absurdum geführt.

Europress, 17.1.04

Der Sekretär für Int. Beziehungen der PP, Jorge Moragas, drückt am 17.11.04 seine "Befriedigung" über die angenommenen Resolution aus und wertet das Abstimmungsergebnis als "harte Niederlage" für die PSOE. Gleichzeitig gab er der spanischen Regierung den Rat, sich von ihren "Verbündeten" der Izquierda Unida (IU) und Esquerra Republicana Catalunya (ERC) zu distanzieren, die "den Diktator" Fidel Castro unterstützen und das Leid des kubanischen Volks "ignorieren".

Moragas kritisierte den sozialistischen

Europaabgeordneten Miguel Angel Martínez, der am 17.11. dem EU-Parlament eine Resolution der Sozialisten des Parlaments vorlegte, die vom Parlamente abgelehnt wurde.

El Mundo, 18.11.04

Der Europaabg. der Sozialisten Miguel Angel Martínez kritisierte bei der Diskussion zur Resolution über Kuba die Politik der EU gegenüber Kuba als eine Politik, die keine Ergebnisse bringt, "fruchtlos" sei. Er kritisierte die Tatsache, dass in den Beziehungen zu Kuba die Beachtung der Menschenrechte als Vorbedingung gestellt wird, währenddessen dies im Falle der Beziehungen zu anderen Diktaturen nicht der Fall sei.

Kuba weist EU-Politiker aus

Spanier und Niederländer versuchten illegal einzureisen

Die kubanischen Behörden haben im Oktober konservativen Politikern aus Europa die Einreise verweigert. Scharf argumentierte Kuba vor allem gegen den Spanier Jorge Moragas. In einer Erklärung wird der Verantwortliche der ultrakonservativen Volkspartei (PP) für internationale Beziehungen als »erbitterter Feind der kubanischen Revolution« bezeichnet. Moragas sei mit zwei Politikern der niederländischen Christdemokraten und zwei Mitgliedern der Organisation

»Kuba im Übergang« gereist. Die Gruppe habe versucht, als Touristen nach Kuba einzureisen, um sich mit den »Söldnern der USA zu treffen«. Daher seien die Politiker festgenommen und ausgewiesen worden. Moragas sei bekannt als Anhänger des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar. Dieser sei im Auftrag von US-Präsident George Bush derzeit damit betraut, fünf Millionen US-Dollar »für Aktionen gegen Kuba« auszugeben. Der Einreisever-

such sei daher eine »politische Provokation«, zumal Moragas seine Absichten vor der Abreise offen angekündigt hatte.

Die spanische Volkspartei versucht derzeit, die Änderung der Kuba-Politik durch die neue sozialistische Regierung zu torpedieren. Erst am vergangenen Dienstag kam es bei der Amtseinführung des neuen spanischen Botschafters Carlos Alonso Zaldívar in Havanna zum Eklat, nachdem geladene Gegner der sozialistischen Regierung die Veranstaltung unter Protest ver-

ließen. Kubas Regierung hatte wegen deren Anwesenheit keine Vertreter entsandt. Zu dem Protest der Castro-Gegner kam es, nachdem sich Zaldívar in seiner Rede für einen Dialog mit Kuba und gegen die EU-Sanktionen aussprach, die im Juni 2003 wegen der Verurteilung von 75 Castro-Gegnern verhängt worden waren. Spanien wolle die »unbefriedigende Situation« zwischen der EU und Kuba ändern, so Zaldívar.

Ralf Streck, Junge Welt, 18.10.2004

★ Luxemburger Kongress

Das Positive vorweg: Unser Gastgeber beim Europäischen Kongress der Cuba-Solidarität am 20. und 21. November 2004, die "Amistad Luxemburgo-Cuba", ist in vielerlei Hinsicht sehr zu loben. Wie es den MitgliederInnen dieser Organisation gelang, eine Konferenz der kurzen Wege auf die Beine zu stellen (Unterbringung, Tagungsort, Hauptbahnhof, Parkhaus - dies alles lag quasi einen Steinwurf voneinander entfernt), kann man nur Vorbildlich nennen.

Die Hotels waren gut, das "Casino Syndical" war ein würdiger Tagungsort, die Verpflegung ließ hier wie dort keine Wünsche offen und die AktivistInnen der Luxemburger "Amistad" waren stets freundlich und hilfsbereit. Unser Dank gilt allen, die das möglich gemacht haben.

Die Veranstaltung selber fing schlecht an, nämlich mit technischen Problemen. Sowohl die Einführungsansprache der Präsidentin der Luxemburger Organisation (Danielle Kies), als auch die anschließenden Worte des cubanischen Botschafters für Luxemburg und Belgien (Rodrigo Malmierca) waren in der Simultanübersetzung der Konferenzsprachen - Spanisch bzw. Englisch - nicht über die ausgeteilten Kopfhörer zu empfangen. Beide mussten ihre Beiträge für längere Zeit unterbrechen, ehe sie weitermachen konnten.

Die Angelegenheit erwies sich als unlösbar, was zur Folge hatte, dass alles, was vom Podium aus ins Mikrofon gesprochen wurde, nachträglich übersetzt werden musste, was damit die Konferenz nun nicht heillos in Zeitverzug geriet, erforderte, dass die ÜbersetzerInnen jeden Wortbeitrag nur mehr in arg geraffter Form wiedergeben konnten.

Auch von Seiten des ICAP (Cubanisches Institut für Völkerfreundschaft), das den nächsten Redner stellen sollte, stand die Sache unter keinem guten Stern. Sein Chef Sergio Corrieri hatte krankheitshalber absagen müssen. Eine Ironie des Schicksals wollte es, dass auch der - zumindest anwesende - 2. Vorsitzende Ricardo Rodríguez indisponiert war. Er hatte infolge einer starken Erkältung keine Stimme. So musste der Europa-Beauftragte Elio Gámez (den ich diesmal über beide Tage hinweg ziemlich stark fand) die Grußadresse namens des ICAP sprechen.

Elio brachte das, was sein Vorredner und

Landsmann im diplomatischen Dienst bereits mit zurückhaltenderen Worten hatte anklingen lassen, sehr schnell auf den dramatischen Punkt: "Nosotros esperamos lo peor" (Wir erwarten das Schlimmste). Damit bezog er sich auf die Wiederwahl von George W. Bush trotz all der Unsäglichkeiten, die dessen erste Amtszeit gekennzeichnet haben. Was dabei unausgesprochen mitschwang: Solange u. a. Cuba nach Auffassung der US-Regierung die sogenannten Schurkenstaaten

Absichtserklärungen und Selbstdarstellungen gäbe. Zu oft hört man nur die ersten Sätze und verdreht innerlich die Augen. Tapete! Kennen wir alles. Wer braucht das?

Hier einige Gedankensplitter, die ich notierenswert fand: "Die zukünftige Welt ist auf gewisse Weise mit Cuba verbunden." (Martin Österlin von der Swedish-Cuban Association) Oder aus einer anderen Perspektive: "Wenn Cuba irgendwas passiert, ist die Welt in Schwierigkeiten." (Bernie Dwyer, TV+Radio Havana)

Interessant fand ich auch die These, die Gloria La Riva (US-Zentrum zur Befreiung der Fünf) entwickelte. Danach war zur Zeit des Untergangs des Sozialismus in Osteuropa die Solidarität der Linken mit Cuba groß. Sie nahm desto mehr ab oder, besser gesagt, wurde desto stärker entpolitisiert, je mehr man Cuba in zunehmender materieller Sicherheit währte. Das hatte zur Folge, dass die konkrete Gefahr, in der die Insel sich heute befindet, auch von vielen Cuba-Interessierten unterschätzt wird.

Schließlich sprach noch Ken Gill, das alte Schlachtross der CSC (Cuba Solidarity Campaign) über die Notwendigkeit, die "gemeinsame Position" der EU gegenüber Cuba zu brechen. Spanien sei aus dieser Phalanx schon heraus gefallen und Großbritannien "wackle", was er vor allem den intensiven Bemühungen zuschreibt, britische Massenorganisationen - sprich Gewerkschaften - für die Cuba-Solidarität zu gewinnen. Er führte aus, die 5000 Mitglieder der CSC erreichten eine Zielgruppe von 7 Millionen Menschen.

Da ich nicht zuletzt als Korrespondent der CL in Luxemburg war, war ich gezwungen, mich zu "teilen", damit ich von beiden Arbeitsgruppen einen Eindruck bekam. Im Folgenden soll zunächst nicht von Ergebnissen die Rede sein (die kommen später), son-



Plenum - Konferenz in Luxemburg

konstituiert, hat Bush, durch sein Volk bestätigt, einen Persilschein für jede denkbare Option, auch für eine militärische. Damit war Elio Gámez der erste Sprecher, der einen Ton anklingen ließ, welcher so völlig anders war, als es für solche oft von heimeligem Stallgeruch durchwirkte Treffen üblich ist. Er endete zwar mit dem hoffnungsvollen Ausblick "Die Nacht ist am dunkelsten kurz vor Tagesanbruch", doch den düsteren Schatten, den er selbst zuvor geworfen hatte, konnte er hierdurch nicht verscheuchen.

Nach einer Kaffeepause folgte etwas, das die Tagesordnung als "debate" auswies. 1 und 1/4 Stunde. Man könnte für diesen Programmpunkt auch 3 Stunden und mehr ansetzen, ohne in Verlegenheit zu kommen. Ich würde mir allerdings wünschen, dass es dabei weniger wortreiche Statements,

dem nur von meinen subjektiven Wahrnehmungen.

Gruppe 1 nannte sich "Politische Solidarität und ihre Prioritäten". Zu Anfang stand die neue Resolution des Europaparlaments zu Cuba im Mittelpunkt. Nachdem der österreichische Companero Günther Stockinger (ÖKG) darauf aufmerksam gemacht hatte, dass diese Anti-Cuba-Resolution auch den Passus beinhalte, dass die Blockade (das "Embargo") aufgehoben werden solle und man die Europarlamentarier auf diesen inneren Widerspruch festnageln müsse, widmete sich Frank Schwitalla (Netzwerk Cuba) dem unglaublichen Paragraphen G der Resolution, in dem Cuba die Gefangenen der Marinebasis Guantánamo in die Schuhe geschoben werden. Frank meinte, die Cuba-Soligruppen sollten in ihrer Öffentlichkeitsarbeit anhand dieses Beispiels verdeutlichen, wie verlogen und kriecherisch sich das EP an den Wünschen der USA ausrichte. (Dies würde voraussetzen, dass die hanebüchene Unterstellung von bössartiger Absicht getragen war. Inzwischen verdichten sich jedoch gewisse Hinweise darauf, dass es sich um ein Versehen handelt,

was bedeuten würde, dass eine ganze Menge Abgeordneter im Europaparlament möglicherweise schlicht dämlich sind. Aber das ist noch nicht gesichert und muss genauer eruiert werden.)

Dieser Workshop fand im Hauptsaal statt, vor infolge der Aufteilung der Kongressmitglieder deutlich gelichteten Tischen. Es gab eine Wortmeldungsliste, und das Podium war für manche so weit entfernt, dass sie auf dem Weg zum Mikro noch Zeit für die Feinabstimmung ihrer Rede hatten.

Gruppe 2 hieß "Operative Themen der Solidarität", was (weniger geschwollen) größtenteils Projektarbeit bedeutete. Als ich mich dazu gesellte, befand man sich gerade in den letzten Zügen des allseits beliebten "Ach, ihr macht das also so und so, wir dagegen machen das so und so." John Waller (Pastors for Peace), wies darauf hin, wie wichtig es sei, dass sich auch Europäer an der Karawane beteiligen. Ein spanischer Companero schlug vor, ein Pendant der US-Karawane in Europa ins Leben zu rufen. Elio Gámez äußerte dazu zweierlei Bedenken: Erstens, so meinte er, seien die Kosten für ein Schiff aus Europa ungleich höher als für eines aus Mexiko und zweitens sei das Thema Cuba-Blockade in den Vereinigten Staaten doch von einem erheblich größerem öffentlichen Interesse als hier. Er wolle aber, wenn sich denn eine Mehrheit für diese Idee stark mache, nicht grundsätzlich dagegen sprechen.

Elio war es auch, der darauf anregte, ein

"Movimiento Europeo de la Solidaridad con Cuba" zu gründen. Ein Zentralbüro, das für alle Einzelorganisationen sprechen könnte, hätte mehr Gewicht, z.B. bei Protestnoten an das Europaparlament, gab er zu bedenken. Außerdem könne man mittels eines solchen Zentrums, wo auch alle wichtigen Informationen zusammenliefern, schneller reagieren, wenn die mit 25 Millionen US-Dollar üppig ausgestatteten Anti-Cuba-Gruppierungen in Europa einen medienwirksamen Zirkus "im Namen der Menschenrechte" (wie erst kürzlich in Rom und Prag) veranstalteten.

Ich will nicht sagen, dass es zu einem sol-



Konferenz in Luxemburg

chen "coordinating body" keine Gegenrede gab. Es wurde darüber diskutiert, aber eher bedächtig. Ich glaube heute, keinem von uns (mich selbst eingeschlossen) war wirklich klar, was für eine heiße Kartoffel wir da in Händen hielten und wie gerade dieser Punkt die Debatte am Abschlusstag überlagern würde.

Es sei noch angemerkt, dass die Atmosphäre in diesem Workshop spürbar angenehmer war als zwei Stockwerke tiefer. Wir waren unser etwa 30 um einen U-förmigen Tisch, und wenn jemand das Wort ergreifen wollte, so hob er oder sie kurz die Hand und legte los. Das klappte völlig reibungsfrei. Ohne jedes Reglement.

Vor dem Abendessen konnten wir uns noch einen 45minütigen Film über die Fünf anschauen, der von seinen Machern Roberto Ruiz Rebo und Bernie Dwyer (beide TV+Radio Havana) vorgestellt wurde. Er ist das erste PROFESSIONELLE Dokument zur "Free the 5" Thematik, künstlerisch von bemerkenswerter Qualität, logisch strukturiert und appellativ, ohne aufdringlich zu sein. Kurzum: hervorragend geeignet, um ein breiteres Publikum mit dem Fall vertraut zu machen.

Die FG hat in Person von Renate Fausten eine mündliche Zusage von Roberto Ruiz, den Film von einem deutschen "native speaker" seines Vertrauens untertitelunglich übersetzen zu lassen. Wir bekämen also das fertige Produkt und müssten uns im Gegenzug bereit erklären, die Beiden zu einer Vor-

führungstournee einzuladen. (Programmkinos, Uni-Hörsäle und dergleichen böten sich für eine solche Reise an, die natürlich von unserer Seite vorab zu koordinieren wäre, möglicherweise in Zusammenarbeit mit der Schweiz und Österreich.) Nach der Tournee lägen dann die weiteren Verfügungsrechte für die "deutsche" Fassung bei uns. Wir dürfen gespannt sein, ob dieses Arrangement tragfähig ist. Zunächst ist jedenfalls die andere Seite am Zug.

Das Abendessen (mit Musik) war ein kaltes Buffet. Zwischen Roastbeef und Salaten knüpften wir neue Kontakte an Raucher- und Nichtraucher-tischen oder frischten alte auf. Nach ein paar Gläsern des Luxemburger "Bofferding" Bieres (manche Verwegene orderten auch Rotwein oder berappten gar die stolzen fünf Euro für einen cubanischen Longdrink) zog es einige Teilnehmer ("viele" wäre geprahlt) auf die Tanzfläche. Leider war das Podium nicht von einer heißen Band, sondern nur von verwaisten Tischen besetzt, aber dass man nicht immer alles haben kann, wer wüßte das besser als wir Leidgeprüften!

Kommen wir zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen:

Zwar wurden die der Gruppe 1 schon am späten Samstagnachmittag vorgestellt und nur die der Gruppe 2 am Sonntagvormittag, aber (Chronologie hin oder her) es ist wohl besser, wir haben sie hier en bloc. Natürlich nur in einer gerafften Version.

I Übereinkünfte der politischen Kommission

Verurteilung der aktuellen Cuba-Politik der EU wegen ihrer offenen Ausrichtung an der US-Politik. Forderung an die EU, ihre Einheitsposition und ihre selektiven, diskriminierenden und von Doppelmoral geprägten Maßnahmen gegen Cuba vom Juni 2003 aufzugeben.

Verurteilung der Blockade und der Verschärfungsmaßnahmen der Bush-Administration vom Mai 2004. Anklage der unmittelbaren Gefahr einer militärischen Aggression der USA gegen Cuba.

Zur "Free the 5" Bewegung:

Förderung nationaler Kampagnen zur Sensibilisierung von Abgeordneten des EP zum Thema der Fünf, namentlich von solchen der Menschenrechtssubkommission des EP, hinsichtlich der Rechtsbeugungen im Prozess, wie auch der Menschenrechtsverletzungen gegen die Häftlinge selbst und ihre Familien. Koordination von Protestkundgebungen auf europäischem Niveau vor US-

Botschaften und Konsulaten am 20. Januar 2005 (Beginn der zweiten Amtszeit Bushs) zum o. a. Thema.

Koordination von Aktionen auf europäischem Niveau, um Medienkampagnen gegen Cuba wie z.B. von "Reporter ohne Grenzen" oder anderen anticubanischen Gruppen (siehe Rom und Prag) zu denunzieren.



Strukturierung einer Europäischen Solidaritätskoordinationszentrale zur Optimierung unserer gemeinsamen Arbeit nach strategischen Prioritäten.

Unterstützung der Teilnahme Cubas am Weltsozialforum von Porto Alegre 2005 und am Europäischen Sozialforum von Athen 2006.

Realisierung einer internationalen Solidaritätsveranstaltung auf dem Platz der Nationen in Genf anlässlich der dort jährlich stattfindenden Manöver der USA, Cuba durch die UNO-Menschenrechtskommission verurteilen zu lassen.

Vergabe des nächsten Europatreffens der Cuba-Solidarität an die Türkei (Istanbul).

II Übereinkünfte der Kommission zu operativen Themen der Solidarität

Unterstützung der Freundschaftskarawane der "Pastors for Peace" 2005 unter Mitwirkung europäischer TeilnehmerInnen. Wenn möglich, Förderung einer europäischen Karawane der Companera Elen Berstein (Kontaktpersonen des Projekts: Sven Erik Simonson, Dänemark und John Waller, Großbritannien).

Verstärkung der Bemühungen der europäischen Solidaritätsbewegung im Hinblick auf Wirtschaftskoordination, insbesondere beim Projekt "mediCuba-Europa". Aufforderung an alle an o. a. Projekt Interessierte, am Treffen in Madrid (11. Dezember 2004) teilzunehmen.

Schaffung von Bedingungen, die Koordinationseinheit zu stärken, die nach Beschlusslage vom Eurotreff Wien 2002 aus 1. dem vorigen, 2. dem aktuellen und 3. dem nächsten Veranstalterland der Europa-Konferenz bestehen soll, außerdem aus Schweden als ständigem Mitglied wegen seiner bestentwickelten Info-Website.

Schaffung einer Ressourcen-Datenbank, die von der Luxemburger "Amistad" koordiniert werden soll.

Appell an die EU, ihre Sanktionen zugunsten eines Dialogs, wie er zwischen souveränen Staaten üblich ist, aufzuheben und ein Kooperationsabkommen mit der Republik Cuba zu unterzeichnen, das frei von Vorbedingungen ist.

Verstärkte Förderung von Solidaritätsreisen nach Cuba über die Arbeitsbrigaden des ICAP, deren Reiseanteilsplanung künftig in den Händen von AMISTUR liegt.

Diskussionsbedarf im Plenum am Sonntagmorgen gab es eigentlich nur zu einem einzigen Punkt, der, unterschiedlich formuliert, in den Resümées beider Arbeitsgruppen auftaucht. Ob man - im spanischen Original - dieses Kind nun "coordinadora" (Gruppe 1) oder "entidad de coordinación" (Gruppe 2)



Auditorium – Konferenz in Luxemburg

nennt, ist Jacke wie Hose. Es bezeichnet das, was Elio Gámez vom ICAP angeregt hatte: eine noch zu schaffende paneuropäische Struktur der Cuba-Solidarität. Dass die Idee im Grunde nicht neu ist (wenn sie vor zwei Jahren in Wien entstand, kann sie das nicht sein) und dennoch solche Widerstände hervorruft, als wäre sie es, kann man wohl nur als profundes Kommunikationsproblem verstehen.

Alfred Kohlmeier (ÖKG) wies eindringlich darauf hin, dass man ohnedies schon genug um die Ohren habe und auch Frank Schwitalla sowie Kristine Karch (beide vom Netzwerk) äußerten sich dahingehend, dass ein solcher Moloch die Soligruppen überfordern würde. Außerdem sei die neue Struktur gar nicht notwendig, wenn man die bereits bestehenden konsequenter nutze.

Dies sind nur einige wenige Beispiele. Als das Thema zum Dauerbrenner zu werden drohte, meldete sich Rob Miller (CSC) zu Wort und beschwor die Konferenz, sich nicht zu verzetteln. Cuba sei existenziell bedroht und man müsse nun rasch und entschlossen handeln. Trotzdem schwappte der Hader über die "coordinadora" bis in die Abschlusserklärungsdebatte hinein. Spätestens hier hätte die Gesprächsleitung vom Podium her mäßigend eingreifen müssen. Die Schlussworte von Dany Gaasch (Vizepräsidentin des Veranstalters) bekamen wir nicht mehr vollständig mit. Wir mussten die Beine in die Hand nehmen, um unseren Zug zurück nicht zu verpassen.

Ulli Fausten

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Wir, mehr als 120 Repräsentanten von Solidaritäts- und Freundschaftsorganisationen aus 21 Ländern, die am Europäischen-Cubanischen Solidaritätstreffen in Luxemburg am 20./21. November 2004 teilgenommen haben, erklären:

Die Unabhängigkeit Cubas und alle sozialen Errungenschaften seiner Gesellschaft sind in Gefahr. Obwohl sich diesen Oktober in der Generalversammlung der Vereinten Nationen 179 Länder gegen die von den Vereinigten Staaten auferlegte Blockade gegen

alle Fotos: Fausten

Cuba aussprachen, ist die Gefahr evident. Während der Kampagne für seine Wiederwahl stellte George W. Bush fest: "Genauso wie über Afghanistan und den Irak bin ich über Cuba besorgt." Er fügte hinzu, dass er entschlossen sei, das "Castro Regime" zu beenden.

Wir verurteilen die kürzlich von der Bush-Administration eingeführte Verschärfung der Maßnahmen, Cuba wirtschaftlich zu strangulieren.

Die Europäische Union benutzt die Menschenrechte als Waffe gegen Cuba. In einer Resolution vom 16. November kritisiert das Europäische Parlament den angeblichen Mangel von Menschenrechten in Cuba. In



Konferenz in Luxemburg

Wahrheit wollen sie das politische und ökonomische System der Insel auswechseln. Durch ihre "Einheitsposition" zeigt die Europäische Union deutlich, dass sie nicht bereit ist, den souveränen Willen und die Wahl des cubanischen Volkes zu respektieren.

Wir rufen den Europarat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf, die "Einheitsposition" zu ändern und auf allen Gebieten normale Beziehungen mit Cuba auf der Grundlage gegenseitigen Respekts aufzunehmen.

Wir fordern, dass jene europäischen Regierungen, die Mitglieder der UN-Kommission für Menschenrechte sind, gegen die jährliche Resolution stimmen, die ungerechterweise versucht, Cuba der Verletzung der Menschenrechte anzuklagen. Wir werden uns diesem potentiellen Angriff auf Cuba

entgegenstellen, zum Beispiel indem wie eine größere Demonstration am 18. März nächsten Jahres in Genf organisieren.

Wir rufen die Regierungen der europäischen Länder auf, den Druck auf die Regierung der Vereinigten Staaten zu erhöhen, die fünf cubanischen politischen Gefangenen freizulassen, die ungerechterweise Haftstrafen in US-Gefängnissen erleiden. Ihr einziges "Verbrechen" bestand darin, terroristische Aktivitäten zu bekämpfen, die vermutlich die größte Sorge der US-Regierung sind.

Wir rufen die ganze Welt auf, Cuba gegen jegliche Art von Aggression zu verteidigen und versichern dem cubanischen Volk einmal mehr unsere fortgesetzte Solidarität und Unterstützung.

Luxemburg, den 21. November 2004

BRIEF AN FIDEL CASTRO

Lieber Comandante,

die Teilnehmer der Europäischen Konferenz für Solidarität und Freundschaft mit Cuba, die am 20. und 21. November in Luxemburg stattfand und an der Gruppen und Organisationen aus 21 Ländern teilnahmen, wünschen Dir eine schnelle und vollständige Genesung, damit Dein Kampf und der des cubanischen Volkes weiterhin ein Vorbild an Würde und Freiheit für alle Völker der Welt bleibt und deutlich macht, dass eine bessere Welt möglich ist.

Eine brüderliche und schwesterliche Umarmung.

FG BRD-Kuba e.V

An den Bundestagsabgeordneten.....
Sehr geehrte/r

Nach dem Wahlsieg von G.W. Bush bei den US - Präsidentschaftswahlen ist eine Kontinuität, wahrscheinlich sogar eine Verschärfung in der aggressiven Außenpolitik der US-Regierung - auch unter Nichtbeachtung des Völkerrechts und ohne UNO - Mandat zu befürchten. Auf der Liste der sog. "Schurkenstaaten", der "Achse des Bösen" steht bekanntlich auch Kuba.

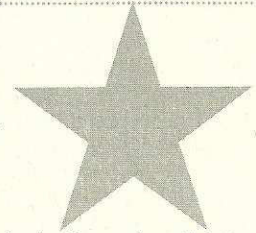
Seit mehreren Jahrzehnten existiert nun schon eine umfassende Blockade seitens der USA gegenüber Kuba, obwohl diese in UNO - Resolutionen schon mehrfach verurteilt wurde. Unter dem Vorwand des "Kampfes gegen Terror" und vermeintlicher Menschenrechtsverletzungen im Sinne des Verständnisses der US-Administration, erfahren die politischen und ökonomischen Druckmaßnahmen gegen Kuba aktuell jedoch noch eine weitere Verschärfung.

So wurde kurz vor den US-Wahlen ein mehrere hundert Seiten starkes Papier vorgestellt, das als Programm zum Sturz der kubanischen Regierung verstanden werden muss und in dem die Bereitstellung von Millionenbeträgen für die vom CIA gesteuerte sog. Opposition verkündet wurde. Bekanntermaßen hat diese "Opposition" ihren Sitz bei der antikubanischen Mafia in Florida, USA. Ziemlich unverhüllt werden hier auch militärische Aktionen nicht ausgeschlossen, da die bisherigen Subversionsversuche nicht die erwünschte Wirkung zeigten und keine "Dissidenten" massenwirksam aufgebaut werden konnten.

Das Begründungsarsenal für eine angedachte Intervention reicht dabei traditionell von Vorwürfen wie die Unterstützung des Terrors, die Existenz biologischer Massenvernichtungswaffen, bis hin zu Menschenrechtsverletzungen und die Befreiung der kubanischen Gesellschaft von den Schurken in der kubanischen Führung. Wir fürchten, dass die Gefahr einer militärischen Aggression gegen Kuba in der zweiten Amtsperiode von Bush gewachsen ist.

Auch wenn sich, wie die jüngsten Kriege zeigen, die US-Regierung wenig um das Echo der internationalen Gemeinschaft kümmert, ist es dennoch von Bedeutung und hat Einfluss auf den Gang des Geschehens, wie sich einflussreiche Staaten zu deren Vorgehen verhalten. Als Menschen, die sich hier in Deutschland mit Kuba verbunden fühlen, ist es deshalb wichtig zu erfahren, wie sich das politische Deutschland im Falle einer militärischen Aggression gegen Kuba, egal unter welchem Vorwand, verhalten würde. Deshalb führen wir eine Befragung aller Bundestagsabgeordneten in ihren jeweiligen Wahlbezirken durch, um sie nach ihrer persönlichen Meinung und Positionierung zu befragen.

*Schreibt an die
Abgeordneten
die ihr kennt!*



Den möglichen Einwand, ein/e einzelne/r Abgeordnete/r könne dazu sowieso nichts tun, wollen wir dabei nicht gelten lassen. Vielmehr bestehen wir auf dem Recht der Wähler, in einer so wichtigen Frage wie Krieg und Frieden Auskunft von ihren Abgeordneten zu bekommen. In diesem Zusammenhang stellen wir fest, dass die derzeitige Bundesregierung (und auch vorherige) die ständigen Aggressionen und Schikanen gegen Kuba, die allerdings (mit Ausnahme der Invasion in der Schweinebucht und der sog. Kubakrise) noch unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt lagen, unterstützt, bzw. sich "neutral" dazu verhalten hat.

Wir wollen mit dieser Befragung jedoch eine drohende militärische Intervention in Kuba fokussieren und Ihre entsprechenden Aussagen und Antworten hierzu auswerten und in geeigneter Form öffentlich machen. Wir verstehen das als ein Element zur Entscheidungsfindung der Wähler bei den nächsten anstehenden Wahlen.

Wir bitten Sie also, die nachstehenden Fragen zu beantworten - auch wenn evtl. Außenpolitik nicht zu Ihren "Spezialgebieten" gehört - oder zumindest zu begründen, falls Sie nicht antworten wollen.

Es sei noch angemerkt, dass bei einer ähnlichen Befragung in England, dem "Mutterland der Demokratie" ein fast 100%iger Rücklauf zu verzeichnen war.

Wie würden Sie sich im Falle einer militärischen Aggression oder Intervention gegen Kuba, in die ein NATO-Mitglied verwickelt ist, als deutsche/r Bundestagsabgeordnete/r verhalten?

Würden Sie eine Außerordentliche Bundestagssitzung befürworten, in der die Aggression offiziell verurteilt wird?

Würden sie jede direkte und indirekte Unterstützung im Rahmen der NATO verweigern und damit die sogenannte "Bündnistreue" aufkündigen?

Würden Sie die Einberufung des UNO-Sicherheitsrates und UNO - Sanktionen gegen den Aggressor unterstützen ?

Würden Sie es unterstützen, dass der Botschafter des Aggressors in Deutschland ins Außenministerium einbestellt wird?

Würden Sie vom deutschen Außenminister einfordern, dass sowohl auf EU - Ebene, als auch im Rahmen der UNO, diplomatische Initiativen gestartet werden, mit dem Ziel der Verurteilung und umgehenden bedingungslosen Beendigung der Aggression?

Würden Sie Protestaktionen vor den Botschaften und Konsulaten des Aggressors mit unterstützen?

Würden Sie sich dagegen verwahren, dass eine Beendigung der Aggression mit Bedingungen (z.B. Systemwechsel, Rücktritt der kubanischen Regierung oder einzelner Mitglieder) verknüpft wird?

Freundschaftsgesellschaft Tschechien-Cuba

Erklärung zum provokativen Treffen des sogenannten Internationalen Komitees Für Demokratie in Cuba, das zwischen dem 16. und 18. September 2004 in Prag stattfand.

★ Wir, die Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft Tschechien - Cuba, können nicht schweigen, wenn in Prag eine Veranstaltung des Internationalen Komitees Für Demokratie in Cuba stattfindet, eine Organisation, die vom Autor des Projekts der humanitären Bombardierung von Städten und von Vaclav Havel, einem Expolitiker gleichen Typs, gegründet wurde. Besonders erschwerend ist die Tatsache, dass dieses Treffen, dessen Ziel es ist, in Widerspruch zu internationalem Recht die Einmischung in die internen Angelegenheiten eines Mitgliedslands der UNO zu intensivieren, mit dem die Tschechische Republik diplomatische Beziehungen hat, unter der Schirmherrschaft der Regierung in der Person ihres Außenministers Svoboda und des Senats durch seinen Präsidenten Pithart gestanden hat. Wir sehen darin eine schwere Verletzung der demokratischen Traditionen unseres Landes und verurteilen dieses Vorgehen entschieden.

Die Debatten waren insgesamt voller Hass gegen Cuba und voll von unverfrorenen Lügen. In offensichtlichem Widerspruch zur Wirklichkeit konnte man in Bezug auf den Hurrikan Charlie die Behauptung hören, dass die cubanische Regierung nicht in der Lage gewesen wäre, die Sicherheit ihrer Bürger und

den Schutz ihres Eigentums zu garantieren. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass derselbe tropische Sturm in Florida Schäden in Höhe von 30 Milliarden Dollar verursacht hat und bei einer vergleichbaren Katastrophe in Haiti fast 2000 Menschen ums Leben kamen.

Die in diesem Komitee zusammengekommenen nordamerikanischen Lakaien ärgert besonders, dass Cuba zu einem Beispiel für ganz Lateinamerika geworden ist und die Sympathie und die Unterstützung der Bevölkerung in den Ländern der Region genießt.

Wie aus der Presse zu entnehmen ist, wurde in den Debatten auch geäußert, dass "wir alle wissen, dass in diesem Augenblick, die Insel der Freiheit vom Stiefel einer kranken und zynischen Diktatur zermalmt wird". Trotz der nordamerikanischen Blockade, die im letzten Jahr mit 173 Stimmen der Mitgliedsländer der UNO-Generalversammlung verurteilt wurde, hat diese "Diktatur" große Erfolge nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch bei der Erziehung und der Gesundheit erzielt. Sie hat den Analphabetismus ausgerottet, der ganzen Bevölkerung kostenlosen Zugang zu Erziehung und ärztlicher Versorgung ermöglicht, allen Rentnern ein ruhiges Leben garantiert und die Arbeitslosigkeit nahezu ausgerottet. Sie hat ebenso Erfolge im

wirtschaftlichen Bereich, bei der Entwicklung der Industrie, der Elektrifizierung, der Erdöl- und Nickelförderung und im Tourismusbereich aufzuweisen. Es lohnt sich auch die sportlichen Erfolge zu erwähnen, die man an den Ergebnissen der letzten Olympischen Spiele erkennen kann (27 Medaillen, davon 9 Goldmedaillen).

Der Senatspräsident des tschechischen Parlaments Petr Pithart gab folgende Erklärung ab: "Wir wissen, wie schwierig es ist, dass die Demokratie sich durchsetzt. Auf diese Weise erfüllen wir unsere Pflicht als Ausgleich denen gegenüber, die uns in der Zeit unseres Kampfes gegen die Diktatur unterstützt haben". Wenn man bedenkt, was allgemein bekannt ist, dass hinter "dem Kampf der tschechischen Dissidenz gegen die Diktatur" vor allem die Vereinigten Staaten standen, gibt Pithart faktisch öffentlich zu, dass wir der Macht in Übersee Kompensationszahlungen für jene Schulden leisten. Wir bezahlen sie mit unseren finanziel-

len Ressourcen, durch ein Konto des Außenministeriums, ein Konto des (öffentlichen) tschechischen Fernsehens und seiner vom Ausland dirigierte Filiale. Die Unterstützung der anticubanischen Aktionen bildet einen untrennbaren Bestandteil der Unterstützung, die die tschechische Rechte und die rechten tschechischen Massenmedien, die sich hauptsächlich in deutschem Besitz befinden, den von den Nordamerikanern begangenen Massakern in Afghanistan und im Irak geben. "Cuba ist ein riesiges Gefängnis", sagte Vaclav Havel in der Konferenz. Er hat noch nie seinen Fuß auf cubanischen Boden gesetzt und trotzdem macht er diese provokativen Äußerungen. Als Staatschef hatte er vielfältige Möglichkeiten, die Demokratie in einer Reihe von theokratischen Staaten einzufordern, die er besucht hatte. Niemals sagte er etwas. In Saudi-Arabien begab er sich sogar "einige Stockwerke unter sein eigenes Niveau." Da erhebt sich die Frage: Warum ausgerechnet Cuba? Auch im Fall von Vaclav Havel führen die Fäden in die Vereinigten Staaten. Er repräsentiert nicht die Gefühle der tschechischen Bürger. Weder er noch die andern Teilnehmer der Prager Konferenz haben ein reines Gewissen. Keiner von ihnen hat den Finger gehoben, um die USA schwerer Menschenrechtsverletzungen in ihren eigenen Gefängnissen anzuklagen, das Konzentrationslager in Guantanamo eingeschlossen, wo sich Hunderte von Afghanen, Irakern und Angehörige dreißig anderer Nationalitäten befinden. Warum haben sich diese Verteidiger der Menschenrechte nicht daran gemacht, eine Konferenz zu organisieren, um die von den Vereinigten Staaten in nahezu allen Teilen der Welt im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus begangenen Verbrechen zu verurteilen? Die Position, die diese Leute in Wirklichkeit vertreten, nimmt ihnen jedes Recht, im Falle Cuba die Rolle des Richters zu übernehmen. Es gehört sehr viel Zynismus dazu, für die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Menschenwürde ins Feld zu ziehen, wenn man selbst dazu beigetragen hat, sie mit Füßen zu treten. Das aber ist ohne Zweifel das wahre Gesicht der Oppositionellen der cubanischen Revolution.

Im Namen aller ehrlichen Menschen dieses Landes protestieren wir energisch gegen diese Heuchelei und die offene Unterstützung seitens der Regierung und anderer offizieller Stellen der tschechischen Republik, gegen das Lakaientum der tschechischen und der ausländischen Helfer, die der aggressiven imperialen Politik der USA Vorschub leisten.

Hände weg von Cuba!

Freundschaftsgesellschaft
Tschechien-Cuba
Prag, 25. September 2004

Granma INTERNACIONAL

DEUTSCHSPRACHIG

- ... die Zeitung aus Cuba ✓
- ... Cuba aus erster Hand ✓
- ... gegen die anti-cubanische Meinungsmache ✓
- ... Infos aus Lateinamerika ✓
- ... jeden Monat neu ✓

**Ein Muss für jede Cuba-Freundin
und jeden Cuba-Freund!**

Ja! Ich will die Granma abonnieren und zwar:

- für 1 Jahr (12 Ausgaben) 15 €
- für 1/2 Jahr (6 Ausgaben) 8 €
- als Gruppenkontingent*

* (Rabattstaffel bitte beim Vertrieb erfragen)

Einsenden an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7,
50674 Köln. Spendenkonto: NETZWERK CUBA e.V.
Sparkasse Essen 2103 901, BLZ 360 501 05



26. November 2004: Andimba Toivo Ya Toivo, der namibische Gefängnisminister und Präsident der Kuba-Namibia-Freundschaftsgesellschaft, hat einen Brief zugunsten der Cuban Five an das Federal Bureau of Prisons und den US-Justizminister geschickt.

Wie Nelson Mandela war Andimba Toivo Ya Toivo während des Kampfes gegen die Apartheid Südafrikas ein politischer Häftling. In den frühen 50ern half er eine Organisation zur Unterstützung der Owambo-Arbeiter in südafrikanischen Bergwerken aufzubauen und 1965 nahm er an der Gründung der Organisation des Owambo-Volkes teil. Diese Organisation war der Vorläufer der Organisation Südwestafrikanischer Völker (SWAPO), die den Kampf für die Unabhängigkeit Namibias anführte.

Obwohl er schon 16 Jahre in einem südafrikanischen Gefängnis gesessen hatte, lehnte Andimba Toivo Ya Toivo seine Entlassung ab, wenn nicht auch die anderen namibischen Gefangenen entlassen würden. Die Gefängnisbehörden mussten ihn buchstäblich hinauswerfen.

Nach der Unabhängigkeit Namibias 1990 wurde er in das Parlament gewählt und später mit dem Amt des Energie- und Bergbauministers betraut. 1999 wurde er Arbeitsminister und ist jetzt Gefängnisminister.

Kürzlich berichtete Andimba Toivo Ya Toivo der Presse, dass Namibia den Cuban Five Auszeichnungen verliehen habe, dreien wegen ihrer Verdienste im Kampf für Angolas Unabhängigkeit und allen fünf für ihren Kampf gegen den Terrorismus.

Der namibische Minister betonte, dass die Kuba-Namibia-Freundschaftsgesellschaft auch weiterhin die Entlassung der Cuban Five aus den US-Gefängnissen fordern wird.

(Quelle: *antiterroristas.cu* 25. November 2004)

Mission gegen den Terror

30. November 2004: Bernie Dwyer von Radio Havana Cuba und Roberto Ruiz Rebo vom Bildungskanal des kubanischen Fernsehens trafen sich in den Studios eines der führenden nationalen Fernsehsender in DR Television mit dem politischen Korrespondenten des dänischen Fernsehens, Steffen Knudsen.

Herr Knudsen hatte von "Mission against Terror" [Mission gegen den Terror, Anm. d. Ü.] unter der Regie von Bernie Dwyer und Ruiz Rebo über die fünf kubanischen Männer gehört, die in den Vereinigten Staaten wegen "Verschwörung zur Spionage" und anderer Anklagen gefangen gehalten werden.

Die beiden Regisseure sind zurzeit auf Skandinavientournee, um den Film bekannt zu machen, der die Wahrheit über den Fehlschlag in Sachen Gerechtigkeit berichtet, der den fünf Kubanern außergewöhnlich hohe und unrechtmäßige Gefängnisstrafen einbrachte.

Die Tournee wurde von den Solidaritätsgruppen in Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland organisiert.

Der dänische Fernsehkorrespondent interessierte sich für die Beweggründe, die Bernie Dwyer und Roberto Ruiz dazu veranlassten, diesen Film zu machen und dafür, was sie damit zu erreichen hofften. Beide stimmten darin überein, dass sie diese

Dokumentation gemacht hatten, damit sie die Widersprüche und Ungerechtigkeiten dieses Falles vorführen könnten und auch, um den Solidaritätsgruppen bei ihrer Arbeit für die Befreiung der fünf Kubaner ein nützliches Rüstzeug in die Hand zu geben.

Sie antworteten, dass sie natürlich durch die zur Verfügungstellung eines guten, interessanten und analytischen Werkes über den Fall das Interesse jener Menschen erregen würden, die für Frieden und Gerechtigkeit arbeiten, um so den Leuten eine Fundgrube zu bieten, die der Befreiung der Fünf wohlgesonnen sind, sodass die Behörden der Vereinigten Staaten sich schließlich verpflichtet fühlten, sie frei zu lassen.

Steffen Knudsen ist zuversichtlich, dass die Dokumentation in naher Zukunft gezeigt wird und dann ein hoffentlich motiviertes Publikum findet.

(Quelle: *antiterroristas.cu* vom 29. November 2004)

2. Dezember 2004: Die Haftbedingungen für Gerardo wurden schon wieder ohne Angabe von Gründen stark verschärft. Laut der kubanischen Tageszeitung *Juventud Rebelde*, ist Gerardo seit einigen Wochen in seiner Zelle eingeschlossen und bekommt nur kalte Nahrung. Außerdem wurden seine Badezeiten verkürzt.

In der Mittwochausgabe der Zeitung wird die Bestrafung als gleichbedeutend mit Isolationshaft beschrieben.

Gerardo hatte in einem Brief an seine Frau davon berichtet. Er schreibt, er wisse nicht, wie lange dieser Zustand noch dauern würde. Auch habe man ihm keine Gründe für die Behandlung genannt.

Gerardo und seine vier Landsleute waren früher schon grundlos in Bestrafungszellen in Isolationshaft genommen worden. Die Anordnungen dazu kamen direkt aus dem Justizministerium. Kuba hat darauf hingewiesen, dass derartige willkürliche Bestrafungen sowohl nach internationalem als auch nach US-Recht illegal seien.

(Quelle: *Radio Havana Cuba* vom 1. Dezember 2004)



Die fünf Gefangenen,

Gerardo Hernández Nordelo (# 58739-004), Ramón Labañino Salazar (alias Luis Medina, # 58734-004), Antonio Guerrero Rodríguez (# 58741-004), Fernando González Llort (alias Rubén Campa, #58733-004) und René González Sehwerert (# 58738-004), die 2001 in Miami urteilt wurden, hatten versucht Terroranschläge auf die Menschen in Kuba und die territoriale Integrität der Republik Kuba zu verhindern, ohne sich dabei der Spionage zu bedienen.

Der inzwischen weltweit bekannte Fall der sogenannten "5 Kubaner" ist damit ein Musterbeispiel für politische Justiz, die nicht an nationalem und internationalem Recht und Gesetz orientiert ist.

1. Der EP-Menschenrechtsausschuss möge zur Sicherung der in der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen unveräußerlichen Menschenrechte der fünf Inhaftierten beschließen:

Die internationalen strafprozessualen Mindestgarantien wurden missachtet durch

- 17 Monate Isolationshaft ohne jegliche Begründung;

- die Unmöglichkeit eines fairen Verfahrens in Miami und eine bisher verweigerte notwendige erneute Beweiserhebung (außerhalb Floridas);

- die fehlende Schuldangemessenheit der verhängten Strafen und zum Teil die erhebliche Überschreitung des gesetzlichen Strafmaßes;

- die rechtsmissbräuchliche Anwendung des Classified Information Procedures Act (CIPA);

- die Anwendung der Konstrukte "Verschwörung zum Mord" und "Verschwörung zur Spionage" und damit die Verurteilung ohne hinreichende Beweise.

2. Der Menschenrechtsausschuss des Europaparlaments möge darüber hinaus beschließen:

Die Justizverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika wird aufgefordert:

- den Konsularangestellten der Republik Kuba in den USA uneingeschränkt das Recht zum Besuch der Gefangenen zu gewähren;

- den Ehefrauen von Gerardo Hernández und René González, sowie dessen 1998 in Miami/Florida/USA geborenen Tochter Ivette das Recht zum Besuch ihrer Ehemänner, bzw. ihres Vaters zu gewähren!

Begründung

Die einzige Aufgabe der fünf Kubaner war die Aufdeckung von geplanten Terroranschlägen auf Kuba und Drittländer, die in den USA vorbereitet werden. Ihre Erkenntnisse wurden von den kubanischen Behörden an das F.B.I. übergeben. Statt jedoch gegen die terroristischen Organisationen der Exilkubaner in den USA vorzugehen, haben die US-Behörden die fünf Kubaner ermittelt, verhaftet und vor Gericht gestellt.

Die Fünf wurden nach ihrer Inhaftierung im September 1998 17 Monate unter Isolationsbedingungen gefangen gehalten. Das Strafverfahren fand in der Hochburg der exilkubanischen Gemeinde - Miami - in einer Atmosphäre größter öffentlicher Vorurteile gegenüber Kuba statt. Eine unparteiische Jury war dort nicht zu finden, dem Antrag der Verteidigung auf einen Wechsel des Gerichtsorts hätte stattgegeben werden müssen.

Unter dem Classified Information Procedures Act wurden zunächst alle rund 800 Dokumente der Angeklagten beschlagnahmt und dann als "streng geheim" eingestuft, was es den Angeklagten unmöglich machte, diese Dokumente zu ihrer Verteidigung einzusetzen. Trotz des Protest der Verteidiger bestimmten dann Gericht und Staatsanwaltschaft allein, welche Dokumente den Angeklagten zur Verfügung gestellt würden und untergruben auf diese Weise das Recht auf effektive Verteidigung.

Die Verurteilung wegen "Verschwörung" entthob die Staatsanwaltschaft der Pflicht zu beweisen, dass die Angeklagten zur Verwirklichung einer Straftat auch nur angesetzt hätten oder dass es einen hinreichend kon-

kreten Plan hierzu gab. Sie führte zu einer Verurteilung allein auf Basis mutmaßlicher Einstellungen der Angeklagten.

Die 5 Kubaner sind zusätzlich direkt nach ihrer Verhaftung voneinander getrennt und in Arrestzellen untergebracht worden, die normalerweise nur der Bestrafung von Verstößen gegen die Anstaltsregeln dienen. Während dieser Isolationszeit wurde ihnen außerdem jeglicher Kontakt zu ihren Familien verwehrt.

Den Ehefrauen von Gerardo Hernández und René González, sowie dessen Tochter wird seit über 6 Jahren die Einreise in die USA verweigert, so dass ein Besuch unmöglich war.

Seit Anfang des Jahres 2004 ist nun auch den kubanischen Konsularbeamten ein Besuch bei den Gefangenen nur noch alle drei Monate gestattet. Diese Regelung widerspricht Art.5 i, Art. 34 und Art. 36 des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen.

Diese Vorgehensweise der USA ist leider kein Einzelfall sondern ordnet sich ein in die seit über 50 Jahren andauernde Politik der Blockade und Aggression, mit der zehn aufeinanderfolgende Administrationen der USA versucht haben, das politische System in Kuba in ihrem Sinne zu verändern. Dabei schreckten sie sogar vor völkerrechtswidriger Gesetzgebung oder konkreten militärischen und nichtmilitärischen Terroranschlägen nicht zurück. Eine solche Politik ist im Sinne der Charta der Vereinten Nationen und des friedlichen Zusammenlebens der Völker auf der Welt nicht zu tolerieren.

Dieser Beschlusauftrag an die EP-Mitglieder und -Fraktionen wird von folgenden Organisationen eingebracht und unterstützt:

1. FG BRD-Kuba e.V.
 2. Netzwerk Cuba Informationsbüro e.V.
 3. Cuba si
 4. FBK e.V.
- ... (nur Organisationen oder bekannte Einzelpersonen!)

Einreichung von Unterstützungs- erklärungen bei:

!Basta Ya! Befreiungskomitee für die 5 Kubaner NETZWERK CUBA - Informationsbüro e.V.
Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin
Tel: ++49/(0)30 / 29 49 42 60,
Fax: ++49/(0)30 / 29 49 42 61
<http://www.miami5.de>, info@miami5.de



weydingerstrasse 14-16 ☆ 10178 berlin ☆
fon 030 - 29494260 ☆ fax 030 -
29494261 ☆ e-mail: info@netzwerk-cuba.de ☆
konto f. solidaritäts-
spenden 32333100 ☆ Postbank
Berlin BLZ 10010010 ☆ Internet:
<http://www.netzwerk-cuba.de>

informieren
vernetzen
koordinieren
gemeinsam Handeln!

Das NETZWERK CUBA ist die Koordinationsstelle der Cuba-Solidarität in Deutschland. Unterstützt uns durch Eure Fördermitgliedschaft, abonniert die 4x jährlich erscheinenden NETZWERK CUBA - nachrichten oder fordert unverbindlich Informationen an.

solidarität

Mit einer Großdemonstration endete das 3. Europäische Sozialforum.
Aufruf zu europaweitem Aktionswochenende im März 2005

70.000 in London gegen Krieg und Rassismus

Mit einem riesigen Demonstrationszug durch Londons Innenstadt vom Russel- zum Trafalgar-Square endete am Sonntag abend das dritte Europäische Sozialforum. Augenzeugenberichten zufolge protestierten bis zu 100000 Menschen gegen Sozialkahlschlag, Arbeitsplatzvernichtung und den Irak-Krieg.

Die Veranstalter sprachen von 70000. Ihre zentralen Losungen: »Stoppt den Krieg«, »Nein zum Rassismus«, »Beendet Privatisierung«, »Für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit«.

Zuvor hatten von Donnerstag abend bis Sonntag mittag etwa 20 000 Menschen in 400 Workshops, Seminaren und Plenen diskutiert, bilanziert und zukünftige Aktivitäten auf europäischer Ebene beraten. Das sonntägliche ESF-Abschlussplenarium verabschiedete eine Erklärung, in dessen Zentrum die Orientierung auf ein europaweites Demonstrations- und Aktionswochenende gegen den Irak-Krieg am 19. und 20. März 2005 steht. Der



London

Aufruf dazu enthält eine klare Aufforderung zum Truppenabzug aus Irak, allerdings kein klares Nein zum vorliegenden EU-Verfassungsvertrag. Darauf wurde offenbar mit

Rücksicht auf einige Gewerkschaftsspitzen verzichtet. Ebenso führten

Rücksichtnahmen dazu, dass weder der 8. Mai des nächsten Jahres als weiterer Aktionstag gegen Faschismus und Krieg noch die Kuba-Solidarität fixiert wurden. Aufgerufen wird zu Aktionen zu Palästina am 10./11. Dezember 2004 anlässlich der Deklaration der Menschenrechte. Auch mobilisiert das

ESF zu Protesten gegen die NATO-Tagung im Februar 2005 in Nizza.

Inhaltlich wurden die Tage von London von den Themenbereichen Irak sowie den Nahostkonflikt geprägt. Dabei geriet der Widerstand gegen den Neoliberalismus, soziale Gerechtigkeit und Privatisierung etwas ins Hintertreffen. Zwar waren auf dem ESF viele rote Fahnen zu sehen, eine Thematisierung von militanten Streikmaßnahmen, einem auf europäischer Ebene koordinierten Ausstand oder sogar von Generalstreiks kam jedoch deutlich zu kurz. Doch immerhin ruft das ESF zur Unterstützung von Großdemonstrationen gegen neoliberale »Reformen« auf.

Insgesamt überwog in London der Eindruck, dass die meisten Teilnehmer vieles mehr wollen, als es schließlich die Kommissionsresolution festhielt. Für das vierte Europäische Sozialforum im Jahr 2006 wurde als Veranstaltungsort Athen beschlossen.

Christian Bunke, London; Junge welt
18.10.2004

alle Fotos: Stoll

Aufruf der Versammlung sozialer Bewegungen auf dem Europäischen Sozialforum

Wir kommen von allen Kampagnen und sozialen Bewegungen, "Keine Stimme"-("no vox") Organisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Organisationen der internationalen Solidarität, Antikriegs-, Friedens- und Frauenbewegungen. Wir kommen aus allen Regionen Europas, um uns in London zum dritten Europäischen Sozialforum zu treffen. Wir sind viele und unsere Stärke ist unsere Vielfalt.

Krieg ist heute der hässlichste und realste Ausdruck des Neoliberalismus. Der Krieg und die Besetzung im Irak, die Besetzung Palästinas, die Massaker in Tschetschenien und die versteckten Kriege in Afrika zerstören die Zukunft der Menschheit. Der Irakkrieg war mit Lügen gerechtfertigt worden. Heute ist der Irak erniedrigt und zerstört. Die Iraker sind Gefangene des Krieges und des Terrors. Die Besetzung hat weder Freiheit noch eine Besserung der Lebensbedingungen gebracht. Im Gegenteil: Die Vertreter der These vom "Zusammenstoß der Kulturen"

("clash of civilisations") sind heute gestärkt.

Wir kämpfen für den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak, für einen sofortigen Stopp der Bombardierungen und für die sofortige Wiederherstellung der Souveränität der irakischen Bevölkerung.

Wir unterstützen die palästinensischen und israelischen Bewegungen, die für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen. Entsprechend dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes der Vereinten Nationen und dem einstimmigen Votum der europäischen Staaten in der UN-Vollversammlung fordern wir ein Ende der israelischen Besetzung und die Beseitigung der Apartheidmauer. Wir fordern politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die israelische Regierung, solange sie weiterhin internationales Recht und die Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung verletzt. Daher werden wir für die internationale Aktionswoche gegen die Apartheidmauer vom 9. bis 16. November, zu europäischen Aktionstagen

London, 17. Oktober 2004

am 10. und 11. Dezember, dem Jahrestag der Verabschiedung der UN-Menschenrechtserklärung, mobilisieren.

Die Destabilisierung des globalen Klimas stellt eine beispiellose Bedrohung für die Zukunft unserer Kinder und für die Menschheit insgesamt dar. Wir unterstützen den Aufruf von Umweltschutzorganisationen zu internationalen Aktionen gegen den Klimawandel in 2005. Wir unterstützen Kampagnen gegen gentechnisch veränderte Organismen, für sichere Landwirtschaft, Nahrung und Umwelt.

Im Februar 2005 werden wir uns den Protestaktionen gegen den NATO-Gipfel in Nizza anschließen. Wir wenden uns gegen die von den G-8-Staaten angemaßte Übernahme globaler Regierungsfunktionen und einer Politik des Neoliberalismus. Daher bitten wir um massenhafte Mobilisierung anlässlich des G-8-Gipfels in Schottland im Juli 2005.

Wir wollen ein anderes Europa, das Sexis-

mus und Gewalt gegen Frauen ablehnt und das Recht auf Abtreibung anerkennt. Wir unterstützen den internationalen Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November

und die Europäische Initiative. Wir unterstützen die Mobilisierung zu den Feiern des Internationalen Frauentags am 8. März. Wir unterstützen die Europäische Initiative zum 27./28. Mai in Marseille, die vom weltweiten Marsch für die Frauen vorgeschlagen wurde.

Das ESF wendet sich gegen alle Formen der Teilung gegenüber Menschen mit Behinderungen. In der gesamten Arbeit zu Menschen mit Behinderungen unterstützt das ESF das Prinzip des "nichts über uns ohne uns". Alle ESF Organisationsformen sollten aktiv Menschen mit Behinderungen einbeziehen. Das ESF lehnt jegliche Eugenik ab und kämpft für die Lebensrechte und vollen BürgerInnenrechte für Menschen mit Behinderungen. Alle ESF Veranstaltungen müssen vollständig zugänglich sein für Menschen mit Behinderungen. Wir anerkennen das Gebärdensprache eine grundsätzliche Notwendigkeit für den Einbezug von Gehörlosen ist.

Wir treten ein gegen Rassismus und die Festung Europa und für die Rechte der Einwanderer und Asylsuchenden; wir sind für Bewegungsfreiheit, für das Staatsbürgerrecht nach dem Residenzprinzip und für die Schließung der Abschiebehaftanstalten. Wir wenden uns gegen die Abschiebung von MigrantInnen. Wir schlagen einen Aktionstag am 2. April 2005 vor: gegen Rassismus, für Bewegungsfreiheit und für das Bleiberecht als Alternative zu einem Europa der Exklusion und der Ausbeutung.

Die Versammlung von sozialen Bewegungen unterstützt die globale Solidaritätserklärung mit Indymedia und verurteilt die Beschlagnahmung von indymedia servern als ein Angriff auf die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Datenschutz und das Recht auf Kommunikation, und fordert eine vollständige Untersuchung zur Beschlagnahmung der indymedia Festplatten.

Wir erklären unsere Solidarität mit dem griechischen Seemann Giyogos Monastiriotis, der zu 3 Jahren und 4 Monaten verurteilt wurde als er sich weigerte an einer Golfmilitärmission und damit am Irakkrieg teilzunehmen. Wir fordern die umgehende Aufhebung aller Anklagen gegen ihn. Wir erklären unsere Solidarität mit allen SoldatInnen aller Staaten die ihre Teilnahme an der Besetzung und der Niederschlagung des irakischen Widerstandes verweigern.

In der Zeit, in welcher der Entwurf für die Europäische Verfassung ratifiziert werden soll, müssen wir darauf bestehen, dass die Menschen in Europa darüber direkt befragt



London

Foto: Stoll

werden. Der Verfassungsentwurf ist unvereinbar mit unseren Vorstellungen. Dieser Verfassungsvertrag erhebt den Neoliberalismus zur offiziellen Doktrin der EU; er macht den Wettbewerb zur Grundlage des Europäischen Gemeinschaftsrechts und faktisch aller menschlichen Aktivitäten; er ignoriert vollständig die Ziele einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft. Dieser Verfassungsvertrag garantiert weder gleiche Rechte noch das Recht auf Bewegungsfreiheit noch das Recht auf Niederlassungsfreiheit und Staatsbürgerschaft für alle, unabhängig von ihrer Nationalität. Der Verfassungsvertrag räumt der NATO eine Rolle in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik ein drängt auf die Militarisierung der EU. Schließlich rückt er den Markt an die erste Stelle, drängt das Soziale an den Rand und beschleunigt die Zerstörung der öffentlichen Dienstleistungen.

Wir kämpfen für ein anderes Europa. Unsere Mobilisierung lässt auf ein Europa hoffen, in dem die Unsicherheit der Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Wir kämpfen für eine überlebensfähige Landwirtschaft, die von den Landwirten selbst kontrolliert wird, eine Landwirtschaft, die Arbeitsplätze bietet und die Qualität der Umwelt und der Lebensmittel zum Vorteil aller verteidigt. Wir wollen ein weltoffenes Europa mit dem Recht auf Asyl, Bewegungsfreiheit und dem Recht auf Staatsbürgerschaft nach dem Residenzprinzip. Wir verlangen wirklich soziale Gleichheit und gleichen Lohn zwischen Mann und Frau. Unser Europa wird kulturelle und sprachliche Unterschiedlichkeit respektieren und fördern. Unser Europa wird das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung anerkennen und den verschiedenen Völkern Europas erlauben, über ihre Zukunft demokratisch zu entscheiden. Wir kämpfen für ein anderes Europa, das die Rechte der Arbeitnehmer achtet und eine angemessene Entlohnung sowie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gewährleistet. Wir kämpfen gegen alle Regelungen, die Unsicherheit produzieren, indem sie neue Methoden der Arbeitnehmerüberlassung ermöglichen ("new ways of subcontracting work").

Wir kämpfen für ein Europa, das sich dem Krieg verweigert, für einen Kontinent der internationalen Solidarität und für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Wir kämp-

fen für Abrüstung, gegen atomare Waffen und gegen US- und NATO-Militärstützpunkte. Wir unterstützen all jene, die den Militärdienst verweigern.

Wir wenden uns gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und gemeinsamer Güter wie Wasser. Wir kämpfen für Menschenrechte, für soziale, ökonomische, politische und ökologische Rechte zur Abwehr und Überwindung der Herrschaft des Marktes, der Logik des Profits und der Beherrschung der Dritten Welt durch die Schuldendienste. Wir wenden uns gegen die Instrumentalisierung des "Kriegs gegen den Terrorismus" zum Zweck des Angriffs auf demokratische und Bürgerrechte und um abweichende Meinungen und soziale Konflikte zu kriminalisieren.

Die Europäische Soziale Bewegung unterstützt die landesweite Mobilisierung der italienischen Bewegung anlässlich der Unterzeichnung des Europäischen Verfassungsvertrags am 30. Oktober - gegen Krieg, Deregulierung und Rassismus, für den Truppenabzug aus dem Irak und für ein anderes Europa. Die Europäische Soziale Bewegung unterstützt die landesweite Mobilisierung in Barcelona gegen den EU-Gipfel zur Europäischen Verfassung im Januar 2005. Wir unterstützen die Mobilisierung am 11. November 2004 gegen die Bolkestein-Richtlinie.

In einer Zeit, in der die neue EU-Kommission schamlos eine hochgradige Laissez-faire-Politik vorantreibt, müssen wir in allen europäischen Ländern einen Prozess der Mobilisierung in Gang setzen, um die Anerkennung sowohl individueller wie auch kollektiver sozialer, politischer, wirtschaftlicher, kultureller und ökologischer Rechte für Frauen und Männer gleichermaßen durchzusetzen. Um allen Menschen in Europa die Teilnahme an dieser Mobilisierung zu ermöglichen, müssen wir eine Bewegung schaffen, die unsere Differenzen überwindet und alle Kräfte in Europa vereint, die bereit sind, sich in den Kampf gegen den europäischen Neoliberalismus einzubringen.

Am 20. März 2005 jährt sich zum zweiten Mal der Beginn des Krieges gegen Irak. Am 22. und 23. März trifft sich der Europäische Rat in Brüssel. Wir rufen daher zu landesweiten Mobilisierungen in allen europäischen Ländern auf.

Für den 19. März rufen wir zu einer zentralen Demonstration nach Brüssel auf: gegen Krieg und Rassismus und gegen ein neoliberales Europa, gegen Privatisierung, gegen das Bolkestein-Projekt und gegen die Angriffe auf die Arbeitszeit, für ein Europa der Rechte und der Solidarität zwischen den Völkern. Wir rufen alle sozialen Bewegungen und die europäischen Gewerkschaften auf, an diesem Tag auf die Straße zu gehen.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Strutyński

Fidel Castro Ruz an junge Kunstausbilder

(anlässlich des Ausbildungsabschlusses des ersten Lehrgangs) auf dem Platz Ernesto Che Guevara in Santa Clara, 20. Oktober 04

Dozenten und Personal der Schulen für Kunstausbilder!
Jugendliche Abiturienten und Kunstausbilder!
Liebe Gäste!
Bürger von Villa Clara!
Mitbürger in ganz Kuba!

Genau vier Jahre, fünf Monate und drei Tage ist es her, da wir am 17. Mai 2000 in einer Beratung der Arbeitsgruppe Batalla de ideas (Ideenschlacht) das Projekt der beruflichen Vorbereitung von Kunstausbildern bestätigten. Die sofortige Aufgabe war es nun, schleunigst landesweit 15 Schulen mit nicht genutzten Kapazitäten ausfindig zu machen und hier die erforderliche materielle Basis zu schaffen, um noch im September jenes Jahres mit nicht weniger als 4000 Studierenden den ersten Ausbildungsgang zu starten und dann nach zehn Jahren über etwa 30 000 Kunstausbilder zu verfügen.

Das in den ersten Jahren der Revolution in dieser Richtung aufgestellte Programm - seine Ergebnisse waren wenn auch bescheiden, so doch vielversprechend - war auf fast null zusammenschmolzen, und es erwies sich als unbedingt erforderlich, dieses wieder in Angriff zu nehmen, und zwar auf solidem Fundament und mit aller Kraft, dem Wissen und dem revolutionären Bewusstsein, worüber unser Volk in der Zwischenzeit verfügte. Die Schüler, Absolventen der neunten Klasse, waren einer strengen Auswahl unterworfen. Die Schulen waren hinsichtlich ihrer Kapazität der Bevölkerungszahl einer jeden der 14 Provinzen und des Sonderverwaltungsbezirks Isla de la Juventud anzupassen.

In nur drei Monaten wurden die 15 Schulen einsatzbereit gemacht. Simultan dazu erfassen der Jugendverband UJC, die Pionierorganisation José Martí und die Ministerien für Bildung und für Kultur in enger Zusammenarbeit die ersten 4000 Studierenden. Lehrpläne- und programme wurden aufgestellt, der Lehrkörper organisiert, Schuluniformen entworfen und gefertigt, die für den Start unerlässliche Literatur disponiert und der Kauf von Arbeitsmaterial eingeleitet.

Am 4. September 2000 begann in den 15 Schulen für Kunstausbilder der Unterricht.

Für diesen ersten Studiengang hatten sich 12 000 Schüler beworben. In den darauf folgenden Jahren bewarben sich im Durchschnitt 17 000 pro Studiengang. Es konnte eine breite und qualitätsmäßig gute Auswahl getroffen werden.

Es gab sie, die nicht an die Umsetzbarkeit dieses Projektes glaubten, die sich fragten, woher man wohl die Dozenten und Lehrmittel nehmen werde. Wieder andere fragten sich, wie wir denn neue Schulen gründen könnten, wo doch die Bedingungen in den bereits existierenden schon keine guten

waren.

Nach sechsmonatigem Funktionieren wurde am 18. Februar 2001 in der Schule "Manuel Ascunce Domenech" in Villa Clara das Programm der Schule für Kunstausbilder offiziell eingeweiht, das als wesentlicher und untrennbarer Bestandteil der Schlacht der Ideen bereits umgesetzt wurde.

Während dieser ersten vier Jahre wurden nach und nach auch die Bauprojekte abgeschlossen, wodurch nun Kapazitäten für insgesamt 16 200 Studierenden zur Verfügung stehen.

Die Ausgaben in Devisen für wesentliche Investitionen waren folgende:

Für Lehrmittel generell sowie spezifischer Art - 1 795 036 USD;

für materielle Lebensbedingungen - 1 958 796 USD;

für bauliche und technologische Investitionen - 9 891 975 USD.

Als interessanten Vergleich füge ich hinzu, dass, betrachtet man den derzeitigen Preis des Erdöls auf dem Weltmarkt, die in diesen vier Jahren entstandenen Gesamtkosten in Devisen für die Einrichtungen dieses außergewöhnlichen Bildungs- und kulturellen Programmes annähernd den Kosten eines dreitägigen Brennstoffverbrauchs in Kuba gleichkommen.

Im ersten Lehrgang immatrikulierten 4086 Schüler; zum Lehrkörper gehörten 1111 Lehrende.

Heute liegt die Immatrikulationszahl bei 16 168 Studierenden; davon 4535 in Musik, 4202 in Bildender Kunst, 3692 in Bühnenkunst und 3739 in Tanzdisziplinen.

Den Lehrkörper bilden heute 2852 Lehrende; davon unterrichten 715 die generellen Fächer und 2137 unterrichten die spezifischen künstlerischen Disziplinen. Von den Lehrern stehen 1228 fest im Schuldienst und 1624 sind kooperativ beschäftigt.

Sehr zu Recht muss hervorgehoben werden, dass sich viele Lehrer, Künstler und Intellektuelle den Anstrengungen zur Bildung des Lehrkörpers der Schulen für Kunstausbilder angeschlossen, die Lehrpläne bereichert und erzielt haben, dass das, was ein andermal verschwunden war, einen Wiederaufschwung erlebt mit einer noch stärkeren Kraft als Bestandteil der kolossalen Schlacht um eine generelle Allgemeinbildung in unserem Volk. Ebenso ist die Rolle der 2531 Kunstausbilder anzuerkennen, die im Verlauf der Revolution viele Jahre hindurch ihrer Tätigkeit treu geblieben sind und dieser Initiative entscheidende Unterstützung geleistet haben.

In diesen fünf Lehrgängen - den derzeitigen eingeschlossen - der Kunstausbilderschulen immatrikulierten insgesamt 20 235 Studierenden.

Heute erhalten ihren Abschluss 3237 der 4086 Studierenden des ersten Lehrgangs; 34

Studierenden bereiten sich auf ihre demnächst abzulegende Abschlussprüfung vor. Das ergibt insgesamt 3271 Absolventen. Sie erwerben den Titel eines Abiturienten und Kunstausbilders in Musik, Bildenden Künsten, Bühnenkunst oder Tanz. Dafür erfüllten sie einen Lehrplan von 7000 Stunden in der Fachrichtung Musik, 7320 Stunden in der Fachrichtung Bildende Künste, 6840 Stunden in der Fachrichtung Bühnenkunst und 7000 Stunden in der Fachrichtung Tanz. Außerdem erwerben alle neben ihrer Fachrichtung umfassende Kenntnisse über alle anderen Kunstbereiche.

Der Lehrplan erfuhrt im Verlauf dieser Arbeitsjahre Vervollkommnung. Das Lehrprogramm enthält die Stunden für Überlegungen und Debatte, das audiovisuelle Programm, das Berufspraktikum und das selbständige Arbeiten im vierten Jahr, sämtliche im Lehrplan programmiert.

Zum Erreichen dieser Ziele verfügen die Schulen über Videosäle, Bibliotheken, Computerlabors mit einem PC pro 30 Studierenden, Musikzimmer, Podeste für Tanz und Bühnenkunst sowie über Werkstätten für bildende Kunst.

Die Absolventen dieser Schulen haben in den vier Jahren ihrer Ausbildung durchschnittlich 167 Werke im Zusammenhang mit ihrer Fachrichtung sowie der kubanischen und Weltliteratur und -geschichte zu konsultieren oder zu lesen.

Von den Absolventen sind:

★ 61,04 Prozent Weiße, 13,3 Prozent Neger und 25,6 Prozent Mestizen; das entspricht annähernd und sehr zufriedenstellend der ethnischen Zusammensetzung unserer Bevölkerung.

★ 62,09 Prozent sind Frauen und 37,90 Prozent sind Männer.

★ Von den Absolventen gehören 1822, also 56,3 Prozent, dem kommunistischen Jugendverband UJC an.

Als Kinder hätten die heutigen Absolventen es sich nicht träumen lassen, einmal Kunstausbilder zu werden. Von heute auf morgen kam diese neue Option auf. Viele hatten vielleicht die Möglichkeit erträumt, sich beruflich einmal mit Musik, den bildenden Künsten, der Bühnenkunst oder dem Tanz zu befassen; doch diese Gelegenheit gab es nicht.

Das Dilemma, ob sie nun Künstler sind oder nicht, hat uns begleitet. Heute hört man immer häufiger, sie seien Künstler des schönen Berufes, die Kunst dem Volk beizubringen. Bei der Arbeit mit den Kindern haben sie einen Bereich der Pädagogik entdeckt, der sie bereichert, und es braucht ja zwischen der einen und der anderen Funktion keinen Widerspruch zu geben. Ebenso wenig ist die Möglichkeit der Entwicklung ihres künstlerischen Werkes zu verstümmeln, wenn sie in der Lage sind, ihren Pflichten als Ausbilder

einer Schule nachzukommen.

Die persönliche Verantwortlichkeit im Rahmen ihrer Verpflichtung gegenüber der Revolution und die Arbeit wird sie dahin führen, ihre Funktion als Ausbilder zu erfüllen.

93 Prozent der heutigen Absolventen hatten vor vier Jahren noch keinerlei Unterricht in den Fachrichtungen gehabt, die ihnen heute bekannt sind. Und wenn sie auch noch viel lernen müssen über ihren Beruf, die Kunst, das Arbeitsleben und die Hingabe an die Revolution, so ist es doch ebenfalls sehr wahr, dass sie nicht mehr die gleichen sind wie damals, als sie sich diesen Weg zu bahnen kamen. Sie sind körperlich, politisch und gesellschaftlich reifer geworden.

Ab dem 6. September dieses Jahres nahmen sie ihre Tätigkeit in Grund-, Mittel- und Sonderschulen in sämtlichen Kreise des Landes auf. Eingesetzt wurden sie folgendermaßen:

684 in Grundschulen mit Vormittags- und Nachmittagsunterricht; 704 in Ganztagschulen der Grundstufe; 56 in Internatsschulen der Grundstufe; 117 in Internatsschulen der Mittelstufe auf dem Lande; 50 in Ganztagschulen der Mittelstufe in der Stadt; 50 in Schulen für verhaltensgestörte Kinder.

Die von den Ausbildern in den Lehreinrichtungen ausgeübte Tätigkeit ist auf das Erreichen der folgenden fünf Hauptziele gerichtet:

- ★ Durchführung von Workshops für Kreation und Auswertung mit allen Studierenden der Lehranstalt;

- ★ Betreuung von Laiengruppen und künstlerischen Einheiten;

- ★ Methodologisch-fachliche Ausbildung des Lehrpersonals;

- ★ Promotion der künstlerischen Äußerungen in der Schule;

- ★ Verschönerung des Umfeldes der Schule.

Mit der Ankunft der Kunstausbilder festigt sich die Schule als die bedeutendste kulturelle Einrichtung der Gemeinschaft. Die Ergebnisse ihrer Tätigkeit werden in der Familie ihre Widerspiegelung finden. Die Arbeit dieser ausgebildeten Kräfte geht über die Schule hinaus und wird von ihrem Verhältnis zu den übrigen kulturellen und sozialen Einrichtungen der Gemeinschaft abhängen.

Durch ihre Anwesenheit erfährt das System der Arbeit mit den Kindern, den Heranwachsenden und Jugendlichen, das sich in diesen Jahren der Schlacht der Ideen herausgebildet hat, eine Bereicherung. Unerlässlich sind die Beziehungen zwischen dem Gesamtlehrer der Grundfächer, dem Lehrer für SW-Schulung, dem Sozialarbeiter und dem Kunstausbilder.

Über die zu erwartenden Ergebnisse hatten wir bereits Kenntnis. Sie zeigten sich in jeder Etappe des Berufspraktikums, während derer die Studierenden vom zweiten Jahr an zu Lehreinrichtungen und den Gemeinschaften in Verbindung stehen. Zwei Beispiele sollen ausreichen. Das erste:

Das Berufspraktikum im Kreis La Sierpe in der Provinz Sancti Spiritus der Studierenden des vierten Jahres beinhaltet eine Woche Tätigkeit in Gemeinschaften oder Schulen, in denen die Arbeitsbedingungen schwieriger als gewöhnlich sind.

Im Falle der genannten Provinz wurde beschlossen, die 183 Studierenden des vierten Jahres, die heute ihre Ausbildung abschließen, im Kreis La Sierpe einzusetzen, da dieses ein neues Munizium ist ohne eine solide kulturelle Tradition, in dem es Jahrzehnte lang keine Fachkraft auf dem Gebiet der Kultur gegeben hat. Das heißt, ein Kreis, das keine graduierten Ausbilder aus früheren Etappen aufzuweisen hat und wo es sogar sehr schwer ist, Studierenden für die Kunstausbildungsschulen zu gewinnen; ja es geht sogar so weit, dass sich zum ersten Lehrgang nur eine einzige Schülerin meldete, die heute ihren Titel erhält. Die Studierenden wurden nun in allen Schulen eingesetzt; und es war dem Gedächtnis von Schülern und Lehrern zufolge - das erste Mal seit vielen Jahren, dass es im Territorium zu einer so starken kulturellen Bewegung kam. Untergebracht waren sie in den Schulen; sie arbeiteten in diesen und in den Gemeinschaften. In einigen Fällen mussten sie mehrere Kilometer zu Fuß zurücklegen.

Von allem, was dort geschah, reden heute noch Kinder und Eltern. Drei Studierenden aus anderen Kreise baten, auf dieser Erfahrung fußend, im Kreis La Sierpe eingesetzt zu werden. Es konnten 25 Schüler für die Schule der Kunstausbilder für den eben begonnenen Lehrgang gewonnen werden. Das Bemerkenswerteste daran ist folgendes: Bei einem vor ein paar Tagen stattgefundenen Treffen mit Vertretern der heutigen Absolventen erwähnte ein jeder die Wirkung jener Woche als etwas ganz Entscheidendes in seiner Ausbildung. Das Bild ihrer Erfahrung in La Sierpe lebt in ihnen wie eine internationalistische Mission, die Präsenz in einer Schlacht oder einer großen Produktionsleistung; das heißt, in ihnen lebt der Sinn einer über das Normalmaß hinausgehenden Tat, einer Tat der völligen Hingabe weiter.

Während ihres Aufenthalts im Kreis realisierten sie eine Art Synthese dessen, was ein Ausbilder einer Casa de Cultura (Kulturhaus) tut und wie seine Tätigkeit in einer Schule auszusehen hat. So arbeiteten sie beispielsweise vormittags in der Schule, gaben ein Animationsprogramm am Nachmittag für die Gemeinschaft oder traten abends im Kreis selbst bei kulturellen Aktivitäten auf. All das in nur einer Woche. Die Regierung des Kreises und die Partei sind der Meinung, es handle sich hier um den Beginn einer kulturellen Umwälzung. Dies ist bedeutsam, wenn wir bedenken, dass seine kulturellen Einrichtungen generell in gutem baulichen Zustand sind, jedoch keine Fachkräfte vorhanden sind.

Das zweite Beispiel:

Seit dem Schuljahr 2002-2003 erhält die Schule für Kunstausbilder "Eduardo García Delgado" in Havanna Anweisungen, eine Gruppe Studierenden zum Berufspraktikum

an der Universität für Informatik zu bestimmen.

Während des Studienjahres 2002-2003 arbeiteten sie 15 Tage dort. Schon im Studienjahr 2003-2004 wurde die Anwesenheit einer Gruppe von Kunstausbildern an dieser Hochschule zweimal pro Woche über das gesamte Studienjahr festgelegt. Die geleistete Arbeit wurde von den Kollegen dieser Universität als sehr notwendig eingeschätzt und sie forderten, dass die Anwesenheit dieser Studierenden beibehalten wird, um die in dieser Einrichtung vorhandene Amateur-Bewegung zu unterstützen.

Die Ergebnisse sprechen für sich selbst. In nur zwei Jahren Arbeit zählt die Amateurbewegung der Universität für Informatikwissenschaften 799 Studierende zu ihren Mitgliedern, das bedeutet einen von je fünf Studierenden. Im ersten Studienjahr erreichten sie im Provinzausscheid des Universitätsstudentenbunds (FEU) fünf Preise und drei Ehrenpreise, und im zweiten Jahr, 11 Preise. Von diesen werden drei der Preisträger am Nationalausscheid des FEU teilnehmen.

Die an den Schulen für Kunstausbilder Graduierten können über das Programm zur Universalisierung der Hochschulausbildung jegliche Fachrichtung bzw. jeglichen Studiengang der Geisteswissenschaften belegen, welche das Hochschulministerium erteilt, und die Fachrichtungen bzw. Studiengänge, welche die Pädagogischen Hochschulen erteilen.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Arbeit der Kunstausbilder, der Notwendigkeit, sie ständig als Fachleute weiterzubilden, die sich mit ihrer Arbeit als Kunstausbilder identifizieren, und des Interesses eines Großteils von ihnen, sich in einem mit ihrer Ausbildung verwandten Studiengang weiter auszubilden, wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Kultur- und dem Hochschulministerium der Beschluss gefasst, einen Diplompädagogik-Studiengang in der Fachrichtung Kunstausbilder einzurichten.

In diesem Studiengang matrikulierten 1476 der Kunstausbilder, die jetzt ihre Ausbildung abschließen, das sind 45,5 Prozent.

Der neue Studiengang wird an den Pädagogischen Hochschulen unter den Bedingungen der Universalisierung der Hochschulausbildung erteilt und seine vorläufige Dauer beträgt vier Jahre. Er stützt sich vor allem auf das audiovisuelle Programm und andere audiovisuelle Mittel, und betont gleichzeitig die Bedeutung des Selbststudiums und der Studien-Betreuung.

Der Studiengang sichert sowohl die Vertiefung der humanistischen, als auch der pädagogischen Ausbildung ab, und vervollkommnet die künstlerischen Fähigkeiten auf dem Fachgebiet, mit dem sie die Kunstausbildungsschule abschließen.

Die Schulen, die Kunstausbilder zugeteilt bekamen, werden in den nächsten Tagen die Arbeitsmodule entsprechend der Fachrichtung des bzw. der Kunstausbilder erhalten, die ihnen zur Verfügung stehen.

Um Kontinuität bei der integralen Betreu-

ung zu erreichen, welches dieses Programm genossen hat, wurde beschlossen, dass die schon graduierten Kunstausbilder weiter betreut werden, und zwar werden sie durch die Arbeitsgruppe der Ideenschlacht des Kommunistischen Jugendverbands (UJC) angeleitet werden.

Um dies zu erreichen, wurden auf Provinz- und Kreisebene Strukturen geschaffen, wo Berufskader des UJC die Verantwortung übernehmen, die Zusammenarbeit zwischen Kultur-, Bildungs- und Hochschulbildungswesen und allen jenen Einrichtungen und Organisationen zu koordinieren, die mit der Tätigkeit der Kunstausbilder zu tun haben.

Auf nationaler Ebene wird es eine Zentralstelle in Habana Vieja geben, welche zum Nationalen Weiterbildungszentrum für Kunstausbilder werden wird. Es wird im Herzen eines der wichtigsten soziokulturellen Projekte des Landes eingefügt sein, und in seinen Einrichtungen werden Veranstaltungen zum Genuss der Bevölkerung durchgeführt werden, welche zu Bezugsbeispielen für alle werden müssen.

Diese jugendliche Kraft wird als Kunstausbilder-Brigade "José Martí" organisiert werden. Sie wird gewissermaßen als eine Jugendbewegung funktionieren und als eine Kulturmee, deren grundlegender, obwohl nicht einziger Kampfschauplatz die Schule ist.

Durch die Integration in diese Brigade wird sich die Identifizierung dieser Jugendlichen mit ihrer Verantwortung als Kunstausbilder konsolidieren und es wird die notwendige Verbindung geschaffen werden, welche sie zur künstlerischen Bewegung im Land und in jedem Gebiet im Besonderen haben sollen.

Die Kunstausbilder-Brigade "José Martí" erleichtert eine bessere Betreuung in jedem Sinn. Etwas Ähnliches haben wir mit den Sozialarbeitern gemacht, jener mächtigen und wachsenden Kraft, welche die Revolution heutzutage zur Verfügung hat.

Wir können es uns nicht leisten zu erlauben, dass diese kolossale revolutionäre Kraft wegen bürokratischer Widersprüche, Begierde, sich hervorzuheben und institutioneller Eifersucht im Niemandsland verlorengeht, weder ohne politische Anleitung, noch entschlossene Unterstützung bei ihrer vielseitigen Aufgabe.

Seinerseits wird jeder Kunstausbilder respektvoll die Autorität und die Befugnisse derjenigen anerkennen, welche jede der Einrichtungen leiten, wo sie ihre Tätigkeit ausüben, unabhängig davon, welchem Organ sie angehören.

So wurde die Organisation und die Tätigkeit der Kunstausbilder geplant. Wie immer wird das Leben das letzte Wort sagen. Die Türen zur Vervollkommnung werden immer für alles, was die Revolution schafft, offen sein.

Der UNEAC (Nationalbund der Schriftsteller und Künstler Kubas) und der Verband "Hermanos Sainz" werden über diese aufstrebende Bewegung, welche durch den massenhaften Neubeginn von tausenden von

Kunstausbildern jährlich geschaffen werden wird, eine enge Verbindung zu diesen jungen Mitarbeitern der Kultur pflegen.

Nachrichten, Eindrücke und beeindruckende Anekdoten:

Der UJC, das Kultur- und das Bildungsministerium (MINED) haben gemeinsam das gesamte Land bereist, wobei sie einen Austausch mit der Parteiorganisation, der Regierung und den Einrichtungen jedes Gebiets geführt haben. Hierbei konnte man den Enthusiasmus feststellen, mit dem die neuen Kunstausbilder in den Schulen angekommen sind, und den Drang, nützlich zu sein, der sie begleitet.

Sie kamen voller Träume an und wurden mit besonderer Liebe und Enthusiasmus durch die Kinder empfangen.

Es bestehen viele Erwartungen seitens der Schule und der Gemeinde.

Jetzt sind sie in einer Lernphase. Die Direktoren, Lehrer und Dozenten sind nicht daran gewöhnt, einen Kunstausbilder zu haben und in vielen Fällen sind sie nicht mit den Aufgaben vertraut, die jenen obliegen.

In diesen Wochen haben sie an einer Diagnose über die Kinder, das Lehrpersonal und die schulische Umgebung gearbeitet; sie haben begonnen, einige Workshops durchzuführen, am Unterricht an der Universität und im Weiterbildungssystem teilzunehmen, welches des Kultur- und Bildungswesen für jeden von ihnen ausgearbeitet hat.

Die Integration zwischen UJC, Kultur- und Bildungswesen hat den Empfang in der Schule, die Organisation ihres Stundenplans und die Einfügung in das Arbeitskollektiv/team erleichtert.

Die Kader der Grundorganisationen des UJC und der Pionierorganisation "José Martí" wurden aufgerufen, die Schule als hauptsächlich Pionierpalast anzusehen, da es eine Schule neuen Typs ist. Vorher musste man den Computer, das Videogerät, den Fernseher und viele Kunst-Workshops in den Pionierpalästen und -lagern suchen. Heutzutage hat man diese Voraussetzungen in der Schule selbst.

Die Fernseh- und Videogeräte, welche die Schulen zur Verfügung haben, sind zusammen mit den Computern ebenfalls Arbeitsinstrumente des Kunstausbilders. Sie werden Kinder und Erwachsene bei den Besuchen, die sie mittels CD bzw. Video unternehmen können, in die Museen der Welt führen.

Die Kunstausbilder wurden aufgerufen, das Privileg anzuerkennen, eine Galerie, ein Theater und einen Kunst-Workshop zur Verfügung zu haben, deren Programation ihnen unterliegt, und dies sind nichts anderes als die Schulen selbst, an denen sie heute unterrichten.

Die Video- Jugendclubs und die Fernsehäle, die in unwegsamen Gebieten des Landes gelegen sind, werden ebenfalls Schauplatz der Arbeit von Kunstausbildern sein.

Bei der Fahrt durch das gesamte Land, welche gerade stattfindet, konnten die ersten Eindrücke gehört werden. Von einem Gebiet zum anderen wiederholen sich viele von ihnen:

"Die Kinder wollen die ganze Zeit mit mir zusammen sein. Wenn ich die Straße entlang gehe, erfüllt es mich mit Stolz, dass die Kinder mich grüßen und zu ihren Eltern sagen: 'Schau, das ist meine Musiklehrerin'. Es würde mir gefallen, Teamarbeit mit dem Kunstausbilder der anderen Schule zu machen." **Kunstausbilderin aus San Luis, Kreis in der Provinz Santiago de Cuba**

"Ich hatte viel Unterstützung seitens meines Kulturhauses... ich würde mich freuen, wenn man mir erlaubt, auch mit den Kindern der Schule zu arbeiten, in der ich mein Berufspraktikum absolviert habe. Ich möchte nicht, dass man mich versetzt, denn ich mag die Kinder sehr, die ich jetzt habe, aber die anderen sehen mich auf der Straße und weinen beinahe. Ich kann ohne Probleme mit allen arbeiten." **Kunstausbilderin aus San José de las Lajas, Kreis in der Provinz Havanna**

"Dank des Unterrichts, den ich im vierten Jahr erhielt - denn ich musste fast alles machen -, habe ich Tanz- und Musikunterricht gegeben. Mein Fachgebiet ist die bildende Kunst... die aus dem Kulturhaus helfen mir sehr und in meiner Schule mögen mich alle." **Kunstausbilderin aus Holguin**

"Ich habe zwei Kinder mit sehr schweren Gesundheitsproblemen, eins hat zystische Fibrose; sie sind meine ersten beiden Schüler, wir bereiten ihnen eine besondere Betreuung vor... das hat mich sehr bewegt... ich fühle mich sehr nützlich". **Kunstausbilderin aus Las Tunas**

"Mein Fachgebiet ist Bühnenkunst und ich habe schon einen Chor...der Vater einer Schülerin ist Musiker...ich habe die Kinder mit den besten Voraussetzungen gewonnen, habe sie organisiert... ich habe den Vater der Schülerin um Hilfe gebeten und wir arbeiten schon. Die Arbeit stimuliert sehr und die Kinder haben viel Interesse." **Kunstausbilderin aus Jobabo, Kreis in der Provinz Las Tunas**

"Ich bin an einer Landschule. Die Direktorin kannte die Funktionen eines Kunstausbilders nicht gut, so habe ich ein Treffen mit allen Lehrern organisiert und ihnen dargelegt, was zu meiner Arbeit gehört. Meine Direktorin ist meine beste Verbündete. Ich fühle mich sehr gut...und habe schon einen Adoptivsohn...es ist ein Schüler mit Lernschwierigkeiten, ich begann mit ihm mittels der Bühnenkunst zu arbeiten... ich erfuhr, dass sein Vater nicht bei ihm lebt und ihn seit langem nicht so betreut, wie es sein sollte. Ich zog los, den Vater aufzusuchen, der in einem anderen Kreis wohnt... ich stellte mich vor, erklärte ihm die Situation... jetzt beginnt mein Adoptivsohn schon, bessere Lernergebnisse zu haben...durch diese Dinge entdecken wir, dass wir ein Herz haben." **Kunstausbilder aus dem Kreis Camagüey**

"Ich habe Tanz- und Musikunterricht gegeben. Die Kinder geraten ausser sich von dem Unterricht. Manchmal wollen sie nicht zu den anderen Fächern gehen. Ich bin Ausbilderin in bildender Kunst." **Kunstausbil-**

derin aus Camagüey

"Man hat uns einen sehr schönen Empfang bereitet...in der Schule für Kinder mit Verhaltensstörungen ist die Arbeit sehr schwer, aber sie wird Ergebnisse zeitigen. In dieser Einrichtung sind wir vier Kunstausbilder... die Schule wird saniert und wir nehmen gemeinsam mit den anderen Lehrern an der Sanierung teil... wenn die Schule nicht die Voraussetzungen hat, müssen wir sie schaffen oder erfinden, dazu ist der Kunstausbilder da..." **Kunstausbilder aus Granma**

"Ich bin in Buenavista, einem Ort des Kreises Remedios... Dort hat es niemals einen Kunstausbilder für irgendetwas gegeben...Ich gebe an der Schule Unterricht in allen Fachrichtungen... Die Kulturhausdirektorin bat mich, an den Wochenenden die Mitglieder der Seniorengruppe zu betreuen. "Mein Fachgebiet ist Bühnenkunst und die Senioren wollten Tanz. Ich hatte die Tänze von Majagua (Bauerntänze, die an der Kunstausbilderschule gelehrt werden) gelernt... Ich habe ihnen die von Majagua gezeigt und sie lehrten mich die von Remedios und am Ende haben wir alle gemeinsam El Gavilán getanzt." **Kunstausbilder aus Remedios, Provinz Villa Clara**

Das bis hierher Dargelegte ist Teil der auf dem Gebiet der Kultur und Bildung in der Ideenschlacht durchgeführten Arbeit.

In diesen vier Schuljahren erreichten wir nicht nur die 15 neuen Kunstausbilderschulen;

es wurde auch die neue Nationale Ballettschule gebaut, mit einer Kapazität für die Berufsausbildung von 300 Studierenden, wo ausserdem Ballett-Workshops für mehr als viertausend Kinder durchgeführt werden. Es wurden sieben neue Schulen für bildende Künste gebaut, sodass jetzt solche in 17 wichtigen Städten des Landes bestehen. Die von Trinidad wurde vollkommen saniert und es wurde eine weitgehende Sanierung in der von San Alejandro vorgenommen. Die Ballet-Theater-Schule und die für bildende Künste von Camagüey wurden wiederaufgebaut. In Bayamo wurde eine neue Kunstschule mit Kapazität für 500 Studierende erbaut; es entstand eine Schule zur Ausbildung von Musikbands, und zum jetzigen Zeitpunkt werden 21 Schulen der verschiedensten Bereiche der künstlerischen Tätigkeit saniert und ein wichtiges Vorhaben durchgeführt, und zwar die Gesamtanierung der in Benutzung befindlichen Einrichtungen und die Weiterführung der Bauten bis zur endgültigen Fertigstellung dieser Perle der kubanischen künstlerischen Kultur, der Kunsthochschule.

Ich hatte das Privileg, an der Einweihung von fünf dieser Einrichtungen teilzunehmen. Bei anderen steht die offizielle Einweihung noch aus, sie funktionieren aber schon voll.

Da im Schuljahr 1992-1993 an unseren Kunstschulen 5 978 Studierende matriculiert waren, können wir sagen, dass diese Zahl sich in der Zeit der Spezialperiode fast verdoppelt hat, und heute 10 722 eingeschrieben

sind. Wenn man dazu die 16 168 der Kunstausbilderschulen nimmt, dann bedeutet das, dass wir 26 890 Jugendliche haben, welche die künstlerischen und pädagogischen Kräfte in der großen Schlacht zu einer integralen Allgemeinbildung und Erhöhung der Lebensqualität unseres Volkes bereichern werden.

Man hat nicht umsonst gearbeitet. Der Erfolg hat unsere Anstrengungen gekrönt. Ich fordere jegliches anderes Land der Welt auf, eine ähnliche Ernte vorzuweisen.

Am 20. Oktober wird der 136. Jahrestag der Einnahme von Bayamo durch die Mambi-Truppen unter Führung von Carlos Manuel de Cespedes begangen.

An jenem Tag wurde im Atrium der Hauptkirche von Bayamo zum ersten Mal die kubanische Nationalhymne angestimmt, mit Text und Musik von Perucho Figueredo, Generalmajor der Befreiungsarmee.

Der Gesang der Hymne am 20. Oktober fällt mit der Kriegstat zusammen, bei der die Revolution ihren ersten und bedeutendsten Sieg über die spanischen Kolonialtruppen erreicht. Die Kapitulation von Bayamo und der siegreiche Einzug von Cespedes bedeuten die Vollendung des am 10. Oktober in der Zuckerfabrik "La Demajagua" begonnenen Rebellenakts, der eine Wende in der Geschichte des Landes markierte und erreichte, dass auf den Trümmern der ersten kolonialen Zufluchtsstätten die kubanische Nation geboren wurde.

Der 20. Oktober stimmt außerdem mit dem Geburtstag von Abel Santamaría überein, heldenhafter Kämpfer und zweiter Führer der Kräfte, welche die Moncada-Kaserne angriffen.

Aus allen genannten Gründen richtete ein Dekret des Ministerrates 1979 dieses Datum als den Tag der Kubanischen Kultur ein.

Wir wollten ihn mittels der Graduierung des ersten Kontingents von Kunstausbildern und der Schaffung der Brigade "José Martí" als eines besonderen Geschenks an die Bevölkerung von Villa Clara begehnen. Bevölkerung, die Beispiel für die Arbeit zum Erhalt der kulturellen Traditionen ist, welche die Identität unserer Nation erhalten, und in diesem Jahr Wettbewerbsgewinner für die Ausführung der zentralen Veranstaltungen anlässlich des 26. Juli.

Vorwärts, mutige Vorkämpfer der Kultur und des Humanismus! Ein ruhmreiches Leben erwartet euch.

Wenn in der jetzt unsicheren Zukunft der Menschheit von wirklich tiefgehenden und unauslöschlichen Revolutionen und sozialen Veränderungen gesprochen wird, wird niemand das Werk außer Acht lassen können, das uns hier zusammenkommen ließ. Unser Volk ist stolz auf euch!

**Es lebe das Vaterland!
Es lebe die Revolution!
Es lebe der Sozialismus!**

Und wie derjenige sagte, der mit seinem Nachschub-Sonderkommando aus Bolivien nach Kuba, hier an unsere Seite zurückgekehrt ist: **Immer vorwärts bis zum Sieg!**

BRD
DRITTE WELT

62

**Reinhard Pohl:
Zuwanderungsgesetz****2004, 48 Seiten, 2 Euro****Zuwanderungsgesetz**

1979 konstatierte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung eine „*faktische Einwanderungssituation*“ und forderte, Konzepte zur Integration zu entwickeln. Die Situation sein „*unumkehrbar*“. 25 Jahre später wurde das Zuwanderungsgesetz beschlossen.

Die Broschüre stellt das im Juli 2004 verabschiedete Gesetz und seine 20 wichtigsten Regelungen vor: Von der Aufenthaltserlaubnis bis zur Ausweisung bei Kriminalität, vom Asylantrag bis zur Niederlassungserlaubnis, von dem Visum bis zur Härtefallregelung, vom Familiennachzug bis zur Abschiebung von „Hass-Predigern“, von der Arbeitserlaubnis bis zum Aufenthaltsrecht für Kriegsflüchtlinge, vom Familienasyl bis zur Aufnahme jüdischer Emigranten, vom Integrationskurs bis zur Ausreiseeinrichtung.

Magazin Verlag, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82

Stellungnahme von ESF-Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Deutschland

Wir sind Teilnehmer der Delegation beim ESF in London aus Deutschland.

Wir bedanken uns bei den Organisatoren des ESF, den freiwilligen Helferinnen und Helfern, den Übersetzerinnen und Übersetzern, den Kulturschaffenden und allen, die mit ihren Organisationen, Verbänden und Netzwerken dazu beigetragen haben, dass das ESF in London zu einem vielfältigen Ereignis wurde.

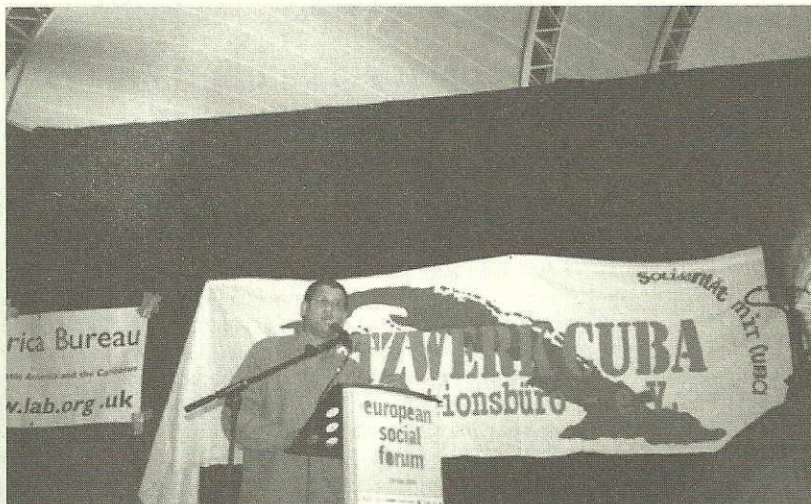
Das ESF war lebendig, jung und international. Eine Bereicherung für unsere Bewegung.

Wir schätzen es, dass es gelungen ist, in der Hauptstadt des Neoliberalismus in Europa einen Kontrapunkt gegen Privatisierung, Rassismus und Krieg zu setzen. Und wir denken, dass die Versammlung der Sozialen Bewegung mit ihren Beschlüssen am 19., bzw. 20. März 2005 in Brüssel und europaweit gegen das Projekt eines neoliberalen Europas und für den Truppenrückzug aus dem Irak auf die Straße zu gehen, wichtige praktische Schritte für unsere weitere Zusammenarbeit festgelegt hat.

Dass es gelungen ist, eine wirklich breite Trägerschaft für das ESF zu gewinnen - vom TUC, über den Bürgermeister von London, Ken Livingston, der Antikriegsbewegung bis hin zu antikapitalistischen Gruppen und horizontalen Netzwerken ist eine Stärke des ESF.

Dass es im Zuge dessen zu Konflikten gekommen ist, wundert uns nicht. Da prallen verschiedene Ansichten aufeinander und unterschiedlichste politische Traditionen. Diese Spannungen muss diese Bewegung aushalten, wenn sie die Vielfalt zulassen will. Im Großen und Ganzen ist es auf dem ESF gelungen, einen ernsthaften und solidarischen Umgang mit unterschiedlichen Positionen zu finden.

Von daher bedauern wir es ausdrücklich, dass eine Gruppe Autonome, die größtenteils nicht am ESF teilgenommen hat, keinen anderen Weg gesucht hat, ihre Kritik am ESF zu äußern, als durch die Störung einer Plenarveranstaltung. Wir halten es für nicht akzeptabel, dass es im Zuge dieser Störaktion - ausgerechnet bei der Veranstaltung über Rechtsextremismus und Faschismus in Europa - zu Handgreiflichkeiten gegenüber der Versammlungsleitung, einem Schwarz-



London

Foto: Stoll

en, gekommen ist.

Auch das Ziel der Aktion, Ken Livingston anzugreifen, halten wir für nicht hinnehmbar. Wir sind auch in vielen Punkten nicht mit seiner Politik einverstanden. Wer aber linke Sozialdemokraten ausschließen will, schließt hunderte, wenn nicht tausende Mitglieder der Sozialdemokratie aus, die offen sind für die Alternativen, die

die Bewegung bietet.

Im Übrigen ist jedes Sozialforum, ob Porto Alegre, Florenz, Mumbai oder Paris von sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien und Stadtverwaltungen ausgerichtet worden. Ein Sozialforum, das die Breite und Bedeutung haben will, kommt an diesem Spannungsfeld nicht vorbei.

Wir sind der Meinung, dass wir für das Sozialforum in Deutschland, als auch für das nächste Europäische Sozialforum in Athen im Bewusstsein aller Schwächen des Prozesses konstruktiv zusammenarbeiten und mehr Kräfte einbeziehen müssen.

Wir werden es nicht hinnehmen, wenn Teile der Bewegung sich nicht durch politische Debatte, sondern durch Störaktionen und den Einsatz von physischer Gewalt Gehör verschaffen.

Solidarische Grüße, Hüseyin Avgan, DIDF • Hugo Braun, Mitglied im Koordinierungskreis von Attac Deutschland • Christine Buchholz, ESF-Vorbereitung im Rahmen der Initiative für ein Sozialforum in Deutschland • Sevim Dagdelen, DIDF • Barbara Fuchs, Attac AG Globalisierung und Krieg • Kristine Karch, Netzwerk Cuba • Julius Klausmann, Gewerkschaftssekretär IG Metall • Helge Meves, Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit • Hans-Peter Richter, Deutscher Friedensrat in der Achse des Friedens Berlin • Elke Zwinge, Attac AG Globalisierung und Krieg u.a.

FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BERLIN - KUBA (FBK) E.V. ASOCIACION DE AMISTAD BERLIN - CUBA

Im vergangenen Oktober wurde unter dem provokanten Titel "Cuba no está sola - 30 Jahre Achse der Freundschaft Berlin-Kuba" in der Neuköllner Galerie Olga Benario eine Ausstellung eröffnet.

Die spanische Version ist bereits in Kuba zu sehen. Untermalt von den Klängen eines Duos kubanischer Musiker und nach einem Grußwort der Botschaft konnten die 30 großformatigen Tafeln bestaunt werden. Aus Anlass der Vereinsgründung 1974 präsentierten die Mitglieder bis zum 18.11.2004 eine Ausstellung über die Solidaritätsarbeit mit Kuba.

Und jeden Donnerstag gab es ab 19 Uhr eine Veranstaltung zu ausgewählten und aktuellen Themen - inklusive Mixgetränken. Das Spektrum reichte von Ökologie in Cuba, den Machenschaften des Bacardi-Clans gegen Cuba, einer Lesung über den Frauenalltag, den Geheimnissen des US-Armeestützpunktes Guantanamo bis zu einem Dominoabend.

www.fg-berlin-kuba.de und Telefon 2511297 (Jutta Kausch)

La Barrigona

Arbeits- und Bildungsaufenthalt in Pinar del Río, Cuba

April bis September 2005



La Barrigona Solidaritätsprojekt auf Cuba:

Mitarbeit beim Aufbau des Botanischen Gartens in der Stadt Pinar del Río, Exkursionen und Unterricht zum Thema Botanik und Ökologie.

Wahrscheinlich wird es auch wieder eine Gruppe von Oktober 2005 bis März 2006 geben.

Anmeldung und Kontakt zur Vorbereitungsgruppe:

Tel.030-21238609
Email:barrigona@fg-berlin-kuba.de
Freundschaftsgesellschaft Berlin -Kuba e.V.(FBK); Richardstrasse 104, 12043 Berlin-Neukölln
Internet: <http://www.fg-berlin-kuba.de>
Email:info@fg-berlin-kuba.de

La Barrigona,

so nennt sich eine vom Aussterben bedrohte Palmenart der Provinz Pinar del Río. Der Schutz bedrohter Pflanzenarten ist nur eine Aufgabe des seit 1998 im Aufbau befindlichen Botanischen Gartens in der gleichnamigen Provinzhauptstadt Pinar del Río.

La Barrigona nennen sich auch die halbjährlichen, von der Freundschaftsgesellschaft Berlin -Kuba e.V.(FBK) organisierten Arbeitsgruppen, die seit 1998 regelmäßig auf dem Gelände dieses Gartens arbeiten.

La Barrigona richtet sich an junge Menschen ab 18 Jahren, die bereit sind, für einige Monate ihren persönlichen Erfahrungshorizont hinter sich zu lassen, um in einem Land der sogenannten "3. Welt" bei der Realisierung des Projektes tatkräftig mitzuwirken.

Dies setzt Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Kulturen sowie Interesse an Politik, Ökologie und Botanik voraus. Solidarität mit einem Trikontland wird ebenso erwartet wie die Fähigkeit, in einer Gruppe leben zu können und Eigeninitiative zu entwickeln.

Projektbeschreibung

Schwerpunkt ist der Aufbau des Botanischen Gartens in Zusammenarbeit mit CubanerInnen. Die bisherigen Gruppen haben Setzlingsanlagen, ein Schattengewächshaus, Holzbrücken und Treppen gebaut sowie Wege und einen Gemüsegarten angelegt. Viele Bäume wurden bereits ausgepflanzt. Ihr werdet mithelfen, weitere Bereiche des Gartens zu gestalten und die Bestehenden zu pflegen, wobei Tätigkeiten wie jäten, gießen, hacken etc. auch dazu gehören werden.

Im Juni 2003 wurde der Garten vorzeitig eröffnet (ein Rundweg in einem kleinen Gebiet) und konnte bereits die ersten Besucher empfangen, obwohl es bis zu seiner endgültigen Fertigstellung noch Jahre dauern

wird. Für TeilnehmerInnen mit Fachkenntnissen (z.B. Studierende im Praxissemester) besteht die Möglichkeit an speziellen Aufgaben mitzuarbeiten: in den Bereichen Umwelterziehung, Gartenbau, Landschaftsarchitektur, oder im regenerativen Energieprojekt. Es ist möglich, das Projekt als Praktikum anerkennen zu lassen. Das reguläre Arbeitsprogramm wird, meist einmal die Woche, begleitet von projektbezogenem Unterricht in Botanik, Ökologie und Umweltbildung. Daneben werden Exkursionen in die verschiedenen phytogeographischen Regionen der Provinz durchgeführt. Des Weiteren besteht die Möglichkeit zu einem intensiven politischen und kulturellen Austausch.

Warum das alles ...

Ihr arbeitet mit CubanerInnen und lebt in einer Gemeinschaft mit anderen Jugendlichen aus der BRD. Ihr lernt eine neue Kultur, ein anderes Land und eine andere Gesellschaftsform kennen. Die landwirtschaftliche Arbeit und das Begleitprogramm bieten grundlegende Einblicke in die cubanische Gesellschaft und vermitteln Kenntnisse über Umweltfragen in Cuba.

...auf Cuba

Eure Mitarbeit sowie finanzielle Unterstützung für das Projekt sind für den Botanischen Garten von Bedeutung und haben darüber hinaus einen ideellen Wert. Denn als Land der sogenannten 3. Welt fehlen Cuba die Mittel, um sein Programm zur Sicherung von Biodiversität und Umwelt schnellstmöglich weiter zu entwickeln.

Unterkunft

Ihr wohnt im Gästehaus der Pädagogischen Hochschule in Pinar del Río (Instituto Superior Pedagógico, ISP) in einfach eingerichteten 2 oder 3 Bettzimmern. Ausflüge zum Strand, Radtouren und Begegnungen können selbst organisiert werden. Einfache Fahrräder werden euch zur Verfügung gestellt.

Kosten

Alle Kosten müssen von den TeilnehmerInnen selbst aufgebracht werden:

Die Anmeldegebühr beträgt 120 Euro.

Der Flug kostet ca. 800 Euro. Für Unterkunft, Verpflegung und Projektorganisation müssen in Cuba monatlich 300 US\$ bezahlt werden. Bei unter 27-jährigen kann das Kindergeld weiter gewährt werden und Studierende in geeigneten Studienrichtungen können Auslandsbafög beantragen.

Voraussetzungen zur Teilnahme

Teilnehmen können alle, die viel Engagement, Toleranz, Teamfähigkeit und Belastbarkeit mitbringen. Die Bereitschaft individuelle Interessen zurückstellen zu können sind genauso Bedingung wie:

Mindestalter 18 Jahre

Interesse an internationalem Austausch, Interesse an Politik, Ökologie und Botanik physische und psychische Voraussetzungen um körperliche Arbeit in subtropischem Klima verrichten sowie unter ungewohnten und nicht immer einfachen Bedingungen leben zu können

Spanischgrundkenntnisse (Nachweis)

Aktive Teilnahme an zwei Wochenendseminaren.

Handwerkliche / fachliche Kenntnisse werden begrüßt, sind aber nicht Bedingung

Es wird außerdem erwartet, dass sich alle bereits hier in der Vorbereitung inhaltlich mit Cuba beschäftigen.

Projektverantwortlich auf Cuba

Projektverantwortlich ist der Botanische Garten. Der Direktor des Botanischen Gartens, Dr. Urquiola, war auf Einladung der FBK im November 1997 zu einem Studien- und Erfahrungsaustausch in Berlin. Ein Ergebnis des Besuches ist die Unterstützung dieses Projektes.

Vorbereitung

Für die konkrete Vorbereitung des Aufenthaltes werden zwei Wochenendseminare (28.-30. Januar und 25.-27. Februar 2005) organisiert.

Anwesenheit bei den Wochenendseminaren ist eine notwendige Voraussetzung für die Teilnahme!

Jardín Botánico de Pinar del Río, Cuba

Ziele und Aufgaben

Die westlichste Provinz Cubas, Pinar del Río, zeichnet sich durch eine vielfältige Pflanzenwelt aus. Es gibt 3102 Arten, von denen 877 endemisch sind. Sie wachsen in fünf außergewöhnlich vielfältigen phytogeographischen Gebieten, welche wie ein ökologisches Mosaik nebeneinander liegen und die auf dem 64 ha großen Gelände des Botanischen Gartens nachgebildet werden sollen.

Artenschutz: Der Garten soll Strategien entwickeln, welche dem Erhalt der Biodiver-

Solidaritätsprojekt auf Cuba



Freundschaftsgesellschaft

Berlin - Kuba e.V.

sität (Artenreichtum) dienen, u.a. durch die Aufnahme von 225 bedrohten Arten. Wissenschaft & Forschung: Die systematische und toxikologische Erforschung bedrohter Arten und der Austausch mit anderen, auch internationalen Institutionen, werden bereits begonnen.

Umweltbildung: Das Wissen in der Bevölkerung soll erweitert und vertieft werden, um zu einer neuen Umweltkultur beizutragen.

Erholung: Der Botanische Garten wird ein neues Freizeit- und Erholungsangebot für die lokale Bevölkerung wie auch für den nationalen und internationalen Tourismus darstellen.

Wirtschaftliche Entwicklung / Finanzierung: Reproduktion ökonomisch wichtiger Arten, die für medizinische Zwecke, als Zierpflanzen oder zum Verzehr geeignet sind, deren Gebrauch zur Zeit noch unüblich oder unbekannt ist. Der vorgesehene integrierte Nutzpflanzenanbau wird für den regionalen Markt erfolgen und zur Selbstfinanzierung des Gartens beitragen. Weiter wird auf dem Gelände des Gartens ein Ecorestaurant (Ökorestaurant) entstehen, welches neben dem Angebot an vegetarischen Speisen den regenerativen

Kreislauf einer nachhaltigen Landwirtschaft demonstrieren wird.

Plan Energético, Nachhaltigkeit, Ökologie: Cuba als Land der sogenannten 3. Welt hat begonnen, die Ziele der "Agenda 21" umzusetzen. Dieses Projekt soll zeigen, dass durch den konsequenten Einsatz regenerativer Energien und die Ausschöpfung von Einsparpotentialen technischer Fortschritt ökologisch realisierbar ist. Das Konzept verfolgt den Gedanken der Nachhaltigkeit (genereller Verzicht auf chemische Düngung und Pestizide, Nutzung alternativer Techniken in der Wasseraufbereitung, bewusste Ressourcennutzung, Verwendung angepasster Baustoffe und bauliche Optimierung).

Weitere Aktivitäten der FBK

Wir organisieren politische Veranstaltungen
Wir organisieren Arbeitsbrigaden nach Pinar del Río.

Diese Gruppen arbeiten für je 3 Wochen in Cuba. Die nächsten Brigaden sind für März 2005 und September 2005 geplant. Bei Interesse Infomaterial anfordern!

Wir sammeln Sach- und Geldspenden, die an verschiedene Projekte und Organisationen in Pinar del Río weitergeleitet werden. Z.B. an ein Kinderkrankenhaus, eine Schule, einen Kindergarten und eine Fabrik, die Heilpflanzen verarbeitet.

Solidaritätsprojekt auf Cuba
Freundschaftsgesellschaft
Berlin - Kuba e.V.

CUBA LIBRE proudly presents: *Der kleine Barmixer*

Der "Mojito" ist viel mehr als ein cubanischer Drink.

Der "Mojito" ist eine Weltanschauung. Er ist das bevorzugte Getränk der Cuba-Soli-Bewegten. Gewiss, auch die Menschen, die "all inclusive" mit lustigen Pflanzenhüten aus Varadero zurückkehren, lieben ihn und stoppen an unseren Infoständen in der Fußgängerzone, um sich durch seinen typischen Geschmack an ihren Urlaub zu erinnern. Dagegen ist nichts einzuwenden. Viele von uns haben irgendwann einmal als "Neckermänner" angefangen. Ich auch. Trotzdem glaube ich, dass ganz speziell in unseren - politisch orientierten - Kreisen mehr "Mojitos" konsumiert werden als alle anderen cubanischen Cocktails zusammen genommen. Wir wissen nicht genau, warum. Aber müssen wir alles wissen?

Mit dem "Mojito" verbinden sich für mich zwei (heimische) Anekdoten.

Anekdote 1: Dirk, unser mehrmaliger Aufnahmeleiter beim Medienforum von "Radio DU", arbeitete ehrenamtlich bei den Maltessen. Eines Samstagnachmittags - auf dem alljährlichen Fest der "Falken" - hatte er diese Funktion. Mit Uniform und allem Drum und Dran. Es war Juli, es war heiß und ihn gelüstete nach einem "Mojito", denn dass der lecker ist, wusste er von unseren anderen Ausschänken. Da er aber seinen Job als Sanitärer durchaus ernst nahm, bestellte er einen ALKOHOLFREIEN "Mojito". Es muss wohl eine interessante Erfahrung gewesen sein, aber, wenn ich sein Mienenspiel beim ersten Schluck richtig gedeutet habe, nicht unbedingt zur Nachahmung empfohlen.

Anekdote 2 rankt sich um den Mythos des "hierba buena", jener besonderen Minze, ohne die ein "Mojito" angeblich nur eine lächerliche Karikatur des echten ist. Wir hatten anlässlich des 1. Mai einen

Stand im Duisburger DGB-Haus. Ein Latino, der gleich zwei ansehnliche Frauen untergehakt hatte, versuchte denen zu verklickern, das sei endlich mal ein richtiger "Mojito", keine dieser Spottgebirten mit ordinärer Pfefferminze. Dabei bin ich mir zu, sagen wir, 95% sicher, dass es genau das war: stinknormale Minze vom örtlichen Großmarkt. Doch was hätte ich tun sollen? Mit ihm Streit anfangen?

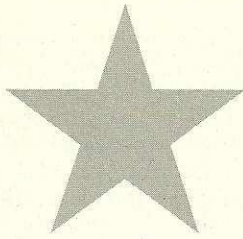
In den östlichen Provinzen haben sie gelegentlich eine Variante, die darin besteht, ein, zwei Spritzer Angostura in den "Mojito" zu geben. Apropos Angostura: "Mojito" mit diesem Zeug (das aussieht wie Maggi, aber nicht so schmeckt) habe ich zum ersten Mal im schnuckeligen Camagüey Flughafen "Ignacio Agramonte" probiert. Der Barkeeper dort brauchte sage und schreibe eine Viertelstunde, bis er den Drink fertig hatte. Das Resultat war dann auch lecker. Aber die braune "Sauce" verfremdet das Getränk schon ein wenig, so dass ich Puristen eher davon abraten würde.

Standardrezept für einen "Mojito":

- einen guten Teelöffel Rohrzucker in ein hohes Glas geben
- einen Puppenlöffel Limonensaft hinzufügen
- 5-6 cl dreijährigen Havana Club hineinschütten
- einige gekürzte Stiele Minze dazu
- umrühren und dann die Stiele gegen Boden und Seitenwände pressen
- einige Eiswürfel hinein
- mit Mineralwasser auffüllen
- abermals (vorsichtig!) umrühren

Salud!

UF



Weltfestspiele der Jugend und StudentInnen

Es ist so weit. Am 11.9. wurde das bundesweite Vorbereitungs-komitee zu den 16. Weltfestspielen in Venezuela gegründet.

Als nächstes gibt es zwei Hauptaufgaben:

Für das nächste Treffen am 20. November eine möglichst große Anzahl von Organisationen gewinnen, die sich in den Vorbereitungsprozess und die Weltfestspiele einbringen. Dazu sind alle gefordert.

Macht Werbung für das Festival und ladet Interessierte ein! Natürlich sollt ihr auch selber kommen.

Zweiter Schritt: Möglichst viele Regionale Vorbereitungs-komitees zu gründen um die Werbung vor Ort verstärken zu können.

Für Rückfragen gibt es eine eigene e-mail Adresse: kontakt@weltfestspiele.de

Aufruf an die Jugend und Studenten der Welt zu den 16. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Caracas, Venezuela

Die Jugend stellt die fortschrittlichste, radikalste und dynamistischste Kraft der Gesellschaft dar. Sie ist die kontinuierlich vorantreibende Kraft für soziale Veränderung und Fortschritt. Die Zukunft in jedem Land wird gestaltet durch die vereinigten Bemühungen der Jugend, was sie zu einem der Hauptangriffsziele der kapitalistischen Globalisierung und der ideologischen Offensives des Imperialismus macht. Junge Menschen haben eine effektive Rolle im Kampf gegen diese Offensive gespielt. In jedem Land gibt es Widerstandsbewegungen gegen den Imperialismus, die für ein neues soziales System kämpfen und die Idee, dass der Kapitalismus die einzige Option ist, zurückweisen sowie die Kraft des Volkes als die reale Alternative gegen die neoliberale Politik darstellen. Die massiven und globalen Demonstrationen gegen den Krieg im Irak, gegen die FTAA (ALCA) und gegen die NATO waren Ausdrücke des Widerstandes der Jugend und der Völker.

Mit den Änderungen der Kräfteverhältnisse in der Welt, haben die imperialistischen Mächte ihre Aggressionen gegen die Menschheit und ihre Naturressourcen gesteigert und handeln dabei mehr und mehr gemeinsam. Zur Erhaltung und Intensivierung ihrer Hegemonie starteten der US-Imperialismus und seine Alliierten im Namen des sogenannten "Krieg gegen den Terror" und der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen einen militärischen Kreuzzug gegen jeden, der sich ihnen in den Weg stellt. Aus dieser Politik resultieren die Besetzung des Irak, die anhaltende Aggression gegen Palästina und die wirtschaftlichen Blockaden und Drohungen gegen Kuba, Venezuela, Nordkorea und Syrien. Sie ist auch der Grund für das Leiden in Afrika, in Ländern wie der Westsahara, dem Sudan und Simbabwe durch auferlegte Sanktionen und die Einmischung in interne Angelegenhei-

ten. Das wirkliche Gesicht der Aggression, der Ungerechtigkeit und der Barbarei lässt die Militarisierung der Gesellschaft und ihrer Wirtschaft gegen das Wohlbefinden der Völker zu.

Die jungen Menschen in der Welt sind ernsthaft betroffen durch die Auswirkungen der imperialistischen und neoliberalen Politik der internationalen Institutionen wie IWF, WTO, G8, Europäische Union und Weltbank. Gleichzeitig wird der Graben zwischen Arm und Reich, zwischen den entwickelten und unentwickelten Ländern, immer größer. Ausbeutung, Hunger, Arbeitslosigkeit, Mangel an Gesundheitsversorgung, Armut und Leiden steigen kontinuierlich an und sind Resultate der imperialistischen Wirtschaft, Politik und Militärpolitik, die sich in katastrophalen Auswirkungen auf Millionen von Menschen überall in der Welt äußern.

In verschiedenen Formen kämpft die Jugend in der ganzen Welt gegen Ausbeutung, Blockaden, Embargos, Sanktionen, rassistische Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Wir kämpfen für Frieden, nationale Souveränität, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie, Sicherheit, internationale Solidarität und für eine Welt ohne Atomwaffen. Wir fordern den Respekt gegenüber und die Verteidigung von demokratischen und Menschenrechten, sozialer Gerechtigkeit, Frauenrechten, nachhaltiger Entwicklung und der Umwelt. Wir fordern, dass jeder den Zugang zu Beschäftigung mit Würde, Arbeitsrechten, Bildung, Gesundheitsversorgung, Sport, Kultur und Technologie hat.

Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die 1947 das erste Mal stattfanden, sind das größte Ereignis, das von der fortschrittlichen und demokratischen Jugend weltweit organisiert wird. Die WFS sind einer der wichtigsten Ausdrücke der antiimperialisti-

schen, antifaschistischen und antikolonialistischen Kämpfe der Jugend. Nach den erfolgreichen 15. Weltfestspielen in Algerien 2001, die das erste Mal in Afrika und in der arabischen Region stattgefunden haben, werden die 16. WFS vom 5. bis 13. August 2005 in Caracas, Venezuela, stattfinden.

Die 16. WFS in Venezuela unterstreichen und verstärken den Weltfestspielcharakter und die Ausrichtung als ein internationales, antiimperialistisches, politisch-kulturelles und in den Massen verankertes Ereignis der Jugend und Studenten. Es sorgt auch für die Gelegenheit, unsere Solidarität mit der Jugend und des Volkes Venezuelas, ihre bolivari-schen Revolution und allen kämpfenden Menschen auf der Welt zu verstärken.

Die 16. Weltfestspiele sollen weiterhin die Vielfältigkeit und den Reichtum aller Ausdrücke der internationalen Jugend- und Studentenbewegungen widerspiegeln, die sich zum Charakter und zur Idee der Weltfestspiele bekennen, ebenso wie ihr Kämpfe und Forderungen. Das Festival wird ein Raum zum Austausch von Ideen und Erfahrungen sein und es bietet eine Plattform, um unsere Anstrengungen zu koordinieren und die Kämpfe in unseren jeweiligen Ländern zu intensivieren.

Die 16. WFS sind ein großartiger Moment, um unsere Anstrengungen zu verstärken und auf der Basis gemeinsamer Grundlagen und Interessen den Kampf gegen Imperialismus zu intensivieren. Wir rufen alle Jugendlichen und Studenten auf, an diesem Kampf teilzunehmen und aktiv für die Teilnahme und Stärkung der 16. Weltfestspiele zu arbeiten.

Für Frieden und Solidarität, wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg!

Arbeiten wir für erfolgreiche 16. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Caracas, Venezuela!

Brasilia, Brasilien, Juni 2004

Bundesweites Vorbereitungskomitee für die 16. Weltfestspiele gegründet

Im August 2005 werden die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Caracas, Venezuela, stattfinden. Es werden 15. - 20.000 Jugendliche und Studenten aus allen Teilen der Erde erwartet, um gemeinsam zu diskutieren, zu planen und natürlich auch Spaß zu haben.

Bereits im Juni diesen Jahres lud der Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) zu einem ersten internationalen Vorbereitungstreffen ein, an dem sich weltweit über 60 Jugendorganisationen beteiligten. Das Vorbereitungskomitee aus Venezuela, das 35 Jugendorganisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen vereinigt, präsentierte erste Planungen. Als Motto und damit auf eine grundsätzliche Ausrichtung für die 16. Weltfestspiele einigte man sich auf den Slogan "Für Frieden und Solidarität - wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg".

Um möglichst vielen Jugendlichen aus Deutschland die Möglichkeit zu bieten an den Weltfestspielen in Venezuela teilzunehmen wurde am vergangenen Wochenende im Berliner DGB-Haus ein bundesweites Vorbereitungskomitee gegründet. Zum Gründungstreffen waren unter anderem Vertreterinnen und Vertreter von der IG-Metall-Jugend, von der ver.di Jugend Bayern, von der jungen GEW, des Aktionsbündnis Venezuela, des Bündnisses "Hands off Venezuela" sowie der Jugendorganisationen solid, SDAJ und AMS angereist.

Obwohl dieses Spektrum für ein erstes Treffen zur Vorbereitung der Weltfestspiele den Kreis der üblichen Verdächtigen deutlich sprengte, war man sich schnell einig: das kann nicht alles sein. Der Kreis soll größer werden. Wie ist es mit den Pfadfindern? Ja, warum nicht. Alle Jugendlichen, die sich in diesem Land bewegen und für ihre Rechte

eintreten, sollen mit. Ausgenommen sind Rassisten, faschistische Organisationen und religiöse Extremisten. Das entspricht dem Ursprung der Weltfestspiele, denn das traditionelle Festival entstammt der unmittelbaren Nachkriegszeit als eine Lehre aus dem Faschismus. Die Weltfestspiele sind ein Ort an dem sich die fortschrittliche Jugend der Welt trifft, austauscht, streitet, über Alternativen zum Kapitalismus berät, gemeinsame Aktivitäten verabredet und gemeinsam feiert.

Nach einer Zwangspause nach 1989 hat Kuba 1997 mit seiner Einladung an die Jugend der Welt, der 12 000 Teilnehmer folgten, dafür gesorgt, dass die Tradition der Weltfestspiele weitergeführt werden konnte. 2001 trafen sich 8 000 Jugendliche zum Festival in Algerien. Mit Venezuela soll nun ein neuer Schritt getan werden: 20 000 Jugendliche in Caracas sind das Ziel.

Um sich mit dem Ziel der Reise vertraut zu machen, hatten die Organisatoren des ersten Treffens André Scheer, Autor des Buches "Kampf um Venezuela", eingeladen. Dieser informierte über den bolivianischen Prozess in Venezuela, die Versuche der Opposition, diesen zu stoppen, und die Situation nach dem von Hugo Chávez gewonnenen Referendum. Im Anschluss berichtete Tinas Sanders von der SDAJ über den bereits begonnenen Vorbereitungsprozess des Festivals auf internationaler Ebene. Über 60 Organisationen hatten im Juni in Brasilien

einen politischen Aufruf mit dem Titel "Für Frieden und Solidarität - Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg" verabschiedet und erste organisatorische Absprachen getroffen.

Am Ende des Treffens in Berlin wurde ein sechsköpfiges Koordinierungsgremium gewählt. Er wurde damit beauftragt, Gespräche mit den noch zu gewinnenden Organisationen zu führen und Überlegungen für die Spendensammlung zum internationalen Solidaritätsfonds anzustellen, der Jugendlichen aus armen Ländern die Teilnahme am Festival ermöglichen soll. Ferner soll das Koordinierungsgremium einen Vorschlag für einen bundesweiten Aufruf zu den Weltfestspielen erarbeiten und erste Ideen für das politische Programm entwickeln. Ein nächstes Treffen ist für den 20. November geplant. Neben dem bundesweiten Vorbereitungskomitee sollen nun vor allem regionale Vorbereitungskomitees ins Leben gerufen werden. Teilnehmer aus Bayern, NRW, Niedersachsen, Hamburg und Berlin kündigten an, in ihren Regionen zu Treffen einzuladen. Hier müsse es zunächst darum gehen, über die Idee des Festivals zu informieren und dafür zu werben, denn welcher normalsterbliche Jugendliche verbindet heute etwas mit dem Begriff Weltfestspiele? Als Erste-Hilfe-Tip sei ein Blick auf die Seite www.weltfestspiele.de empfohlen.

Das Vorbereitungskomitee ist unter kontakt@weltfestspiele.de zu erreichen.

Protokoll:

Vorbereitungstreffen zur Bildung des bundesweiten Vorbereitungskomitees (BVK)

Anwesend: 27 Personen aus verschiedenen Strukturen (Aktionsbündnis für Venezuela, RedGlobe, sdaj, „solid“, GEW-Hochschulgruppe Osnabrück, FDJ, Jugendbeauftragter der DKP, AMS, IG Metall-Jugend (noch inoffiziell), davon auch ein Vertreter des Internationalen Arbeitskreises, Funke, "Hands off Venezuela", Jugend- und Kulturforum Eschborn (-> Jugendzentrum), Kulturvereinigung Leverkusen e.V. und verdi-Jugend Bayern. Der Presseattaché der Botschaft von Venezuela, Carlos Vera Vivas war auch einige Stunden unter uns.

Nach einem Referat von André Scheer zur momentanen Lage in Venezuela mit kurzem geschichtlichen Rückblick folgte ein Bericht von Tina Sanders über das erste internationa-

le Vorbereitungstreffen für die Weltfestspiele, an dem sie als Vertreterin der sdaj (Mitgliedsorganisation der WBDJ) teilnahm. Das Treffen fand in Brasilien 7. - 9. Juli statt. Dort wurde neben dem Veranstaltungsort/-land (Caracas/Venezuela) auch das Logo (Stern der zur Taube wird siehe www.weltfestspiele.de) und das Motto "Für Frieden und Solidarität, wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg!" verabschiedet. Weltbund demokratischer Jugend (WBDJ) war Einladener hierfür. 60 Jugendstrukturen hat der WBDJ. Teilnehmerzahl von 15.000 bis 20.000 vom 5.-13. August 2005, Unterkunft in Caracas Studentenunterkünfte und Hotels, Anreise soll Sa/Sa sein, also insgesamt 2 Wochen, für die Tage vorher wird es auch "Programm"

geben.

Internationales Vorbereitungskomitee (IVK) trifft sich wieder im Januar (in Vietnam) und im April in Portugal (Lissabon).

Am 8./9. Mai internationaler Mobilisierungstag (Aktionstag) zum Thema "Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus" - Hierzu sollen auch Veranstaltungen in Caracas laufen zu Themen wie 60 Jahre nach der Atombombe auf Hiroshima und 2. Weltkrieg (während der WFS).

Demnächst wird von dem Vorbereitungskomitee in Venezuela eine PowerPoint-Präsentation zu den Planungen vor Ort verschickt. Weitere technischen Details werden erst auf dem nächsten Treffen im Januar besprochen.

Die Anmeldung wird nur über die nationalen Vorbereitungskomitees (NVK) laufen.

Treffen der NVK Europas die dem IVK gemeldet worden sind, ist 3. - 5. Dez. in Prag.

Delegiertenschlüssel / Anmelde-schluss wurde noch nichts beschlossen, das letzte mal waren es ca. 500 Teilnehmer aus Deutschland; nur mit Delegiertenausweisen wird der Zutritt zu den Veranstaltungen möglich sein. Die Teilnahmegebühr wird sich für uns vermutlich auf ca. 250-300 Dollar belaufen, was für den ganzen Zeitraum nicht wirklich viel ist.

Ziel ist es, als gemeinsame deutsche Delegation aufzutreten, nicht wie in Havanna bei den vorletzten WFS mit 3 deutschen Delegationen.

Es wird Diskussionsforen mit Simultan-Übersetzung in 4 Sprachen geben. Geplant sind Spanisch, Englisch, Arabisch (oder Französisch) und Portugiesisch. Themenvorschläge können über das BVK eingereicht werden, Ideenentwicklung innerhalb der Organisationen.

So genannte Clubs für die fünf Weltregionen bieten weitere Möglichkeiten von Veranstaltungsangeboten, es wird je eine Eröffnungs- und Abschlussveranstaltung geben.

Bis zum Frühjahr soll das Programm ste-

hen. Zielgruppen nach innen (andere Gruppierungen) und außen.

Beschlussfassung: "Bundesweites Vorbereitungskomitee" ist der offizielle Name dieses Kreises und ist hiermit gegründet.

Dies wird dem WBDJ so mitgeteilt.

Anschließende Diskussion, welche Jugendorganisationen noch angesprochen werden sollten, um beim bundesweiten Vorbereitungskomitee mitzuarbeiten:

Gewerkschaften (DGB-Jugend); Jugend- und Auszubildendenvertretungen; • Schülervertretungen (GSV - Lea Voigt) • Antifaschistische Bewegung (VVN-Jugend) • Friedensgruppen (Friedenskoordination) • Hochschulgruppen; AStA • Öko (BUND, Naturfreunde-Jugend) • Partei-Jugend (z. B. JUSO) • Lateinamerika Komitees • Unabhängige Jugendstrukturen (Falken, DIDF, SAV, RSB, JD/JL, Arbeiterbund) • Bundesjugendring/Landesjugendring • attac

Regionale Vorbereitung (Teile des BVK)

Wo möglich sollen Vorbereitungsgremien in den Bundesländern und Kommunen gegründet werden, die mit dem BVK in Kontakt stehen und Vertreter auf die Treffen entsenden.

Aufbau regionaler Strukturen

Idee der Weltfestspiele transportieren, kommunizieren und dafür werben. Rück-

sprache zum BVK über die einbezogenen regionalen Strukturen.

E-Mail (kontakt@weltfestspiele.de),

Telefon und Adresse?

www.weltfestspiele.de

Mailverteiler für die Teilnehmer der Vorbereitungstreffen wird erstellt.

Termin für nächstes Bundestreffen vor Prag: 20. November (auf der Schiene FF/M, Hannover, Kassel, Göttingen - über Mail); alles weitere wird vom Koordinierungsrat geplant (wie Uhrzeit, Übernachtung, Tagungsräume) Koordinierungsrat besteht aus 5 Personen. Diese sind per Mail unter

kontakt@weltfestspiele.de oder unter

Bjoern@weltfestspiele.de,

mirko@weltfestspiele.de,

claudia@weltfestspiele.de,

Mario@weltfestspiele.de,

romana@weltfestspiele.de,

viktor@weltfestspiele erreichbar.

Aufgaben: bundesweiter Aufruf (Entwurf für nächste Sitzung), internationalen Aufruf kommunizieren, Soli-Fond, Jugendstrukturen einladen (siehe Liste), Mitteilung an NVK Venezuela und IVK/WBDJ (Englisch, Französisch, Spanisch) von diesem Treffen, Pressemitteilung, Finanzen, Konto, Materialien, Einladung, Protokoll, Vorschläge für Veröffentlichungen

Jugendliche aus Europa halfen bei der Renovierung der Universität von Matanzas

Du musst verstehen, die Schlacht der Ideen ...

An der Uni-Matanzas auf Kuba flattert vor einem Studentenwohnheim ein Transparent. "Geiz an der richtigen Stelle. Ausbildung, Bildung und Gesundheit für alle und zwar kostenlos! Viva Cuba!" In dem Wohnheim sind seit etwa zehn Wochen 80 Jugendliche, die meisten junge Sozialisten und Kommunisten, aus Europa zu Gast. Gemeinsam mit kubanischen Facharbeitern beteiligen sie sich an der Renovierung der Universität.

Für die Renovierungsarbeiten haben zehn kommunistische Jugendverbände aus Europa und Nordamerika im Rahmen des "proyecto solidaridad 2004" über 40 000 US-Dollar gesammelt. In der BRD brachte die SDAJ, die den Vorschlag zu diesem Projekt gemacht hatte, alleine über 12 000 US-Dollar zusammen. In drei je vier-wöchigen Arbeitseinsätzen legten 80 Jugendliche dann auf dem Campus selbst mit Hand an. Zur Zeit (September) sind noch 30 Jugendliche aus der BRD, aus Spanien und Griechenland in Matanzas.

Baubrigaden werden von der "Schlacht der Ideen" gelenkt

Das eigentliche Projekt, die komplette Renovierung von drei Hörsaalgebäuden, konnte nicht realisiert werden. Das hatte keineswegs mit mangelnder Motivation der Brigadistinnen und Brigadisten zu tun, sondern viel mehr mit der aktuellen Situation auf

Kuba. Die kubanische Baubrigade, die das Projekt gemeinsam mit den Brigadistinnen und Brigadisten umsetzen sollte, war erst gar nicht und später nur zum Teil an der Universität. Andere Programme und

Projekte hatten Vorrang. "Du musst verstehen, die Schlacht der Ideen ...", wurde uns erklärt. Und dann fegten auch noch Charly und später Ivan über die Insel und richteten verheerende Schäden an, die es zu beseitigen gilt.

Für uns war das nicht einfach zu verstehen. Wir kommen nach Kuba um zu helfen und können nicht so nach Kräften zupacken, wie wir es uns vorgenommen hatten. Es hat viele Gespräche gebraucht um zu begreifen, dass nicht eine internationale Solidaritätsbrigade, sondern die kubanische "Schlacht der Ideen" Baubrigaden in Gang setzt.

Kuba steht unter Druck. Nachdem Colin Powell am 1. Mai einen 500seitigen Bericht unter dem Titel "für ein freies Kuba" mit "Empfehlungen für den Sturz Fidel Castros" vorlegte, haben die USA die Daumenschrauben noch einmal angezogen. Die Angriffe gegen Kuba werden stärker und gehen über Provokationen a la "Kubas Regierung organisiert Sextourismus und Kinderprostitution", über die man nur müde lächeln kann, hinaus. Sie zielen in erster Linie darauf ab, Unruhe und Unzufriedenheit in der Bevölke-

rung zu schüren, Proteste im Land zu organisieren und eine neue Flüchtlingswelle zu erzeugen.

Die Priorität liegt darauf, einen Krieg zu verhindern

Am härtesten treffen Kubas Bevölkerung momentan die Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr von Devisen aus Miami und die Einschränkung der Besuche von Exilkubanern. Die Miami-Dollar sind nach den Einnahmen aus dem Tourismus-Sektor Kubas Devisen-Quelle Nummer zwei. Während unseres Aufenthalts wurden die Preise in den Dollargeschäften gleich zweimal deutlich angezogen. Das sorgt für Ärger. Nach Einschätzung der kubanischen Genossen wird unter anderem so versucht, einen Kriegsgrund zu konstruieren.

Folgerichtig bereitet sich Kuba intensiv auf eine militärische Intervention vor. In Matanzas konnten wir an mehreren Stellen den Bau neuer Verteidigungsanlagen beobachten. Partei-, Jugendverbands- und CDR-Funktionäre werden massenhaft zu Militärübungen eingezogen. Die Antwort der kubanischen Genossinnen und Genossen ist klar: Die Yankees sollen nur

kommen. Wir sind vorbereitet und wir sind nicht der Irak oder Jugoslawien.

Wir freuen uns über den Mut und die Zuver-

sicht unserer Genossinnen und Genossen. Ganz überzeugt sind wir aber angesichts der militärischen Stärke der USA nicht. Und nicht nur deshalb sind wir uns beim nächsten Punkt mit den Genossen absolut einig: Die Priorität liegt darauf, einen Krieg zu verhindern.

600 Programme zur Verteidigung der Revolution

Deshalb steht neben der militärischen Vorbereitung vor allem die Intensivierung der "Schlacht der Ideen" auf dem Programm. Sie wurde 1999 ausgerufen als es darum ging den kubanischen Jungen Elian aus den USA zurückzuholen. Die Massenmobilisierung stand im Vordergrund. Es ging darum den USA zu zeigen, dass das kubanische Volk hinter der Revolution steht. Die US-Regierung lächelte kalt und prophezeite, dass Kuba eine solche

Mobilisierung nicht lange durchhalten könne. Fünf Jahre später ist die Schlacht der Ideen auf Kuba in aller Munde, auf vielen Wänden in Bildern und Schriftzügen festgehalten und in Bewegung.

Hauptbestandteil der Schlacht sind 600 konkrete Programme zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Revolution. 160 dieser Programme liegen allein in der Verantwortung des kubanischen Jugendverbandes und des Studentenverbandes FEU. Andere werden vom Frauenverband, von den Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR), von den Gewerkschaften und natürlich von der Partei durchgeführt. Unter Einbeziehung möglichst großer Teile der Bevölkerung werden mit diesen Programmen vor allem offensichtliche Missstände angegangen.

Zu den Programmen gehört zum Beispiel der Aufbau von Fachhochschulen in den Provinzen. Flächendeckend werden momentan auch Sekundärschulen gebaut, bestückt und umstrukturiert. Zum Grundprinzip gehört, dass ein Lehrer nicht mehr als 15 Schülerinnen und Schüler betreut und unterrichtet. Jede dieser Schulen hat einen Computerraum, jede Klasse einen Fernseher und Video-Rekorder. In ländlichen Gebieten werden die Sekundärschulen mit

Solaranlagen betrieben. In Gebieten mit weniger als 15 Kindern wird von dem Standard nicht abgerückt. Und diese Gebiete sind es vor allem, die Nachholbedarf haben. Parallel läuft ein Programm zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, um den erhöhten Bedarf zu decken. Besonderen Nachholbedarf gibt es bei Kindergärten. Auch in Matanzas gibt es noch viele

Viertel ohne Kindergarten. Auch hierzu läuft ein Revolutionsprogramm. Beim Besuch eines solchen neuen Kindergartens erstaunte uns wohl am meisten die Öffnungszeit: 7 bis 19 Uhr.

Zwischen Spitzhacke und Diskussionsrunde

Und die Brigade? Es ist klar, wenn arbeitswichtige Brigadistinnen und Brigadisten auf Kuba sind, finden sie Arbeit. Mit Hilfe des örtlichen Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) taten wir eine Bausstelle

in Matanzas auf. Ein ganzer Straßenzug mit recht zerfallenen Altbauten wurde dort renoviert und auf Vordermann gebracht, um eine Hochschule für Kunst und Musik inklusive Kulturzentrum einzurichten. Keine Frage: Der flächendeckende Aufbau solcher Kunst- und Musikhochschulen ist eines der 600 Revolutionsprogramme im Rahmen der Schlacht der Ideen. Dort gab es genug zu tun und Spitzhacke und Schaufel kamen in Bewegung. Und auch an der Universität wurde gearbeitet. Gebäude wurden von Schutt befreit und auf die Renovierung vorbereitet, Hörsäle und Fenster wurden gestrichen und Mauern gezogen. Die Renovierung an der Universität geht auch ohne die Brigaden weiter und wird durch das "proyecto solidaridad 2004" finanziell abgesichert.

Wir waren also nicht untätig. Und hinzu kam: Ein Zeitplan, der nicht von acht Stunden Arbeit am Tag ausgefüllt wurde, ließ uns viel Platz, um Gespräche zu führen, zu diskutieren, zu beobachten, zu lernen. Diskussionsrunden mit den Massenorganisationen, Vorlesungen über die Geschichte Kubas, den Fall der Miami 5 und Museumsbesuche standen auf dem Programm. Weitere Programmpunkte wurden mit ausländischen Studierenden aus Venezuela, Kolumbien und dem Libanon selbst organisiert. Über 600 Jugendliche vor allem aus Lateinamerika und Afrika haben in Matanzas die Möglichkeit kostenlos zu studieren. So haben wir Kuba, seine Menschen und seine Realitäten kennen gelernt und damit das wichtigste Ziel unserer Brigadetätigkeit erreicht.

Gut, dass wir verglichen haben. 7:0 für Kuba!

Im Vorfeld des Kuba-Projektes hatten auch wir eine kleine "Schlacht der Ideen" ausgerufen. Mit dem Slogan "Gut, dass wir verglichen haben ..." stellten wir die BRD auf den Prüfstand. Das Ergebnis war eindeutig: 7:0 für Kuba. Ob im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen oder in Demokratiefragen, Kuba liegt ganz weit vorne. Davon konnten sich die Brigadistinnen und Brigadisten in Matanzas live überzeugen. Es hat stark beeindruckt, welche Kraft das kubanische Volk in die Lösung der anstehenden Probleme steckt, mit welcher Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit an Schwächen herangegangen wird. Es hat beeindruckt, wie erkennbar die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen. Und auch wie Menschen miteinander umgehen und diskutieren. Vier Wochen Brigade haben einen Einblick gegeben, dass und wie Sozialismus funktioniert und dass ein System, das ohne Sozialkalkül, Bildungsklausur und Demokratieabbau auskommt, in dem der Mensch und seine Interessen im Mittelpunkt steht, möglich ist.

Da kann es auch für uns nur heißen: Die Schlacht der Ideen wird fortgesetzt.

Die Brigadistinnen und Brigadisten werden nun ausschwirren und über das Erlebte, Gehörte, Gesehene berichten. Das hilft Kuba, weil es darum geht der Mauer des

Schweigens entgegen zu wirken, die Propagandalügen á la "Organisierter Sextourismus" zu entkräften und die Solidaritätsbewegung mit Kuba zu verbreitern. Das hilft uns, weil wir in Zeiten von Jugendarbeitslosigkeit, Hartz-IV-Zwangsarbeit und Bildungsabbau sagen können: Es geht auch anders. Aus eigenem Erleben lässt sich leichter über die Systemalternative diskutieren. Was auf dieser Seite bruchstückartig festgehalten wird, können 35 Brigadistinnen und Brigadisten aus der BRD mit Leben füllen. Ladet sie ein und lasst sie zu Wort kommen. *Thomas Berns, Wera Richter*

Macht Euch keine Sorgen!

Pablo Alberto ist Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes in Matanzas. Gemeinsam mit weiteren Genossinnen und Genossen hat er die drei Brigaden rund um die Uhr betreut. In seiner jüngsten Mail schrieb er: "Ich weiß nicht, ob ihr über den Hurrikan 'Charly', der vor zwei Wochen Kuba überquert hat, gelesen habt. Er hat großen Schaden angerichtet und vor allem viele Häuser in Havanna und Pinar del Rio beschädigt. Wir haben immer noch Probleme mit dem Strom, weil der Hurrikan ein wichtiges Kraftwerk in Havanna zerstört hat. Aber macht euch darüber keine Sorgen, wir werden die Probleme bald lösen. Das Ärgerlichste ist, dass dieser Hurrikan unserer Wirtschaft erneut mehrere Millionen Dollar kostet.

Dass ihr als Ehrenmitglieder an unserer Universität aufgenommen wurdet, waren keine leeren Worte. Ihr sollt wissen, dass ihr hier immer willkommen seid. Für uns ist es sehr wichtig, dass es Menschen wie Euch auf der Welt gibt, die unseren Kampf unterstützen. Euer Aufenthalt hat uns, den jungen Kommunisten auf Kuba, neue Kraft und neuen Mut gegeben, die Revolution weiter voranzutreiben und den Imperialismus in seine Schranken zu verweisen.

Ihr habt ein Stück der kubanischen Realität kennen gelernt und wir sind sicher, dass ihr euren Freunden und Genossen davon berichtet. Das ist die größte Unterstützung, die ihr für die kubanische Revolution leisten könnt.

Für die Demonstrationen in eurem Land gegen den Abbau sozialer Rechte und eure Arbeit in Deutschland wünschen wir euch großen Erfolg!

Wir gehen wieder hin! Interview mit Fiona und Tamara Baur aus Irland

Fiona und Tamara Baur aus Irland waren mit auf der ersten der drei Kuba-Brigaden. Wieder in Irland angekommen, berichteten sie in der Zeitung der Irischen Kommunistischen Partei, Unity, über das Projekt.

Unity: Wie war eure Zeit auf Kuba?

Fiona Baur: Sehr gut. Wir hatten ein paar Probleme mit der Arbeitsorganisation, weil die kubanischen Bauarbeiter mit einem

anderen Projekt beschäftigt waren und verspätet zu uns kamen. In dieser Zeit arbeiteten wir mit dem CDR (Komitee zur Verteidigung der Revolution). Diese Organisation hat ein super Netz in ganz Kuba und hilft bei allen Problemen, die die Menschen dort haben. In Matanzas bauen sie zur Zeit eine Musikschule. Dabei halfen wir dann.

Unity: Ihr wart beide vorher schon auf Kuba. Wie bewertet ihr die politische und wirtschaftliche Situation dort?

Tamara Baur: Die Lage ist sicher bei weitem nicht einfach, aber die Stimmung der Menschen ist sehr gut. Überall, wo wir hinkamen, waren die Menschen optimistisch.

Und was das US-Säbelrasseln angeht: Alle, die wir trafen - und ich meine wirklich alle, vom Politiker bis zum Kantinenreiniger an der Uni - sind bereit das sozialistische Kuba zu verteidigen.

Fiona: Mir sind wirtschaftliche Verbesserungen aufgefallen seit ich das letzte Mal da war. Der öffentliche Verkehr läuft und ist gut organisiert, der Tourismus wächst und die Versuche, auf dem Gebiet des Gemüseanbaus vorwärts zu kommen, sind erfolgreich.

Unity: Was habt ihr neben der Arbeit auf Kuba gemacht?

Fiona: Wir hatten ein riesiges Informations- und Kulturprogramm. Wir trafen die Studentenorganisation FEU, das oben schon

erwähnte CDR und die Frauenorganisation FMC. Wir besuchten Museen, nahmen an der Examensfeier der Studenten teil und hörten Vorlesungen über die Geschichte Kubas, aber auch über aktuelle Themen wie über das Schicksal der Miami Five.

Unity: Bleibt ihr mit den neuen Freunden aus der BRD in Kontakt?

Tamara: Natürlich! Wir bleiben in Kontakt und treffen uns alle in Deutschland beim UZ-Pressfest in Dortmund im Juni 2005. Was Kuba angeht, sammeln wir weiter Spenden, reden und streiten wir weiter über Kuba und klare Sache: Wir gehen wieder hin!

alle Beiträge aus: unsere zeit - Zeitung der DKP 17. September 2004

Nachruf

Nach kurzer, schwerer Krankheit, verstarb in der Nacht zum 01.10.2004 unser Genosse, Freund und Internationalist Hermann Mädler. Bis zum letzten Tage kämpfte er für eine Welt ohne Ausbeutung und für die Menschenwürde.

Ich finde die Worte nicht, euch mitzuteilen, mit wie viel Herzblut Hermann uns vorgelebt hat, dass die internationale Solidarität, der proletarische Internationalismus eine unerschöpfliche Kraftquelle für das eigene Handeln ist.

Immer und immer wieder hat Hermann "Unmögliches" geleistet. Mit seinem Opti-

mismus hat er uns nach vorne gebracht. Niemals zu zweifeln, immer zu handeln, lehrte er uns. Er war der Genosse, der das "Unmögliche" möglich machte.

Hermann war ein Motor der internationalen Brigadetätigkeit unserer Partei, der DKP in Lateinamerika. Direkt nach der sandinistischen Revolution, gingen die ersten BrigadistInnen der DKP, in Nicaragua unter seiner Planung und Anleitung und mit ihm als "Motor" an die Arbeit.

Schwerpunkt waren all die Jahre in Nicaragua für seine und unsere Solidaritätsarbeit Strom-, Wasser- und Alphabetisierungsprojekte. Auch nach dem Machtverlust der Sandinisten, liefen sei-

ne und unsere Solidaritätsarbeit mit dem Volk von Nicaragua weiter.

Vor allem in Nicaragua gemachte Erfahrungen, halfen uns nach 1989/90 die notwendige Solidarität mit Cuba weiter zu entwickeln und voranzutreiben. So leitete er unser erstes Projekt - den Bau der Familienarztpraxis "Tamara Bunke" in Matanzas.

Wir können Dir, Hermann nur Eines versprechen: Wir werden weiter kämpfen für das sozialistische Cuba und eine von Ausbeutung befreite Welt.

Muchas gracias companero Hermann!!!

i. A. Klaus Czyborra

SOLIDARITÄTSADRESSE

An die Bochumer OPEL-Belegschaft c/o VK-Leitung und Betriebsrat - per Fax: 0234 - 989 26 80 (Werk I); und 0234 - 989 34 99 (Werk II)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

»Solidaridad es la Ternura de los Pueblos - Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«. Dieser Satz stammt keineswegs, wie Kollege Ludger Hinse bei der gestrigen Bochumer Abschlusskundgebung meinte, von irgend »einem Dichter«, sondern von dem argentinisch-cubanischen Arzt und Revolutionär Ernesto Che Guevara. Den Sinn dieser Aussage machte der spanische Kollege José Ignacio Garcia deutlich, der in seinem kämpferischen Beitrag die Dinge beim Namen nannte und das kapitalistische System als Verursacher der Krise benannte. Für diese klaren Aussagen bekam er von den 30.000 Anwesenden (Zahl laut ZDF) auch den meisten Beifall. Seine Rede stand in krassm Gegensatz zu manch anderen Beiträgen, die - z.T. christlich verbrämt - offensichtlich Eurem gerechten Kampf die Spitze brechen wollten.

Wir teilen nicht die Auffassung, wie sie z.B. der Kollege vom Europa-BR vortrug, dass der geplante Kahlschlag bei GM dem US-amerikanischen Brutalo-Regime geschuldet sei und dies im Gegensatz zu den »europäischen und deutschen kulturellen Werten« stünde, da hierzulande die »Sozialverträglichkeit und

Menschenwürde« im Vordergrund stünde. Wir erinnern an den Kampf um Duisburg-Rheinhausen: War der damalige Thyssen-Boss Cromme etwa ein Yankee? Oder ist der Durchpeitscher des Verelendungsprogramms »Hartz IV«, Minister Clement, etwa ein »Florida-Wolfgang«? Die Kürzung des Taschengeldes für Altenheimbewohner - ein Ausdruck von Menschenwürde??

Hier findet kein Kultur-, sondern ein Klassenkampf statt, der von oben mit aller Brutalität geführt wird! Euer Kampf ist ein Akt der Notwehr, ein mutiger und gerechter Kampf, den Ihr nicht nur für Euch und Eure Familien, sondern für die gesamte Region und auch für alle Arbeiter/innen der Stahlbranche führt.

Wir Mitglieder der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. setzen uns ein für die Verbreitung von authentischen Informationen aus und über Cuba, einem Land der Dritten Welt, das täglich beweist, dass eine andere Politik möglich ist (siehe beigefügtes Flugblatt). Diejenigen Kapitalisten und Politiker in den USA und der Bundesrepublik, die Cuba mit einer völkerrechtswidrigen Blockade überziehen, sind die selben, die hier und anderswo die Arbeiter/innen und Erwerbslose

unterdrücken, Arbeitsplätze und ganze Standorte vernichten.

Wir teilen die Erkenntnis der ver.di-Betriebsgruppe Arbeitsagentur Bochum und Herne, die in ihrer Solidaritätsadresse an Euch schreiben »Die einzige Möglichkeit, diesen Kampf um Arbeitsplätze zu gewinnen, liegt darin, Druck zu entwickeln, Druck der denen wehtut, die unsere Existenz leichtfertig aufs Spiel setzen.«

Wir erklären uns mit Eurem gerechten und mutigen Kampf uneingeschränkt solidarisch.

Wir protestieren energisch gegen die geplanten Repressalien der Bosse gegen die sogenannten »Rädelsführer«, die Sprecher der für ihre Rechte kämpfenden Opel-Belegschaft.

Wir senden Euch und Euren Familien unsere solidarischen Grüße und wünschen Euch für die heutige Belegschaftsversammlung viel Erfolg und klare Ergebnisse.

Mit internationalistischem Gruß

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Essen;

i.A. Heinz-W. Hammer, Vorsitzender

Cuba anders erleben

REISEN MIT DER FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-CUBA

Begegnungsreise durch Zentralcuba

Eine Rundreise die Begegnungen mit CubanerInnen, Einblicke in gesellschaftliche Realitäten, historische Informationen und Strandurlaub miteinander verbindet. 8 Tage Rundreise, 6 Tage Baden.

Havanna - Playa Giron - Cienfuegos - Trinidad - Topes de Collantes - Santa Clara - Playa del Este.

Termine: 11.02-25.02.05/18.03-01.04.05/22.07.-05.08.05

Reisepreis **1795,- €**

Der Westen und Zentralcuba zum 1. Mai

"Seien wir realistisch- machen wir das Unmögliche wahr" Che.

Havanna - Pinar del Rio - Playa Giron - Trinidad - Santa Clara - Playa del Este

Mit dieser etwas anderen Rundreise bieten wir interessierten Cubareisenden einen besonderen Informationscocktail. Termin: 29.04-13.05.05

Cuba von West nach Ost - jetzt mit Baracoa und Insel Cayo Saetia

Diese Reise, die in ihrer Zusammenstellung einmalig ist, führt Sie in den Osten Cubas, u.a. nach Santiago de Cuba, Baracoa und in die Provinz Granma, die – zwischen Bergen und Meer gelegen – zu den landschaftlich schönsten Regionen Cubas gehört, inklusive Wanderung durch die Sierra Maestra zur früheren Kommandantur Fidel Castros.

Flug mit Condor, 14 Tage, Halbpension, Termine: 11.02-25.02.05 / 18.03.-01.04.05

Reisepreis **1995,- €**

..und das pure Leben

3 Besuche in cubanischen Einrichtungen, 6 Tage Havanna, 7 Tage Strandurlaub

Flug, Hotels, Frühstück, Programm vor Ort. Termine ganzjährig

Reisepreis **1295,- €**

Cuba mit dem Linienbus

2 Wochen durch Cuba, incl. Hotelübernachtungen, Busfahrkarte, Verpflegung, Flug. Termine: ganzjährig

Reisepreis **1295,- €**

AB Che-Sprachkurse + Salsa/Percussionkurse

Spanischkurse und Tanzen lernen? Selbstverständlich! Morgens lernen Sie an der Universität Spanisch, nachmittags Percussion oder Salsa und andere cubanische Tänze.

Termine ganzjährig

Reisepreis **260,- €**

Badereisen - auch mit Familie?

Kein Problem - Wir buchen für Sie JEDES HOTEL IN CUBA!.

Cuba entdecken Ganzjährig: günstige Flüge nach Cuba!

Flug mit IBERIA täglich nach Havanna ab **€ 598,-** + Tax
Übernachtungen in Cuba ab **€ 18,-**

LAST MINUTE FLÜGE
Mietwagen, economic pro Tag

ab **€ 299,-** +Tax
ab **€ 35,-**

VACANCIA Reiseveranstalter der Freundschaftsgesellschaft BRD - CUBA

Reisekatalog 2005: Telefon 0241/406435+49369 ■ mail: vacancia@t-online.de/www.cubawelt.de

Der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 27. November beschlossen, die 30. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz auf den 23. und 24. April 2005 nach Velbert einzuberufen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Konferenz sollen die neuen Offensiven der Desinformationspolitik gegen Cuba und unsere Aktivitäten dagegen sein.

EINLADUNG

30. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba e. V. am 23. und 24. 04. 2005 in Velbert

Vorläufige Tagesordnung/Zeitplan:

Freitag, 22. April

Ab 20: 00 Anreise

Samstag, 23. April

- 10:00 Eröffnung der BDK
- 10:15 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, Finanzbericht, Bericht der Revisionskommission
- 11:00 Diskussion zum Rechenschaftsbericht
- 12:30 Mittagspause
- 13:30 Referat eines cubanischen Gastes zu aktuellen Themen
- 14:30 Einrichtungen von Arbeitsgruppen zum Themenkomplex: Mögliche Aktionen zu den Desinformationskampagnen gegen Cuba
- 15:00 Tagung der Arbeitsgruppen
- 18:00 Abendessen
- 20:00 Abendveranstaltung

Sonntag, 24. April

- Ab 07:30 Frühstück
- 08:30 Fortsetzung der BDK, Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse
- 09:30 Wahl des Bundesvorstandes und der Revisionskommission
- 10:30 Beratung und Beschlussfassung über Anträge/ Resolutionen
- 12:30 Ende der BDK

Selbstverständlich werden wir unsere Partner aus der Botschaft der Republik Cuba einladen, die uns zu aktuellen Fragen informieren und mit uns gemeinsam über notwendige Arbeiten diskutieren.

Die konkreten Hinweise zur Vorbereitung incl. des Delegierten-schlüssels kommen Anfang Februar mit einem Gruppenrundbrief zu den Gruppenverantwortlichen.

Die Wahlen der Delegierten zur Bundesdelegiertenkonferenz sollen in der 2. Februarhälfte sowie im März 2005 stattfinden.

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. - Regionalgruppe Velbert/Niederberg:

Was ist los in Venezuela und was geht UNS das an?

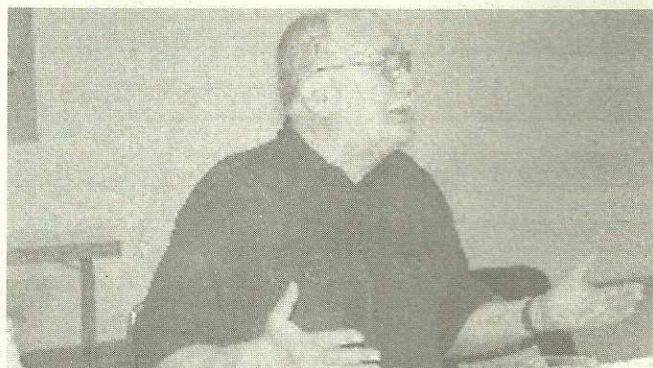


Während der Veranstaltung

Über 30 Teilnehmer kamen zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Regionalgruppe Velbert/Niederberg, in der berechtigten Hoffnung, eine Antwort auf diese Frage zu erhalten. Der Historiker und Journalist Ingo Niebel konnte, auch weil er 2003 Teilnehmer einer internationalen Beobachtergruppe in Venezuela war, mit Daten und vielfältigen interessanten Informationen den Wissensdurst der Teilnehmer stillen. Die aktuelle Situation in Venezuela, die Bedeutung der von Präsident Chávez propagierten "bolivarischen Ideen" und ihre Verankerung in den Massen, die Rolle der Opposition in Venezuela und ihre Rolle im misslungenen Putschversuch 2001, sowie ihre Verbindungen zu Söldnern und Terroristen in vielen Staaten Lateinamerikas und der USA, als auch die Interessen des US-

Imperialismus wurden ausführlich behandelt. Auch die Unterstützung Cubas bei der Bekämpfung von Krankheiten und Analphabetentum in Venezuela wurde dargestellt. Die Solidarität aller Demokraten, Gewerkschafter und Linker unterschiedlicher Couleur mit den Menschen in Venezuela ist wichtiger als jemals zuvor.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass solche und ähnliche Veranstaltungen häufiger stattfinden müssten, um die vielerorts fehlenden Informationen über aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika zu verbreiten. Die gelungene Veranstaltung wurde mit einem bemerkenswerten Spendenergebnis abgeschlossen: für das Krankenhaus "Miguel Enriquez" in Havanna wurden insgesamt 207 Euro gesammelt.



Hartmut von der Regionalgruppe

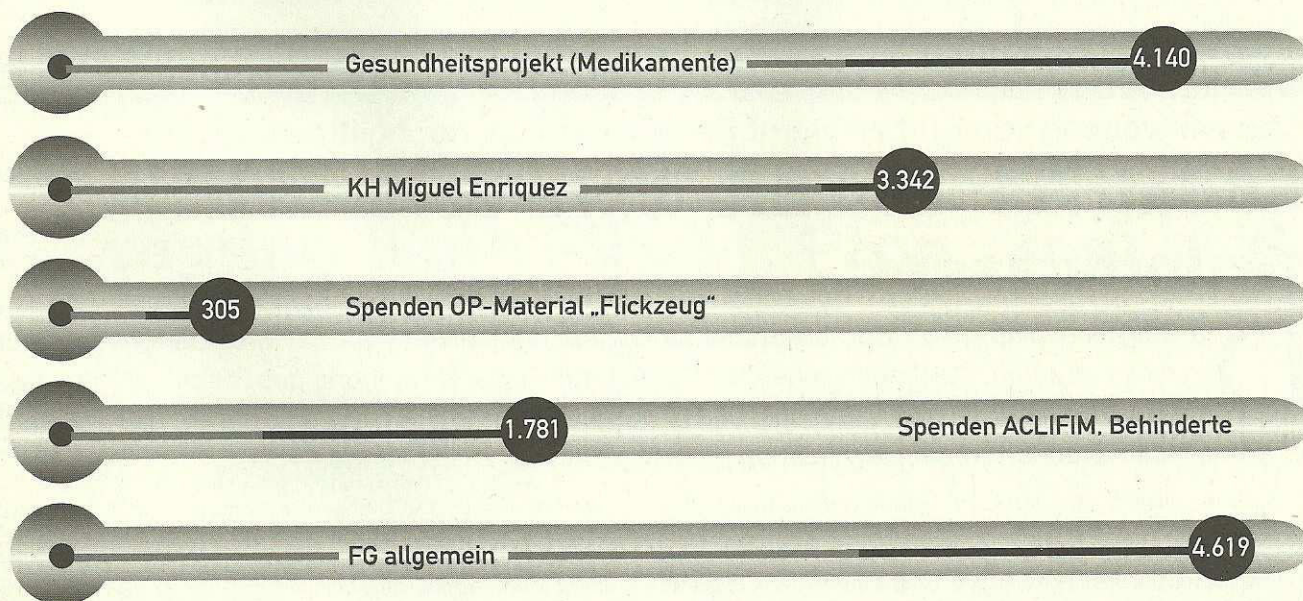
Von der Geschäftsstelle lieferbare Materialien Bestellungen bitte an: **FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD-KUBA e.V.**; Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel.: 0221 / 24 05 120, Fax: 0221 / 60 60 080:

Artikel	VK GRUPPEN			
1. Zeitschriften, Bücher und Broschüren:				
Cuba Libre (1/4 jährliche Zeitschrift der FG)	3,10	2,00		
Granma Internacional (dtsch. Ausgabe mtl.)	1,50	1,00		
Cuba kompakt, monatl. Infoblatt	0,20	0,20		
Democracy in Cuba, engl.	5,10	4,10		
Democracia en Cuba, span.	5,10	4,10		
Cupull/González, Che aus der Menge	9,20	7,70		
Hacker/Messerschmidt/..., José Martí - Werksauswahl	3,80	2,80		
Panitz, Tamara Bunke - Mit Che Guevara in Bolivien	10,10	8,10		
Panitz, CHE	5,10	4,60		
Huhn, Companero Castro	5,10	4,60		
R. Ridenour, Kuba, ein Yankee berichtet	5,10	4,60		
Burghart/Huhn, Das Wunder Kuba	5,10	4,60		
Ospina/Declercq, Originalton Miami	15,20	10,30		
Ospina, Im Zeichen der Fledermaus	12,00	10,00		
Franzbach/Canas/Romero, Trinidad auf Kuba	4,10	3,00		
Edition Cuba Libre 1/94 - Interview mit Raul Castro	3,60	2,60		
Edition Cuba Libre 2/94 - Interview mit Fidel Castro	3,60	2,60		
Katalogbroschüre: Bilder vom Menschen	3,60	2,60		
"Richtung Kuba", Reise-Ratgeber	3,10	2,80		
Philipp, Ein Bild von Kuba, Kunstband	30,20	26,60		
Miami 5, Mit Würde, Stolz und Mut	5,00	5,00		
Cuba - eine andere Welt ist möglich	2,00	1,50		
Postkarte Miami 5	1,00	1,00		
in Kopie vorhanden:				
Fidel Castro, Die Revolution zu retten	2,60	2,10		
ders., Sozialismus oder Tod	1,50	1,30		
ders., Kuba bleibt beim Sozialismus	2,00	1,50		
ders., Kuba: Bastion des Sozialismus	2,00	1,50		
ders., Uns zwingt niemand auf die Knie	2,00	1,50		
ders., Berichtigung von Fehlern	2,00	1,50		
Hönsch, Kuba - Geograph. Landeskunde (Kopie)	5,10	4,60		
2. Plakate: Che Guevara DIN A2 s/w 3,60 2,60				
3. Aufkleber:				
„Che“ mit Schriftzug, klein			0,80	0,60
Cubafahne, klein			0,80	0,60
4. Textilien:				
Wimpel: Cuba-Fahne/Che-Motiv, ca 15x10 cm			3,60	2,60
Cuba-Fahne, mittelgroß			14,50	13,00
5. Anstecker, Schlüsselanhänger:				
<i>Anstecker:</i>				
Che, schwarz auf rot, rund, ca. 1,5 cm			2,00	1,50
Cuba-Fahne, ca. 1,5 cm			2,60	2,00
Cuba-Fahne, ca. 2,5 cm			3,60	2,60
neu: Che-Foto ca. 7 cm			2,60	2,00
<i>Schlüsselanhänger:</i>				
Che, silber/rot			2,60	2,00
Che/Cubafahne			4,00	3,00
Kordelkette weiß mit Che-Anhänger schwarz			2,50	2,00
6. Originalphotos - verschiedene Größen, Motive				
Che Guevara, Fidel Castro, ca. 10x13 cm			3,60	2,60
7. Musik-CDs und Video-/Kassetten, DVD				
14. Weltjugendfestspiele in Havanna, Video			13,00	10,50
CD Daniel Rodriguez „Regresare“			Solispense 8,00	
CD Musica y Revolucion			14,50	13,30
Maya Roy, Buena Vista -				
Die Musik Kubas, Buch und CD billiger!			10,00	9,00
CD Cuba - Lit. Revolution			17,90	15,90

Ein Verzeichnis weiterer lieferbarer Musik-CDs kann über die Geschäftsstelle angefordert werden. **Alle Materialien werden mit Rechnung und unter Berechnung der Versandkosten verschickt!!** Überweisungen für bestellte und gelieferte Materialien bitte nur auf das Konto der Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kontonr.: 1 202 999 900

Spendenbarometer Stand 30.11.2004

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.: Postgiroamt Köln, Kto.-Nr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



alle Beträge in Euro

An Spenden für verschiedene weitere Projekte (u.a. Kinderheim) gingen insgesamt 6.167 Euro ein.

Die Solidarität der Esslinger Gruppen der DKP und der FG BRD-Kuba

erbrachte in diesem Jahr Werte von 15.800,- Euro

★ Esslingen/Neckar, 25. 11. 2004 - In ihrem Rechenschaftsbericht für die vergangenen 12 Monate informieren die Esslinger Ortsgruppe der Deutschen Kommunistischen Partei und die Esslinger Gruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba über die Lieferung von 29 Paketen mit Solidaritätsgütern nach Cuba. Hinzu kommen Bargeldspenden in Höhe von 3.837,- €. Sie wurden auf Vorschlag des Botschafters der Republik Cuba in Berlin, Marcelino Medina González, zur Bezahlung von dringend benötigten medizinischen Geräten gegen Blutkrankheiten für das Lehr-Kinderkrankenhaus Havanna-Centro verwendet. Um den Blockade- und Schikane-Maßnahmen der USA zu entgehen, erfolgte die Bezahlung von Esslingen aus nicht in Dollar, sondern in Euro auf eine Bank in Panama und dann die Lieferung der Geräte aus dem Roché-Vertriebszentrum in Guatemala per Flugzeug direkt nach Havanna.

Im Rechenschaftsüberblick heißt es nach dem Dank an die Spenderinnen und Spender zusammenfassend:

Die Sachspenden an wertvollen Medikamenten, Instrumenten,

Brillen und Brillengestellen, insbesondere von Ärzten, Apothekern und Optikern, haben es uns im Berichtszeitraum ermöglicht, die erwähnten 29 Pakete, die Pakete Nr. 352 bis 380, in unsere Partnerprovinz Matanzas zu senden.

Gesamtwert rund 12.000 €. Damit konnten wir seit Juni 1994 im Rahmen der Solidarität Hilfsgüter im Wert von zusammen über 209.400 € liefern.

Hinzu kommt die Bezahlung der Geräte für das Kinderkrankenhaus Havanna-Mitte 2003 und 2004 in Höhe von rund 9.300 € und der Teil von Geldspenden in Höhe von 39.600 DM = 20.247 €, den wir in den letzten Jahren in Form von Dollars in Cuba persönlich übergaben. Somit erbrachte unsere gemeinsame, nunmehr zehnjährige Solidarität für Cuba insgesamt Werte von rund 239.000 €.

Abschließend wird im Schreiben der Hoffnung auf weitere Spendenfreudigkeit Ausdruck gegeben, da Cuba infolge der seit Mai noch verschärften US-Blockade und wegen der Hurrikan-Schäden erst recht der Solidarität bedarf.

Ein dreifaches Prosit und Salud dem langjährigen ehemaligen Vorsitzenden des Netzwerk Cuba sowie Mitglied des Bundesvorstandes der Freundschaftsgesellschaft

Heinz W. Hammer!

Heinz hat im Jahr 1990 die Regional Gruppe der FG Essen gegründet, er war von 1993 - 1999 Netzwerk Cuba Vorsitzender und von 1993-2003 Repräsentant der deutschsprachigen Granma INTERNATIONAL.

In einer sehr schwierigen und auch finanziell angespannten Lage, als unter Anderem der Umzug der Geschäftsstelle aus dem Theodor-Heuss-Ring organisiert werden musste, war unser Companero Heinz eines der aktivsten Mitglieder des Bundesvorstandes der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba.

Es waren bewegende Momente, als Heinz in Anerkennung seines kämpferischen Engagements anlässlich einer Delegation der

Freundschaftsgesellschaft in Havanna, Cuba, mit der cubanischen Medaille der Solidarität und Freundschaft ausgezeichnet wurde.

Lieber Heinz, deine Companeras und Companeros in der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba, möchten dir danken für deinen unermüdlichen Einsatz für die gerechte Sache Cubas. Wir wünschen dir zu deinem 50. Geburtstag alles erdenklich Gute - vor allem Gesundheit! Und wir freuen uns schon auf die nächsten Jahrzehnte gemeinsamer Arbeit in der Solidaritätsbewegung mit Cuba.

Marianne Schweinesbein
Bundesvorsitzende

trikont afrika

Stadtverwaltung von Durban warnt Bevölkerung vor hochgiftigem Chrom

Südafrika: BAYER-Werk verseucht Grundwasser

Die Stadtverwaltung von Durban/Südafrika hat hochgefährliche Chromverbindungen im Grundwasser gefunden. Die krebserregenden Stoffe treten in der Umgebung des Chemie-Werks der Firma BAYER im Süden der Stadt auf. Den Anwohnern wurde dringend empfohlen, das Wasser aus angrenzenden Brunnen weder zum Kochen noch zum Trinken zu verwenden.

Nach Angaben des Unternehmens geht die Kontamination auf "historische Verunreinigungen" zurück - wie diese in den Untergrund gelangten, sei unklar. Umi Sankar, Leiter des Gesundheitsamts von Durban, empfiehlt allen Personen, die kontaminiertes Wasser getrunken haben, sofort einen Arzt aufzusuchen. Vertreter lokaler Bürgerinitiativen zeigen sich besorgt, dass das vergiftete Grundwasser in schadhafte Trinkwasserleitungen eindringen könnte.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren:

"Die Chrom-Fabrik in Durban war bereits für eine Vielzahl von Vergiftungsfällen verantwortlich. Wir fordern die Firma BAYER auf, das Gelände gründlich zu dekontaminieren und alle Vergiftungsoffer angemessen zu entschädigen".

BAYER hatte die Firma CHROME CHEMICALS in Durban 1968 übernommen und dort bis 1991 sogenanntes sechswertiges Chrom hergestellt. Wegen mangelhafter Sicherheits-Einrichtungen kam es in dem Betrieb seit den 70er Jahren zu einer großen Zahl von Vergif-

tungsfällen. Ein Drittel der Belegschaft erlitt bleibende Gesundheitsschäden, mindestens acht Arbeiter starben an Lungenkrebs, zwei weitere an Tuberkulose. Selbst die Apartheits-Regierung hatte 1976 in einem Bericht Sicherheitsmängel und Gesundheitsprobleme der Belegschaft moniert. Wörtlich hieß es in der Untersuchung: "Die Ergebnisse sind extrem beunruhigend und lassen mangelnde Fürsorge bezüglich des physischen Wohlergehens der Arbeiter erkennen".

Nach Protesten südafrikanischer Gewerkschaften sowie der Coordination gegen BAYER-Gefahren, die zu umfangreichen

Medienberichten führten, schloss BAYER 1991 die Produktion von sechswertigem Chrom und entließ einen Großteil der Beschäftigten. Obwohl in Deutschland seit 1936 Lungenkrebs als Berufskrankheit von Beschäftigten der Chrom-Verarbeitung anerkannt ist, verweigerte die Firma eine Kompensation der betroffenen Arbeiter sowie der Hinterbliebenen. In Durham wurde die Produktion auf weniger gefährliches, dreiwertiges Chrom umgestellt.

BAYER gehört zu den weltweit größten Chrom-Produzenten. Die Verarbeitung wurde vor einigen Jahren in Deutschland und

Brasilien eingestellt und in Südafrika gebündelt. Im Nordwesten des Landes betreibt BAYER eine eigene Chrom-Mine, zudem besitzt BAYER einen 50-prozentigen Anteil an der Firma Chrome International South Africa, die Natriumdichromat und Chromsäure produziert.

Weitere Informationen:

Coordination gegen BAYER-Gefahren.
CBGnetwork@aol.com
www.CBGnetwork.de



trikont lateinamerika

Argentinien: Anzeige wegen Folter im Gefängnis Caleta Olivia

Gefangene in der südlichen Provinz Santa Cruz haben wegen Folter Anzeige erstattet. Sie gaben an, dass sie während ihrer Inhaftierung gefoltert worden seien, ihnen wurden Plastiktüten über den Kopf gestülpt und sie wurden geschlagen.

(Buenos Aires, 4. Oktober 2004, púlsar).

Die Gefangenen waren während der Räumung des Ölkonzerns Termap festgenommen worden. Sie besetzten den Konzern, um Arbeitsplätze einzufordern.

Nora Cortiñas, Sprecherin der Mütter der Plaza de Mayo - Línea Fundadora, versicherte, dass sie gesehen habe, "wie sie einem Jungen eine Plastiktüte über den Kopf stülpten, wie sie eine Frau in Handschellen mit den Füßen traten und eine andere, deren Gesicht und Beine so stark geschlagen wurden, dass sie nicht mehr laufen konnte."

Patricia Walsh, Abgeordnete der Vereinigten Linken (Izquierda Unida), berichtete nach einem Besuch der drei Frauen, die seit dem 3. September festgehaltenen, ähnliches: "Die Frauen sind in einer kleinen Zelle eingesperrt, sie haben kaum Luft zum Atmen und bleiben den ganzen Tag dort, außer sie haben Hofgang, was erst seit vergangener Woche der Fall ist." Walsh und Cortiñas nahmen die Anzeige von Gabriela Chelme entgegen, die einen Polizisten identifizierte, der "ihr die Tüte über den Kopf stülpte, sie schlug, sie mit Handschellen fesselte und ihr androhte, sie zu vergewaltigen."

Letztes Wochenende räumte die Polizei gewaltsam den von

Arbeitslosen besetzten Ölkonzern Termap, was die Zahl der Verhafteten erneut erhöhte. Der Ölkonzern wurde in den letzten Monaten dreimal besetzt.

In dieser Zeit wurden 36 Arbeiter verhaftet. Derzeit verbleiben noch 21 Piqueteros in Haft.

Hugo Iglesias, einer der Verhafteten, erklärte dem Radiosender FM La Tribu aus Buenos Aires vom Gefängnis aus, dass die Regierung die repressiven Maßnahmen vertuschen wolle. Sie könne aber nicht verhindern, dass die Bevölkerung von Caleta Olivia versuche, mit Protesten zu den geforderten Arbeitsplätzen zu kommen.

"Im vergangenen Jahr konnten durch Proteste mehr als 1.000 Arbeitsplätze geschaffen werden", sagte der Arbeiter, der durch eine längere Besetzung im Jahr 2003 einen Arbeitsplatz bei einem anderen Ölkonzern erhalten hatte. Santa Cruz ist die südlichste Provinz

Argentinien. Die Provinz wurde beinahe ein ganzes Jahrzehnt von dem aktuellen Präsidenten Néstor Kirchner regiert, der bis jetzt die eiserne Kontrolle über die Provinz hat.

Interview: Andreas Grünwald

»Bewegung ohne Führer, Programm und Zukunftsvision«

Arbeitslose in Argentinien nehmen Versorgung, Bildung und Gesundheit selbst in die Hand. Ein Gespräch mit Andrés Fernandez und Sebastián Seolnik, die in der argentinischen Arbeitslosenbewegung aktiv sind.

Alle sollen gehen!« war die Losung der argentinischen Volksrevolte im Jahr 2001. In der »Bewegung arbeitsloser Arbeiter« (»Movimiento de Trabajadores Desocupados« - MTD) setzt sich seitdem eine neue Form der Selbstorganisation durch. Wie funktioniert das?

Andrés Fernandez: »Alle sollen gehen!« war für uns der Bruch mit dem Neoliberalismus und mit dem parlamentarischen System, die uns immer mehr Arbeitslosigkeit, die Schließung staatlicher Betriebe und die Streichung von Dienstleistungen brachten. Die MTD sind ein Teil der Bewegung der

Piqueteros (*), die in einer Situation größter Armut entstand. Wir beschlossen, uns selbst zu organisieren und zu kämpfen. Allein bei uns in Solano - einer Kleinstadt mit 80 000 Einwohnern - machen wir das in sechs Stadtbezirken.

Wie ist Ihre Bewegung entstanden?

Andrés Fernandez: Viele von uns waren anfangs in der Bewegung der Landbesetzer aktiv, die es seit Anfang der 80er gibt. Arbeitslosigkeit und Unwissenheit verhinderten aber, daß wir die Gründe für unsere Situation erkannten. Jetzt haben wir uns bewußter organisiert. Wichtige Grundlage dafür waren die Sozialpläne. Mitte der 90er Jahre konnte nämlich eine Art Erwerbslosengeld erkämpft werden: etwa 50 Euro im Monat. Bis dahin gab es nirgendwo in Lateinamerika irgendeine Form der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.

Diese Unterstützung war das Ergebnis unseres Kampfes, das Geld wurde von der Bewegung selbst verwaltet. Als 2001 eine neue Regierung an die Macht kam, beschloß sie, das Geld von den Gemeinden auszahlen zu lassen - die sozialen Organisationen blieben außen vor. Das war für uns ein Problem: Einerseits konnte niemand dagegen sein, daß es jetzt eine breitere Basis für die Auszahlung gab, andererseits wurde damit versucht, die soziale Bewegung zu untergraben.

Warum setzen Sie so stark auf die Autonomie und warum so wenig auf linke Par-

teien und Politiker?

Sebastián Seolnik: Eine der wichtigsten Erfahrungen aus den 90er Jahren war, daß gesellschaftlicher Wandel nicht möglich ist, wenn man ihn über die herkömmlichen politischen Strukturen versucht. Der Aufstand vom 19. und 20. Dezember 2001 war deshalb ein Aufstand neuer Art: Es gab keinen Führer, kein Programm, keine Organisation und kein Versprechen für die Zukunft. Es war ein großes und widerspenstiges Nein.

Die linken Gruppen waren eher klein und marginalisiert. Natürlich ist die komplexe Geschichte des Peronismus zu berücksichtigen, den sich die Linke niemals wirklich erklären konnte. Jetzt aber waren auch die linken Gruppen plötzlich Teil der Piqueteros, obwohl sie uns zuvor eher als Lumpenproletariat bezeichneten.

Was planen Sie für das kommende Jahr?

Andrés Fernandez: Wir haben verschiedene Projekte. Über Kleinunternehmen versuchen wir, lokale Selbstversorgung herzustellen: Kleidung, Schuhe und Dinge des alltäglichen Gebrauchs. Die beiden wesentlichen Vorhaben in Solana sind das Gesundheits- und das Bildungsprojekt, beides selbstver-

waltet. Zum Gesundheitsprojekt gehören u. a. Vorsorge und natürliche Formen der Medizin. Im Bildungsprojekt versuchen wir, die Inhalte selbst zu bestimmen. Es gibt verschiedene Niveaus, beginnend mit dem Lesen, Schreiben und Rechnen. Darauf aufbauend werden andere Themen vertieft - Sprache oder Politik.

Sebastián Seolnik: Die neue Bewegung hat keine Zukunftsvision. Wir lernen aber zu begreifen, daß die Zukunft bereits angefangen hat, sie ist so, wie wir heute leben.

* Piqueteros sind organisierte Arbeitslose. Der Name kommt von ihrer Aktionsform, den Straßenblockaden, den Piquetes (Streikposten). Die Arbeitslosen hatten ihre Streikposten auf die Landstraßen verlegt, die sie seit Mitte der 90er Jahre immer wieder blockierten. Piquete ist aber mehr als nur eine Blockade. Hunderte Menschen lassen sich, teilweise für Wochen, auf der Straße nieder, sie kampieren und leben dort. Sie diskutieren und organisieren sich gegen Regierung und Repressionen.

Was haben Genua, Göteborg und Guadalajara gemeinsam?

Folter gegen Globalisierungskritiker

Sie stehen für staatliche Repression gegen globalisierungskritische Proteste. Doch während für die Festgenommenen und Angeklagten nach den Protesten gegen den EU-Gipfel in Göteborg und den G8-Gipfel in Genua im Jahre 2001 europaweit Solidaritätsaktionen laufen, werden die Ereignisse rund um den EU-Lateinamerikagipfel im mexikanischen Guadalajara hierzulande erst allmählich bekannt.

Kürzlich gab es vor mehreren mexikanischen Botschaften, darunter auch in Berlin, erste koordinierte Protestaktionen gegen die "willkürlichen Festnahmen" und die bis heute andauernde Repression gegen Globalisierungskritiker. Die Hauptforderung war die Freilassung von mexikanischen 19 Demonstranten, die seit dem 28. Mai 2004 inhaftiert sind. An diesem Tag fand die zentrale Protestaktion gegen den 3. Gipfel der Europäischen Union (EU), Lateinamerikas und der Karibik in Guadalajara statt. Staatschefs und Regierungsvertreter aus 58 Ländern hatten daran teilgenommen.

Parallel zum offiziellen Gipfel wurde von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und sozialen Bewegungen auf einen Alternativforum die Folgen der ökonomischen Integration beider Regionen kritisch analysiert und Alternativen ausgearbeitet. Im Mittelpunkt der Kritiker stand das von den USA favorisierte Konzept einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA). Die Verhandlungen sollen bis 2005 abgeschlossen sein. Das erhöht auch auf die Länder der Europäischen Gemeinschaft den Druck, sich auf dem lateinamerikanischen Markt zu etablieren.

Viele lateinamerikanische Regierungen sehen diese Bemühungen als willkommene

Konkurrenz zu den Plänen der USA. Die sozialen Bewegungen dieser Länder hingegen sehen in der Politik von USA und EU wenig Unterschiede. Beide versuchen sie nach dem Scheitern der WTO-Handelsrunde im letzten September in Cancún mit binationalen Handelsabkommen ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Daher war der Gipfel auch von zahlreichen Protestaktionen begleitet, die die mexikanische Polizei von Anfang an unterbinden wollte. Höhepunkt der Repression war die Auflösung der zentralen Abschlussdemonstration am 28. Mai. Im Anschluss machte die Polizei nach Augenzeugenberichten eine regelrechte Jagd auf die Protestierenden. Über 100 Personen wurden festgenommen. Darunter waren auch einige Europäer, die später abgeschoben wurden.

Sie berichteten von Schikanen und Misshandlungen auf den Polizeirevieren von Guadalajara, die stark an ähnliche Vorfälle im Juli 2001 in Genua erinnern. Die Inhaftierten seien tagelang völlig von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Mehr als 48 Stunden sei ihnen Essen und Trinken verweigert worden. Auch an Schlaf sei anfangs nicht zu denken gewesen.

Immer wenn eine Person, auf dem Gefängnisboden einschlieft, sei sie durch

Tritte unsanft geweckt worden. Mittlerweile hat die staatliche Kommission für Menschenrechte (CNDH) die Vorwürfe bestätigt und in einer Untersuchung, die Ende August in Mexiko-Ciudad veröffentlicht wurden, 19 Fälle von Folter aufgelistet. Einigen Festgenommenen seien Plastiktüten über den Kopf gestülpt worden, dass sie zu ersticken drohten. Andere seien mit Hundeleinen gefesselt und gefoltert worden. Frauen mussten nackt vor den Augen der Polizisten Kniebeugen machen.

Dieses Vorgehen fand die Unterstützung der politisch Verantwortlichen. So rühmte sich Francisco Ramírez Acuña, der zuständige Gouverneur des mexikanischen Bundesstaates Xalisco, mit "harter Hand gegen die Verhafteten" vorgegangen zu sein.

Die Gruppe Basta aus Münster will auch in Zukunft mit Protestbriefen und anderen Aktionen auf das Schicksal der noch 19 noch immer inhaftierten mexikanischen GlobalisierungskritikerInnen und der mehr als 40 AktivistInnen, die wegen der Proteste mit Anklagen zu rechnen haben, aufmerksam machen.

Peter Nowak

<http://www.gruppe-basta.de/>

Journalisten beklagen die höchste Zahl an ermordeten Kollegen

Erstmals organisierten Journalisten am 11. Oktober eine landesweite Demonstration in verschiedenen Bundesstaaten und der Hauptstadt Mexikos. Sie wollen damit auf die gegen sie gerichtete Gewalt und Repressionen aufmerksam machen und der in diesem Jahr getöteten Kollegen gedenken. (pulsar)

In einem Interview gegenüber Pulsar erklärte Balbina Flores, Repräsentantin des Verbandes "Reporter ohne Grenzen" in Mexiko, der größte Teil der Aggressionen ginge auf das Konto von Beamten, Polizei und Mitgliedern der Drogenkartelle. Der jüngste Fall eines Journalistenmordes ist der des Redakteurs Roberto Mora García der Zeitung "El Mañana" aus Nuevo Laredo, im Grenzstaat Tamaulipas im Norden des Landes. Andere bekannte Fälle sind die des Fran-

cisco Ortiz Franco, Herausgeber des "Semenario Z" in Tijuana, Baja California und Francisco Ratia, Kolumnist aus Matamoros, in Tamaulipas, sowie der Mord an Leodegario Aguilera, dem Leiter der Wochenzeitung "Política", die in Guerrero, einem der gefährlichsten Bundesstaaten des Landes, erscheint.

Für den "Semamario Z" ist es nicht das erste Todesopfer auf Grund seiner Nachforschungen: 1997 wurde der Journalist und

damalige Herausgeber Félix Miranda ebenfalls ermordet. Laut Balbina Flores ist diese Wochenzeitung traurigerweise zum Symbol der Aggressionen gegen die Pressefreiheit geworden. Bis jetzt kann nach den bisherigen Ermittlungen davon ausgegangen werden, dass der Mord auf die Veröffentlichungen über Korruption innerhalb der Polizeistrukturen und ihre Verbindungen mit Drogenhändlern zurückzuführen ist.

Später Sieg über die Militärs

Uruguays Linke siegt ihrem Kandidaten Tabaré Vázquez bei der Präsidentenwahl und bestätigt einen Trend in Lateinamerika

Linke vor historischem Sieg schreiben Medien unisono über die Wahlergebnisse in einem Land, das eigentlich wenig Schlagzeilen macht. In Uruguay hat Tabaré Vázquez, der Kandidat der Frente Amplio, eines Bündnisses sämtlicher linken Kräfte des Landes, gleich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht. Das ist in ganz Lateinamerika ein seltenes Ergebnis. Meistens kommt dort zunächst kein Präsidentschaftskandidat über 50 % und eine Stichwahl wird nötig.

Andererseits liegt das Wahlergebnis durchaus im lateinamerikanischen Trend. Mit dem brasilianischen Präsidenten Lula von der Arbeitspartei und dem Linkspersonisten Kirchner aus Argentinien hat Vázquez Amtskollegen in der Nachbarschaft, auf die er sich bei seinen im Voraus erklärten Bemühungen stützen kann, mit dem Mercosur ein stärkeres lateinamerikanisches Gegengewicht gegen die übermächtige USA zu erreichen. Den Trend bestätigt auch der Wahlsieg von Chavez in Venezuela (Hugo Chávez Frías bleibt Präsident Venezuelas).

Das von den USA favorisierte Projekt ALCA, ein gemeinsamer amerikanischer Wirtschaftsraum, hat vor allem unter den Gewerkschaften und Landwirtschaftsorganisationen vieler süd- und mittelamerikanischer Staaten Proteste ausgelöst. Der Wahlsieg von Vázquez wird auch als Absage der Wähler an eine neoliberale Wirtschaftspolitik verstanden.

Schon in den letzten Jahren gab es in Uruguay starke Massenbewegung gegen die Privatisierung der Industrie und der Naturschätze des Landes. In einer Volksabstim-

mung Anfang der 90er Jahre haben sich 72 % der Wahlberechtigten gegen die Privatisierung der Erdölindustrie ausgesprochen.

Die Erwartungen an die neue Regierung sind hoch. So spricht der bekannte uruguayische Soziologe Eduardo Galeano fast schwärmerisch von einem neuen Weg, der durch die Linke an der Macht eröffnet werde.

Die Regierungspraxis von Lula und Kirchner zeigt allerdings auch die Grenzen linker Präsidenten im Zeitalter der Globalisierung, die in Lateinamerika den Namen ALCA trägt. Gerade in Brasilien hat das Festhalten der Linksregierung an einer neoliberalen Wirtschaftspolitik mittlerweile zu deutlichen

Irritationen bei Lulas Basis und zu ersten Spaltungen bei der Regierungspartei geführt. Von der Effektivierung des Kapitalismus sprechen Teile des uruguayischen Linksbündnisses.

Von daher dürfte dem rauschenden Volksfest in den Straßen von Montevideo, an dem sich viele junge Menschen nach Vázquez Wahlsieg beteiligten, bald die Ernüchterung weichen. Wie stabil die Regierungskoalition dann sein wird, muss sich noch erweisen. Während Vázquez einen gemäßigt sozialdemokratischen Kurs vertritt, ist in der Frente Amplio auch die ehemalige Guerillabewegung Tupamaros, die sich in den 80er Jahren zu einer legalen Linkspartei transformierte, präsent.

Durch den Dokumentarfilm Tupamaros wurde die Bewegung auch in Deutschland noch einmal einen größeren Kreis bekannt. Dort haben ehemalige Guerillas, die heute Parlamentarier sind, eine eher ernüchternde

Beschreibung des parlamentarischen Spiels geliefert.

Dieser Film spielte in der Endphase des uruguayischen Wahlkampfes noch einmal eine große Rolle. Die konservativen Colorados zeigten Szenen aus dem Interviewpassagen des Filmes auf großen Plätzen von Montevideo, um die Tupamaros weiterhin als verkappte Gewalttäter, die sich nur taktisch auf den Parlamentarismus berufen, zu denunzieren.

Zunächst sollten die Filmausschnitte sogar im Fernsehen von Uruguay gezeigt werden. Doch das konnte die in Deutschland lebende Filmemacherin Heidi Specogna verhindern. Die Konservativen hatten nämlich gegen das Urheberrecht verstoßen und die Filmaufnahmen ohne Erlaubnis genutzt.

Das Wahlergebnis zeigt, dass das Feindbild Guerilla zur Zeit in Uruguay nicht mehr ohne Weiteres zieht. Es dokumentiert aber auch, dass zumindest die Rechte alte Feindbilder weiter pflegen wird. Das dürfte sich wiederholen, wenn die Frente Amplio ihre sozialen Wahlversprechen umsetzen will. Das könnte auch zu Verunsicherungen und Ängsten in der Bevölkerung führen. Denn obwohl Uruguay immer wieder mit dem Zusatz "Schweiz Lateinamerikas" erwähnt wird, haben die Einwohner nicht vergessen, dass in dem Land in den 70er Jahren eine der blutigsten Militärdiktaturen herrschte und große Teile der demokratischen Opposition ermordete oder ins Exil trieb.

Vor diesem Hintergrund ist das Wahlergebnis auch ein später Sieg über die Militärs.

Peter Nowak 01.11.2004

Interview mit Tabaré Vázquez, Präsidentschaftskandidat der Frente Amplio

Birgit Marzinka (POONAL)

Tabaré Vázquez, Präsidentschaftskandidat des linken Bündnisses "Frente Amplio" in Uruguay, wurde am Ende seines Besuches in Berlin im Juli 04 interviewt.

Wie war Ihr Besuch hier in Deutschland?

Es war ein sehr erfolgreicher Besuch. Wir haben alles erreicht, was wir uns vorgenommen hatten. Dies betrifft sowohl die Gespräche mit Politikern als auch die mit Wissenschaftlern aus dem Max-Planck-Institut. Die Unterhaltungen mit den Politikern waren erfolgreich, weil wir das Regierungsprogramm und die Ideen vorstellen konnten, die wir im Fall eines Wahlsieges umsetzen wollen. Außerdem hatten wir die Möglichkeit, die deutsche Sichtweise und die deutschen Interessen an Uruguay sowie der Region insbesondere mit Blick auf das Wirtschaftsbündnis Mercosur kennen zu lernen. Mit führenden Politikern sind wir zu Vereinbarungen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union gekommen.

Die Verhandlungen zwischen dem Mercosur und der EU stocken derzeit wegen unterschiedlichen Auffassungen in der Landwirtschaftspolitik. Haben Sie über dieses Thema geredet?

Ja, das haben wir. Die protektionistische Politik und die Subventionen der Landwirtschaftsprodukte der Europäischen Union, aber auch der USA, treffen uns Mercosur-Länder sehr hart. Das beeinträchtigt unsere Wettbewerbsfähigkeit, nicht nur auf dem europäischen oder US-amerikanischen Markt, sondern auch auf dem Süd-Süd-Markt. Dies ist eine ungerechte Handelssituation. Sie erwarten von uns, dass wir den kompletten Markt öffnen, nichts subventionieren und keine protektionistische Politik machen. Dabei sind es in erster Linie sie, die so vorgehen. Wir haben unsere Meinung zu diesem Thema geäußert. Es scheint, dass sie unsere Forderungen respektieren und Fortschritte bei den Verhandlungen gemacht werden.

Wie soll die Wirtschaftspolitik der Frente Amplio aussehen?

Sie basiert auf einer republikanischen Sparsamkeit und auf Transparenz. Wir wollen verantwortlich mit den öffentlichen Geldern umgehen. Zudem wollen wir hart gegen Korruption einschreiten und das Wirtschaftswachstum anregen. Denn ohne ein Wirtschaftswachstum können wir keine gerechte Reichtumsverteilung durchführen. Die Ökonomie soll durch eine verstärkte Produktion wachsen, denn diese ist der Bereich, in dem wirklich Arbeitsplätze mit Zukunft im privaten Sektor geschaffen werden könnten. Wir wollen private Investitionen in unserem Land fördern.

Rechnen Sie damit, wirklich Veränderungen in der Wirtschaftspolitik durchführen zu können?

Ja, das ich glaube schon. Zunächst wollen wir die soziale Krisensituation angehen und werden dafür verantwortlich mit öffentlichen Geldern umgehen. Wir werden Gelder umverteilen, die ursprünglich für andere Sektoren bestimmt waren und diesen Krisenplan so aufbauen, damit wir ihn schnell umsetzen können.

Welche Vorstellungen haben Sie über die geplante Privatisierung des Wassers. Was denken Sie über die Volksbefragung über die Wasserprivatisierung, die am 31. Oktober stattfinden soll?

Wir unterstützen die Volksbefragung und die Verfassungsänderung die darauf folgen soll. Wir unterstützen sie nicht nur, sondern wir werden auch dafür stimmen. Wir denken, dass das Wasser ein Allgemeingut und wichtig für eine gute Lebensqualität ist. Uruguay ist im weltweiten Vergleich sehr reich an Wasser. Dieses muss erhalten und geschützt werden.

Können Sie auf dieser Position beharren? Schließlich hat die EU ein großes Interesse daran, dass der Markt der Mercosur-Staaten für Privatisierungen geöffnet wird.

Wir haben eine sehr klare Position in Bezug auf Privatisierungen. Die strategischen Sektoren eines Staates sollten in den Händen des Staates bleiben. Wir werden Konzessionen erteilen, doch nur mit klaren Absprachen und wenn sie dem Land etwas bringen. Klar, wer investiert, möchte Gewinn erzielen. Aber unsere Aufgabe ist es, die Rechte der Uruguayer zu verteidigen, und das wird eine der Bedingungen unserer Regierung sein.

Wird es mit diesem Konglomerat von Gruppen in der Frente Amplio möglich sein zu regieren?

Die Colorado-Partei [aktuelle Regierungspartei, d. Red.] und die Blanco-Partei sind auch ein Konglomerat von vielen Gruppen. Sie regieren Uruguay schon seit 170 Jahren. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen hatte die Blanco-Partei drei Vorkandidaten und die Colorado-Partei hatte vier. Das ist typisch für die Parteien in Uruguay.

Werden Sie das Schlusspunktgesetz, das die Verurteilung für die Verbrechen der Militärdiktatur verhindert, aufheben, so wie es in Argentinien geschehen ist?

Nein, das Schlusspunktgesetz wurde sogar nach einem Volksentscheid vom Parlament ratifiziert. Wir haben damals die Volksbefragung unterstützt. Doch die Bevölkerung hat sich von der Militärdiktatur in dem Sinne verabschiedet, dass das Gesetz bestehen bleibt. Wir verteidigen Volksbefragungen, ob das Ergebnis unserer Meinung entspricht oder nicht. Wir respektieren diesen Entscheid und deshalb werden wir das Schlusspunktgesetz beibehalten.

Ernesto Kroch, Autobiografie "Heimat im Exil - Exil in der Heimat",
Verlag Assoziation A, Hamburg 2004, 190 Seiten 14 Euro

Kampf und Exil

Wir reden so viel über die Linke in Lateinamerika. Dabei hat diese Linke Gesichter und Biographien. Jetzt hat Ernesto Kroch, einer der großen alten Männer Uruguays seine Biographie geschrieben und wir haben die einmalige Gelegenheit, sein im wahrsten Sinne des Wortes faszinierendes Leben kennen zu lernen.

Als jüdischer Kommunist im antifaschistischen Widerstand wird der 1917 geborene Ernesto Kroch von den Nazis verhaftet und

kommt nach einem Zuchthausaufenthalt ins KZ Lichtenburg. Dort wird er wie alle Häftlinge gequält. Hunger und eine ständige Angst ums Überleben prägen seinen Alltag. 1937 wird Kroch mit der Auflage entlassen, Deutschland innerhalb von 10 Tagen zu verlassen. Nach einer Odyssee durch verschiedene Länder landet er schließlich auf abenteuerlichen Wege in Uruguay. Sein Ziel war sofort, in dem neuen Land Fuß zu fassen und nicht bloß auf die Rückkehr zu warten.

"Exil? Gewiss, ich war im Exil. Aus meiner Heimat, meinem Elternhaus, meinem Freundeskreis herausgerissen. Meinem ursprünglichen Nährboden entzogen, in fremde Länder und in eine unbekannte Atmosphäre verpflanzt, wo ich - in welcher Zeit, mit welcher Beschwernis und Überwindung, erst Wurzeln fassen musste. Es war Exil, aber doch nicht das Exil, das diejenigen erlitten, die Hals über Kopf nach Prag, nach Paris oder Zürich fliehen mussten ... Die

Emigranten in Amerika hingegen waren durch einen Ozean unüberbrückbar von der alten Heimat getrennt. Ein Auswanderer konnte hier zum Einwanderer werden."

Das war das Ziel des jungen Immigranten. Kroch wurde Mitglied der Kommunistischen Partei und engagierte er sich fortan in zahlreichen Basisbewegungen. Detailliert beschreibt er, wie er in einer Bürgerinitiative zur Rettung des Barrio Sur, eines Stadtviertels, in dem viele arme Menschen lebten, aktiv wurde. Über Jahre dauerte der Kampf für bezahlbare und gesunde Wohnungen für die Barriobewohner. "Es war ein schwerer und langer Kampf der Armen gegen die Mächtigen! Er dauerte ein Jahrzehnt, aber wir hielten durch. Anfang der 70er Jahre wurde der sechsstöckige Wohnblock eingeweiht, dessen Fenster sich zum Meer hin öffneten. 96 Familien ... konnten menschenwürdige und billige Unterkünfte beziehen." Doch zu dieser Zeit hatte sich die innenpolitische Lage in dem kleinen Land, das lange Zeit als Schweiz Lateinamerikas bezeichnet wurde, schon verschärft.

Die Militärs gingen immer wieder gegen die erstarkte linke Bewegung vor. 1973 übernahmen sie mit einem Militärputsch direkt die Macht im Staat. Kroch baute im Untergrund weiterhin gewerkschaftliche Strukturen auf. Er hatte einen verständnisvollen Chef und solidarische Kollegen. Doch seine Arbeit blieb nicht unentdeckt.

Bevor er verhaftet werden konnte, floh er 1982 zurück nach Deutschland, in das Land, dass er 45 Jahre zuvor unter den widrigsten Umständen verlassen musste. In Deutschland widmete er sich der Solidaritätsbewegung mit Uruguay. Durch seine unermüdlige Arbeit und seine vielen Vorträge hat er mitgeholfen, die grausame Realität in Uruguay bekannt zu machen.

Nach dem von einer starken Demokratiebewegung erkämpften Ende der Militärdiktatur kehrt Kroch wieder nach Uruguay zurück. Nach seiner Pensionierung mit über 70 Jahren begann Kroch noch Erzählungen zu schreiben. Außerdem war und ist er weiterhin politisch aktiv. Nur beiläufig erwähnt er, dass er 1991 aus der Kommunistischen Partei Uruguays ausgetreten ist, doch weiterhin ist er Aktivist der Frente Amplio, einem landesweiten breiten Linksbündnis, das in Montevideo den Bürgermeister stellt und gute Chance hat, die nächsten Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Gern hätte man mehr darüber erfahren, wie das Verhältnis zwischen Kroch und seinen ehemaligen GenossInnen der KP ist. Auch über die Gründe, die zu dem Austritt führten, hätte man gerne mehr erfahren. Schließlich ist ein solcher Schritt bei alten KommunistInnen nicht selbstverständlich. Allerdings hat Kroch schon in seiner Jugend in Deutschland eher mit der kommunistischen Opposition sympathisiert und ist

schließlich in die KP nur eingetreten, weil es damals keine Alternative dazu gab.

Nur schemenhaft wird die unpolitische Seite von Krochs Leben in der Biographie deutlich.

Immer wieder kommt er darauf zu sprechen, dass ihm sein politisches Engagement keine Zeit für die Familie ließ. Seine Frau, obwohl selber politisch links, konnte sich damit schwer abfinden. Nur wenig erfährt der Leser darüber. Doch schon daraus wird deutlich, dass Kroch heute selber einiges in dieser Hinsicht anders machen würde.

Die völlige Hingabe an die Sache der Revolution war damals für einen aktiven Linken selbstverständlich. Der guatemaltesische Kommunist Alfonso Bauer Paiz schildert in dem Film Testamento ähnliches. Es endete mit dem Selbstmord einer seiner Töchter. Krochs Frau starb an Krebs, nachdem sie mit den Jahren immer unzufriedener mit ihrer Situation als Gattin eines Aktivisten geworden war.

Krochs Biographie kann sehr gut vermitteln, wie viele Opfer Menschen immer wieder in Kauf nehmen, um für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg zu kämpfen. Die meisten Menschen kommen nie dazu, es aufzuschreiben. Kroch ist auch ein Chronist für diese vielen Namenlosen.

Peter Nowak

Lateinamerika und die Karibik als Hinterhof

Ein halbes Jahrhundert Straffreiheit der USA

Am weißen Sandstrand des Playa Girón liegt ein Soldat, die Arme ausgestreckt, am Boden. Um ihn herum sickert Blut in den Sand. Er ist einer der vielen Toten, welche die US-Intervention in der Schweinebucht am 17. April 1961 gegen das revolutionäre Cuba forderte. Unmittelbar nach der Niederlage der US-gestützten Diktatur Fulgencio Batistas hatte die CIA mit der Ausbildung und Ausrüstung einer exilcubanischen Söldnerarmee begonnen. Die sogenannte Brigade 2506 sollte die neue Regierung stürzen. Die in den Augen der US-Regierung unter John F. Kennedy legitimen Anwärter auf die Regierung warteten bereits in Miami auf ihre Einsetzung. Aber - eine Ausnahme - die Gegenrevolution scheiterte.

In dem von dem cubanischen Politikwissenschaftler Luis Suárez Salazar herausgegebenen Band "Lateinamerika und Karibik: Ein halbes Jahrhundert Verbrechen und Straffreiheit der USA (1948-1998)" sind einige der Fotos versammelt, welche die Folgen dieser und anderer Interventionen darstellen. Unter der Überschrift "Es gibt nichts besseres als die Friedhofsruhe" werden Fotos aus fünfzig Jahren weißem Terror und Bürgerkrieg gezeigt; Leichen in Peru, El Salvador, Bolivien, Haiti - die Liste ist endlos.

In sieben historisch gegliederten Kapiteln macht der Band, der in der Reihe "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" im Zambon Verlag erschienen ist, deutlich, dass es in Lateinamerika wohl kaum ein Land gibt, welches in den letzten 60 Jahren nicht die Macht und den Willen der USA gespürt hat, den lateinamerikanischen Kontinent zu kontrollieren und Unabhängigkeitsbewegungen zu unterdrücken.

Lateinamerika in den 40er Jahren - Höhepunkt und Niedergang des von den Faschisten entfesselten zweiten imperialistischen Weltkrieges - ist ein Kontinent im Aufbruch. In vielen Ländern machen sich demokratische Bewegungen daran, ihre Regierungen zu stürzen und den Prozess der Unabhängigkeit zu vertiefen bzw. diese zu erlangen. ArbeiterInnenrechte, nationale Souveränität, Nationalisierung der Rohstoffe und Demokratisierung der Gesellschaft stehen auf der Agenda der Bewegungen von Chile bis Guatemala. Nationalistische Regierungen mit antiimperialistischen Charakter kommen an die Macht und radikalisieren sich durch die Forderungen der Bevölkerung. Die USA aber lassen es nicht so weit kommen. Mittels der antikommunistischen Truman-Doktrin und der Gründung gesamtlateinamerikani-

Von Ronald Weber

schier Institutionen wie der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wird versucht, die Länder südlich der USA in den beginnenden Kalten Krieg mit einzubeziehen. Es folgt eine lange Kette von Interventionen, Staatsstreichen und militärischen und ökonomischen Erpressungen.

Diese ansonsten schwierig überschaubare Geschichte der Konterrevolutionen sowie der auf sie reagierenden Massenbewegungen und Guerillas macht der Band anschaulich. Ausgestattet mit vielen Fotos aus dem Archiv der cubanische Presseagentur Prensa Latina und zahlreichen Quellen ermöglicht die großformatige Publikationen einen Überblick und lässt sich auf Grund der historischen-chronologischen Bearbeitung immer wieder zur Hand nehmen, um Spezielles nachzuschlagen. Hilfreich sind auch die von dem cubanischen Historiker und Sozialwissenschaftler José Alberty Anesto erarbeiteten Chronologien zur Geschichte Lateinamerikas und der Karibik von 1945 bis ins Jahr 2000 sowie zu den Aggressionen der USA von 1831 bis 1933. Einziger Nachteil ist das Fehlen eines Registers.

Aber der Band ist mehr als ein Nachschlagewerk. Er ist vor allem eine Anklage gegen den von den Autoren so betitelten "Dritten

Weltkrieg", eine Anklage, die das Leid und die Verzweiflung der lateinamerikanischen Kämpfe offen legt und die USA sowie ihre Kollaborateure für die begangenen und aktuellen Verbrechen verantwortlich macht. In einem "Blick aus der Zukunft in die Vergangenheit" betitelten Resümee fragt der Herausgeber nach der Zukunft und den politischen Visionen des lateinamerikanischen Kontinents und bezieht sich, trotz aller negativen Entwick-

lungen seit Beginn der neoliberalen Offensive in den 80er Jahren, auf die neuen Bewegungen und fortschrittlichen Regierungen südlich der USA. Dass die Antwort auf die Krise des Neoliberalismus und die wachsende Abhängigkeit und Armut nur das geeinte Amerika sein kann, wie es sich in den Visionen Simón Bolívars und José Martí Bahn bricht, ist die Antwort und die Hoffnung des Herausgebers.

"Das Imperium ist besorgt: da es nicht imstande ist, das Brot zu vermehren, tut es

alles, was in seiner Macht steht, um die Esser auszuschalten." heißt es am Ende. Ob es den "Essern" gelingen wird, ihre Ausschaltung und weitere Marginalisierung aufzuhalten und umzukehren, ist die große Frage. Der Band will ein Teil dieser Antwort sein.

Luis Suárez Salazar (Hrsg.): *Lateinamerika und Karibik: Ein halbes Jahrhundert Verbrechen und Straffreiheit der USA (1948-1998)*. Zambon Verlag, Frankfurt a.M. 2004. 208 Seiten. ISBN3-88975-073-7.

100 fragen + antworten

Wer von einer Cuba-Reise zurückkehrt und auch wer sich schon länger mit dem Land beschäftigt, hat viele Fragen. Zahlreiche Informationen und Fakten bietet ein kleines Büchlein aus Cuba von Carmen R. Alfonso Hernández, das auf 100 oft gestellte Fragen eine Sammlung von aufschlussreichen Antworten präsentiert. Die Cuba Libre wird nach und nach Teile daraus veröffentlichten, weil wir meinen, dass es auch für unsere LeserInnen viel Interessantes beinhaltet.

(A.d. Span. M.Schw.)

Was Sie schon immer über Cuba wissen wollten ...

Welches sind die hauptsächlichsten touristischen Ziele?

Es gibt acht Regionen, die in den Plänen zur touristischen Entwicklung, 90 Prozent der bestehenden Einrichtungen ausmachen:

Die Stadt Havanna, Varadero, die Südküste im Zentrum und im Osten der Insel (Trinidad, Cienfuegos), der Norden mit Ciego de Ávila, Camagüey und Holguín, sowie die Inselgruppe Los Canarreos mit der Insel der Jugend und Cayo Largo. Die ausländischen Investitionen in diesem Bereich wachsen, basierend auf einer Kombination von gemischten Unternehmen, ausländischen Krediten und Immobilienprojekten mit rein staatlichen Investitionen.

Die Strände von feinstem Sand, die Attraktivität der unberührten Natur auf Felseninseln unserer Inselgruppe, die alten Städte, die zum kulturellen Erbe der Menschheit zählen, die lebende Legende eines Volkes, das lächelnd Widerstand leistet - dies alles zieht immer stärker BesucherInnen aus aller Welt an.

Welche Formen bietet der spezialisierte Tourismus?

Man/frau mag denken, dass Cuba nur aus herrlichen Landschaften, wundervollen Stränden, Historie und Kultur besteht. In Wirklichkeit ist es dies und noch viel mehr. Es existiert ein spezialisierter Tourismus für die Anhänger des Fischfangs, des Tauschens, der Jagd und des Ökotourismus. Außerdem kann Cuba als Veranstalter wissenschaftlicher Kongresse besucht werden, für den Besuch eines speziellen Kurses und - vor allem - um das cubanische Volk kennen zu lernen.

Nach einer offiziellen Berechnung nimmt man an, dass zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert mehr als tausend Schiffe in der Nähe cubanischer Küsten gesunken sind. Sie waren Opfer der Angriffe von Korsaren und Piraten oder der tropischen Stürme, die die karibischen Inseln jedes Jahr heimsuchen. Viele Schiffe erlitten Schiffbruch.

Ein Beispiel dafür ist „Unsere lb. Frau von Rosario“, welches 1590 mit all seinen Reichtümern an Bord im Norden von Pinar del Rio unterging und kürzlich entdeckt wurde. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, dass dieser Schiffsfriedhof noch nicht völlig erforscht und noch weniger unter archäologischen Gesichtspunkten ausgegraben wurde, daher wird er als geschütztes und unberührtes Gebiet betrachtet.

Eine touristische Attraktion anderer Art ist der Fischfang. Das Meer das die cubanische Insel umgibt, ist wie ein gigantisches Aquarium und darüber hinaus gibt es viele Seen und Stauseen mit einem Überfluss an Forellen.

Die Küstenzone im Norden von La Habana ist bekannt als eine der besten für den Fang des Blauen Merlin, Fächer-Agújas, des Weißen und des Goldenen Agújas, sowie von Picuda, Bonito und Thunfisch. Alljährlich wird das klassische internationale „Ernest Hemingway Wettfischen“ veranstaltet sowie das internationale Blue Marlin Wettfischen in der Marina Hemingway, in der cubanischen Hauptstadt.

Großartige Perspektiven bieten sich bei der Jagd. Durch seine geografische Lage wird Cuba durchzogen von zwei Flugkorridoren von Zugvögeln auf ihrer Flugbahn in den Süden und ihrer Rückkehr in den Norden. So können unter anderem Wildenten

und Zugvögel gejagt werden. Es gibt Jagdquoten in Pinar del Rio, La Habana, Villa Clara, Sancti Spiritus, Ciego de Ávila, Camagüey, Granma und Santiago de Cuba.

Der Ökotourismus ist eine neue Form des Reisens im engen Kontakt mit der Natur. Gleichermaßen sie genießend und zu ihrem Schutz beitragend. Dies wird in der westlichen Zone des Landes angeboten: In der Sierra del Rosario, einem ausgewiesenen Naturschutzgebiet, in Soroa, Valle de Vinales und dem Nationalpark La Güira. Außerdem gibt es in der Mitte der Insel den Nationalpark Ciénaga de Zapata und das Gebiet Cienfuegos - Zopes de Collantes - Trinidad. Im Osten liegen Guanánamo - Caimanera und Granma mit dem Großen Nationalpark Sierra Maestra sowie dem Nationalpark ‚Desembarco de Granma‘ (Granma Anlegestelle).

Welches sind die mineralischen Bodenschätze Cubas?

Trotz seiner verhältnismäßig kleinen Bodenfläche verfügt Cuba über verschiedene Arten von Rohstoffvorkommen. Jedoch verfügt es nicht über einige sehr wichtige, wie Kohle und Phosphorite. An Brennstoffen kennt man vor allem den Torf, mit großen Vorkommen auf der Halbinsel Zapata.

Es gibt wichtige Vorkommen, die Nickel, Kobalt und Eisen enthalten, mit Reservoiren, die hunderte Millionen Tonnen umfassen.

Schwermetall-Vorkommen haben ebenfalls internationale Beachtung. Es gibt auch Chromitvorkommen in Moa und Nicaro, Magnesit in Camagüey, Kupfer in der Nähe von Santiago de Cuba und Matahambre, Wolfram auf der Insel der Jugend, Mangan, Kaolin und Marmor.

Cuba-kurz



Cubanischer Außenminister trifft spanischen Botschafter

Die spanische Botschaft in Havanna begrüßte das Treffen des cubanischen Außenministers, November 2004 als positives Zeichen dafür, dass der Prozess der Wiederaufnahme offizieller Kontakte bereits begonnen hat. Zweifellos handelt es sich um einen positiven Fortschritt, wenn die spanische Regierung zu einer Annäherung zwischen Madrid und La Habana bereit ist.

Während dieses ersten Treffens seit dem "Einfrieren" der offiziellen Kontakte zu europäischen Diplomaten von der Seite Cubas aus, wollte der cubanische Außenminister aus erster Hand wissen, welche Rolle Spanien hinsichtlich der Politik der nunmehr 25 EU-Länder spielen wird. Das einseitige Aussetzen offizieller Kontakte war die cubanische Antwort auf

Die Ergebnisse des aktuellen Gesprächs sollten auch auf dem regelmäßigen Treffen europäischer Botschafter in La Habana einen wichtigen Tagesordnungspunkt bilden.

China fördert intensivere Handelsbeziehungen zu Cuba

Der chinesische Präsident Hu Jintao und führende Vertreter des Außenhandels stimmten im Rahmen eines chinesisch-cubanischen Wirtschaftsforums einer Reihe von Geschäftsbeziehungen zu Cuba zu, um die wirtschaftlichen Verbindungen beider Länder zu stärken.

Ehe Hu Jintao La Havana im November wieder verließ, hatte er auch der Investition von 500 Millionen Dollar in die Nickel Industrie Cubas zugestimmt, sowie an Gesprächen zur Steigerung des chinesischen Engagements im Cuba-Tourismus und im Bereich der Telekommunikationsmedien teilgenommen. Insgesamt wurden 16 bilaterale Abkommen unterzeichnet.

Für Kuba ist der Besuch des chinesischen Präsidenten in doppelter Hinsicht bedeutend. Zum einen hat das Land durch die jüngste Verschärfung des US-amerikanischen Embargos merkliche wirtschaftliche Einbußen erlitten. Zum anderem ist die sozialistische Regierung auf Druck der Bush-Regierung in den vergangenen Jahren international isoliert worden. Bewusst stellte sich Hu daher hinter die Regierung von Präsident Fidel Castro: "Cuba hat in der Karibik und Lateinamerika ein großes Gewicht", erklärte der chinesische Staatschef. Sein Land stehe hinter der Regierung, wenn Kuba "ohne Zögern den Weg des Sozialismus weiter beschreitet".

Nach Angaben des cubanischen Ministers für Außenhandel, Ricardo Cabrisas, ist China fuer den sozialistischen Karibikstaat "mit einem Handelsvolumen von umgerechnet über 600 Millionen US-Dollar" und etwa zehn Prozent des Außenhandelsumsatzes der drittgrößte Handelspartner. Im Jahr 2003 waren zwischen beiden Staaten noch Geschäfte im Gesamtwert von umgerechnet 500 Millionen US-Dollar abgewickelt worden. China setzt in der künftig gesteigerten Zusammenarbeit vor allem auf die Förderung von Nickel im Zentrum und im Osten Kubas. Rund 75.000 Tonnen des wertvollen Metalls fördern die cubanischen Minen derzeit pro Jahr. Der Staatskasse bringt das im Schnitt umgerechnet 400 Millionen US-Dollar ein. Mit dem Bau einer von China finanzierten Produktionsanlage in Mao im Osten der Insel soll die Produktion künftig auf rund 100.000 Tonnen gesteigert werden.

Weitere Abkommen betreffen von allem die Tourismusbranche und Pharma- sowie Biotechnolo-

gieunternehmen. So soll in Shanghai ein kubanisches Hotel gebaut werden, ein aehnliches Projekt Chinas wird ausserhalb von Havanna realisiert. In der pharmazeutischen Branche wollen beide

Staaten nach Angaben der kubanischen Tageszeitung Granma vor allem bei der Entwicklung neuer Krebsmedikamente zusammenarbeiten. Neben den Wirtschaftsabkommen leistet die Volksrepublik China offen solidarische Hilfe für die angeschlagene kubanische Wirtschaft. So fließen umgerechnet sechs Millionen US-Dollar von China in den Ausbau von Krankenhäusern, weitere sechs Millionen sollen für Schuluniformen zur Verfügung gestellt werden. Vier Kredite aus den Jahren 1990 bis 1994 wurden um weitere zehn Jahre verlängert.

Die Kontakte zwischen Kuba und China sind in den vergangenen Jahren deutlich ausgebaut worden. Bereits im Jahr 2001 hatte der damalige chinesische Staatschef Jiang Zemin Kuba einen Besuch abgestattet, 2003 dann war Fidel Castro nach Peking gereist. Der amtierende Vizeminister für Aussenhandel, Jose Guerra Menchero, war von 1988 bis 1999 Botschafter Kubas in China. Bei einem mehrstündigen Gespräch zwischen Hu und Castro hinter verschlossenen Türen dürften am Montag dann auch geopolitische Fragen eine Rolle gespielt haben. Beide Seiten teilten "dieselben Befürchtungen über die Entwicklung der internationalen Lage", hieß es im Anschluss.

Besuch aus Cuba

Zwei Vertreter des ICAP kommen zu einer Vortragsreise in die Bundesrepublik: Elio Gámez (Europadirektor) und höchstwahrscheinlich Gabriel Benítez (Ländergruppenverantwortlicher). Sie werden voraussichtlich vom 23.5. - 02.06.2005 für Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Die Organisation der Reise und die Koordination der Veranstaltungsorte wird vom Netzwerk Cuba Informationsbüro durchgeführt.

1 1/2 statt 20 Jahre Haft

Am 29. November wurden Raúl Rivero und Oscar Espinosa Chepe vorzeitig aus cubanischen Haftanstalten entlassen. Rivero war nach seiner Festnahme im März 2003 zu einer Haftstrafe von 20 Jahren wegen konspirativer Tätigkeit für die USA verurteilt worden. Aus gesundheitlichen Gründen wurde er, ebenso wie Chepe, bereits Ende November dieses Jahres aus dem Gefängnis entlassen.

Absender/Absenderin

.....

 Straße und Hausnummer oder Postfach

.....
 Postleitzahl Ort

Bitte freimachen

Postkarte

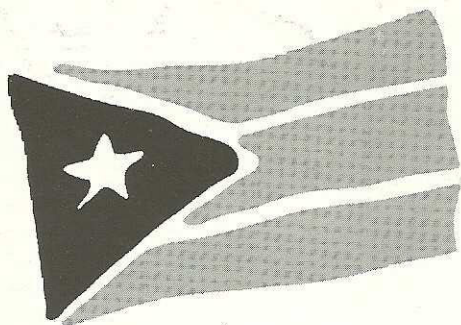
Freundschaftsgesellschaft BRD-CUBA

Zülpicher Str. 7

50674 Köln



Ich möchte:



- Informationsmaterial über die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V.
- Mitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. werden
- T-Shirt zu 30 Jahre FG BRD-Cuba bestellen L/XL/XXL 15,- €
- Solidaritäts-CD »regresaré» bestellen gegen eine Spende von 8,- €
- die Zeitschrift CUBA LIBRE abonnieren
- Informationen über die Spendenprojekte
- Informationen über das Reiseprogramm nach Cuba

Name :

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon: E-Mail:

Datum: Unterschrift:

